

EnBW-Chef im Interview: „Wir haben uns zu einseitig auf den Klimaschutz konzentriert“

Klimaschutz allein reicht nicht, sagt der Energiemanager Georg Stamatelopoulos und spricht Klartext. Um Akzeptanz zu finden, muss Strom bezahlbar bleiben. Wie kann das gelingen?



Georg Stamatelopoulos dpa

Extraits:

Herr Stamatelopoulos, ist mit der Ampelregierung auch die [Energiewende](#) am Ende?

Wir bekommen eine neue Regierung, welche, darüber möchte ich nicht spekulieren. Sicher ist aber: Die Energiewende wird weitergehen, braucht aber eine Korrektur.

Welche?

Wir haben uns in Deutschland in der Vergangenheit vielleicht zu einseitig auf das Thema Klimaschutz konzentriert. Dabei muss erfolgreiche Energiepolitik zwei weitere grundsätzliche Aspekte berücksichtigen: Versorgungssicherheit und Bezahlbarkeit. Dieser Dreiklang der Energiepolitik wurde sogar im Energiewirtschaftsgesetz festgehalten, ist aber mit der Zeit in den Hintergrund gerückt. Der Ukrainekrieg und die anschließende Energiekrise haben das schlagartig geändert. Der Dreiklang muss jetzt auch in Politik gegossen werden.

Was muss denn konkret in jeder der Säulen passieren?

Der Klimaschutz bleibt ohne Frage unverändert wichtig, aber wir müssen auch den beiden anderen Anforderungen gleichgewichtig Rechnung tragen. Die Versorgungssicherheit haben wir bisher durchweg gut gewährleisten können, da sehe ich wenig Risiko. Trotzdem der Hinweis, wir haben noch mehr als 35 Gigawatt installierte Leistung in Kohle. Um den Kohleausstieg zu organisieren, müssen wir dringend die Kraftwerkstrategie umsetzen, konkret das Kraftwerkssicherungsgesetz endlich beschließen. (...)

Bleibt die Bezahlbarkeit.

Genau, wenn wir die Akzeptanz der Energiewende bei den Bürgern und Verbrauchern nicht langfristig aufs Spiel setzen wollen, müssen wir die Energiekosten senken.

Was schlagen Sie vor?

Wir können nicht immer die teuerste Lösung wählen. Nehmen wir die geplanten Erdkabel für die Übertragungsnetze von Nord nach Süd. Würden wir stattdessen Freileitungen errichten, würden wir nach unserer Berechnung etwa 20 Milliarden Euro sparen. Wir zahlen also 20 Milliarden Euro mehr ohne einen zusätzlichen Nutzen. (...)

Jetzt werden trotzdem Stimmen für eine Renaissance der Atomkraft lauter. Was halten Sie davon?

Ob der Ausstieg in der Vergangenheit richtig war, ist eine Frage für Politiker oder Historiker. Aus der Beantwortung dieser Frage ergeben sich keine Handlungsoptionen. Was die Zukunft betrifft, so ist die Kernenergie in der aus der Vergangenheit bekannten Form nüchtern betrachtet keine wirtschaftliche Alternative.

Wieso?

Schauen Sie sich die drei aktuellen Neubauprojekte in Westeuropa Hinkley Point in Großbritannien, Flamanville in Frankreich und Olkiluoto in Finnland doch mal an. Allein Hinkley Point soll Stand heute rund 50 Milliarden Euro kosten für eine Leistung von rund 3300 Megawatt. Bei Flamanville wurde zuletzt Ende 2023 von mehr als 20 Milliarden Euro gesprochen. Auf dieser Basis können sie keine der Anlagen am Markt wirtschaftlich betreiben.

Was wäre mit der Wiederinbetriebnahme eines alten Atomkraftwerks?

Unsere Anlagen befinden sich im Rückbau. Und der ist de facto sowohl technisch als auch rechtlich unumkehrbar. Selbst in unserem jüngsten Kraftwerk Neckarwestheim II ist der Primärkreislauf, das Herz der Anlage, nicht mehr intakt. (...)

Mit welchem Strompreis rechnen Sie langfristig?

Die Entstehungskosten sinken, die Netzkosten steigen – das gleicht sich in etwa aus. Wir gehen deshalb davon aus, dass der Strompreis ohne weitere Gegenmaßnahmen langfristig ungefähr auf dem heutigen Niveau bleibt, vorausgesetzt wir behalten die Netzkosten im Griff.

Das dürfte die Industrie nicht gerne hören. Viele Unternehmen klagen jetzt schon über zu hohe [Strompreise](#). Der geforderte Industriestrompreis lag viel niedriger.

Das Strompreisniveau ist heute ähnlich hoch wie vor der Krise. Ich verstehe die Sorgen der Industrie angesichts des riesigen Investitionsprogramms für die Netze. Aber erlauben Sie mir den Hinweis: Wenn die Industrie mit dem Preisniveau heute ein Problem hat, vor fünf Jahren aber nicht, liegt es vielleicht nicht nur an den Energiepreisen. (...)

Diese Gaskraftwerke sollen nur laufen, wenn der Wind nachts nicht weht, Wind- und Solarkraftwerke also nicht ausreichend Energie liefern. Wie kann sich das rechnen?

Aus diesem Grund brauchen wir einen Kapazitätsmarkt, der die Betreiber für das Bereitstellen von Leistung bezahlt, ähnlich wie bei der Feuerwehr. Wenn ein Betreiber nur dann Einnahmen hat, wenn die Anlage läuft und er Strom verkauft, dann wird er sie nicht bauen. Das Gesamtsystem ist aber nur stabil, wenn immer Leistung zur Verfügung steht, die jederzeit abgerufen werden kann, wenn Wind- und Solarkraft zu wenig Energie liefern.

<https://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/unternehmen/enbw-chef-ueber-strompreise-die-energiewende-braucht-eine-korrektur-110150755.html>

Nikolaus Blome: Killt ein Kanzler Merz den Klimaschutz?

Die Hinweise verdichten sich, dass bürgerliche Politiker und die Wirtschaft das zentrale deutsche CO₂-Ziel schleifen wollen. Aber die Klimaschützer und die Grünen halten die Klappe. How dare you?!



Kanzlerkandidat Merz: Neuer Realismus? Foto: Ralf Rottmann / Funke Foto Services / IMAGO

Extraits:

Der leidgeprüfte Konservative weiß, dass es sehr viel über die Zeitläufe zu berichten gibt, was die Leute gegenwärtig *nicht* aufregt oder genauer gesagt: worüber sie sich früher verlässlich aufregten, aber nun nicht mehr. Das ist zum Beispiel der Klimaschutz.

Über manch' penetranten Missionierungsdrang der einschlägigen Milieus lässt sich immer noch trefflich empören, gewiss. Doch diese Milieus, die jungen Leute von [Fridays for Future](#), die Grüne Partei oder ihre gut geölten Vorfeldorganisationen: Sie sind neuerdings seltsam leise und verzagt, wiewohl es ihrem Anliegen jetzt ernsthaft ans Leder geht und nicht nur gefühlt. Wie kann das sein? »How dare you?!« würde [Greta Thunberg](#) donnern, wenn sie sich nicht in wirren Thesen zum Nahostkonflikt verirrt hätte.

Tatsächlich wird gerade auf breiter Front das vor drei Jahren erst verschärfte deutsche Klimaschutzziel attackiert. 2045 soll das Land CO₂-neutral sein, so die Beschlusslage, seitdem 2021 die scheidende Kanzlerin [Angela Merkel](#) das Datum um fünf Jahre vorziehen ließ. Jetzt jedoch soll das neue Zieljahr für die deutsche Klimaneutralität wieder auf das alte, 2050, zurückgedreht werden: Der BDI-Präsident fordert es. Der Arbeitgeberpräsident auch.

Im Scheidungspapier der FDP stand es. [Christian Lindner](#) geht damit in die Gegenoffensive. In der CDU-Spitze wollen es nicht wenige. Und [Friedrich Merz](#), so wird gesagt, will es nach der Wahl auch: Fünf Jahre mehr Zeit, damit die deutschen Unternehmen ein bisschen durchschnaufen können, so wie die deutschen Haus- und Wohnungsbesitzer, denen mit der Korrektur des Heizungsgesetzes ebenfalls vier bis fünf Jahre mehr Zeit gegeben werden. (...)

Tatsächlich ist eine EU-weite Verschärfung auf das deutsche Niveau wohl nicht mehr zu erwarten, Frau von der Leyen hat den Schuss längst gehört. Deshalb macht es fürs Klima unterm Strich womöglich keinen Sinn, wenn Deutschland schneller ist und auf das nationale 2045 besteht: Andere EU-Staaten könnten den teuer eingesparten CO₂-Ausstoß der Deutschen für sich in Anspruch nehmen. Man muss sagen: Dieses Argument hat einiges für sich, mithin wird die Sache ernst. (...)

Stell' dir also vor, es ist Krieg um Klimaschutz, aber keiner geht hin. Von [Luisa Neubauer](#) habe ich zuletzt nur seufzende Elegien aus den USA vernommen, wo sie Haustürwahlkampf für die Verliererin gemacht hat. (...)

Die Einzige, die mir auffiel, ist Angela Merkel. Die Altkanzlerin sagte bei ihrer Buchvorstellung, [dass »wir beim Klimaschutz zu wenig« tun oder getan haben](#). (...)

für den Fall, dass im Februar eine schwarz-grüne Koalition ein – möglicherweise letztes – Mal rechnerisch möglich sein sollte, würde man darum gern vom Kanzlerkandidaten persönlich wissen: Will er das Klimaziel killen? Wenn nämlich ja, bekommt er die Grünen nicht als Partner, das scheint mir sicher. (...)

Aber das Klimaziel abräumen, weil sich die Wirtschaft das wünscht? In diesem Fall bekommen wir eher eine weitere »Große Koalition« mit der kleinen SPD, [Hubertus Heil](#) bleibt Arbeitsminister, und bei jedem Starkregen, Wirbelsturm oder Waldbrand in Deutschland, Europa oder der Welt müsste diese schwarz-rote Regierung den Leuten erklären, dass das NICHT mit der Rückabwicklung der deutschen Klimaziel-Verschärfung zusammenhängt. Auweia (...).

<https://www.spiegel.de/politik/deutschland/killt-ein-kanzler-friedrich-merz-den-klimaschutz-kolumne-a-8fd5ecdb-1fac-4344-931b-2e23b9eef13>

Wall Street Journal, Opinion, 3 décembre, article payant

Climate-Change Colonialism Keeps Poor Countries Impoverished

Development agencies fund green projects when people need jobs, food and energy.

By Mr. Lomborg, president of the Copenhagen Consensus, a visiting fellow at Stanford University's Hoover Institution and author of 'Best Things First.'



People wait in to refill donkey-drawn water tanks in Sudan, April 9. PHOTO: AFP/GETTY IMAGES

Lire article entier: <https://kinzler.org/wp-content/uploads/2024/12/3-decembre-2.pdf>

Wall Street Journal, Opinion, 2 décembre, article payant

Britain Is Killing Its Auto Industry

Job losses from EV mandates are mounting across Europe.



Newly manufactured vans at the Vauxhall van factory in Luton, Britain, Nov. 27. PHOTO: CHRIS RATCLIFFE/BLOOMBERG NEWS

Extraits:

This week's net-zero carnage in Europe—these stories pop up weekly now—has happened in Britain, where the no-carbon energy transition is killing another country's auto industry. How much longer can the insanity last?

[Stellantis](#) announced it will shut a plant in Luton, north of London, in the spring. The move imperils up to 1,100 jobs. The factory had been slated to produce electric vans under the storied British Vauxhall make, but the consumer demand isn't there. (...)

Stellantis and its worried workers are in good company. Ford recently announced it's cutting 800 of 5,300 jobs in Britain as part of a European restructuring. [Nissan](#), which employs thousands of Brits directly and tens of thousands along its supply chain, warns government officials it may also have to scale back its production.

The culprit, as always these days, is the forced political march to electric vehicles. Britain requires manufacturers to steadily boost the proportion of EVs in their annual sales. Currently the quota is 22% and rising every year. Rishi Sunak's Tory administration tried to push the final phase-out of new internal-combustion cars to 2035, but the new Labour Party government vows to bring the deadline back to 2030. Even the current quota is proving impossible to meet as consumers spurn EVs.

Manufacturers assumed two years ago that EV sales would reach 457,000 this year, which would have accounted for a little over 23% of total vehicle sales. Instead, EV sales are on track to hit 363,000, or a bit less than 19% of the total, according to the Society of Motor Manufacturers and Traders, the main industry body.

The total cost to manufacturers of the mandate has hit nearly £6 billion this year, SMMT estimates: about £4 billion in discounts and sales incentives car companies offered to boost EV sales, and £1.8 in outright fines for each “excess” internal-combustion car sold.

The longer the lunacy drags on, the harder it becomes to fix. The companies are begging the government for even more subsidies for consumers to buy EVs. Auto makers have invested heavily in producing the EVs, and they have had to close plants and lay off workers capable of producing the traditional gasoline and diesel cars consumers want. But the government has little fiscal room to help, since Labour already is taxing and borrowing to the hilt to fund other spending.

This news comes amid all the other automotive downsizing across Europe, most spectacularly [Volkswagen's](#) decision to close three factories and cut 10,000 jobs in Germany. *The net-zero carbon emissions policy may be the greatest act of industrial self-harm in history, and the urgent question is whether there will be any industry left by the time politicians come to their senses.*

https://www.wsj.com/opinion/britain-is-killing-its-auto-industry-abc1b7cf?mod=hp_opin_pos_6#cxrecs_s

The Economist, 30 novembre, article payant

Climate change in 2025 : Have global emissions peaked?

It all depends on the latest figures from China, the world's largest emitter



PHOTOGRAPH: GETTY IMAGES

Extraits:

HAVE GLOBAL emissions of greenhouse gases passed their peak? It is entirely possible. The world will find out, one way or another, in 2025. Passing the peak would be a significant moment in the fight against climate change. In its most recent assessment report, the Intergovernmental Panel on Climate Change, the UN body that monitors climate science, said 2025 was the year by which greenhouse-gas emissions must peak if the world is

to have a good chance of keeping global temperature rises within the 1.5-2°C limits specified by the Paris climate agreement.

Why the uncertainty? It takes time to tot up the overall balance of emissions for each country, and to ensure that minor fluctuations are not mistaken for major trends. Under UN rules, rich countries must submit their emissions inventories each year. Poorer countries originally had to do so roughly every four years, but this was shortened to two years in 2024.

Chart: The Economist

Having grown wealthy and powerful through industrialisation, the world's rich democracies have moved away from heavy industry and have decoupled economic growth from their emissions. Most have reported falling emissions for at least a decade, if not longer. Japan hit its peak in 2013, America in 2007, Germany in 1990 and Britain in 1973. Poorer countries' emissions, however, have continued to expand alongside their economies and left them wary of curtailing either. China will not promise anything before 2030; Brazil, India and Indonesia, among others, have yet to commit to a specific date.

But the link between emissions and development has been steadily weakening as energy is used more efficiently and produced in greener ways. This is particularly true of China, which is both the largest greenhouse-gas emitter—producing 30% of the planet's total—and the main driving force behind the expansion of renewable energy (it is building twice as much new solar and wind capacity as the rest of the world combined). China has to report its emissions figures less frequently than Europe or America, and because of delays it has not submitted an update since December 2023, when it provided data only up to 2018.

Links between emissions and development have been weakening

Observers have, therefore, been frantically trying to divine the trajectory of China's emissions. They rose sharply in 2023 after draconian covid-19 restrictions were lifted. But they seem to have fallen since: analysis by the Asia Society Policy Institute, a think-tank, showed a 3% drop in the year to March 2024. Lauri Myllyvirta, one of the analysts behind the work, reckons China's emissions may have peaked in 2023.

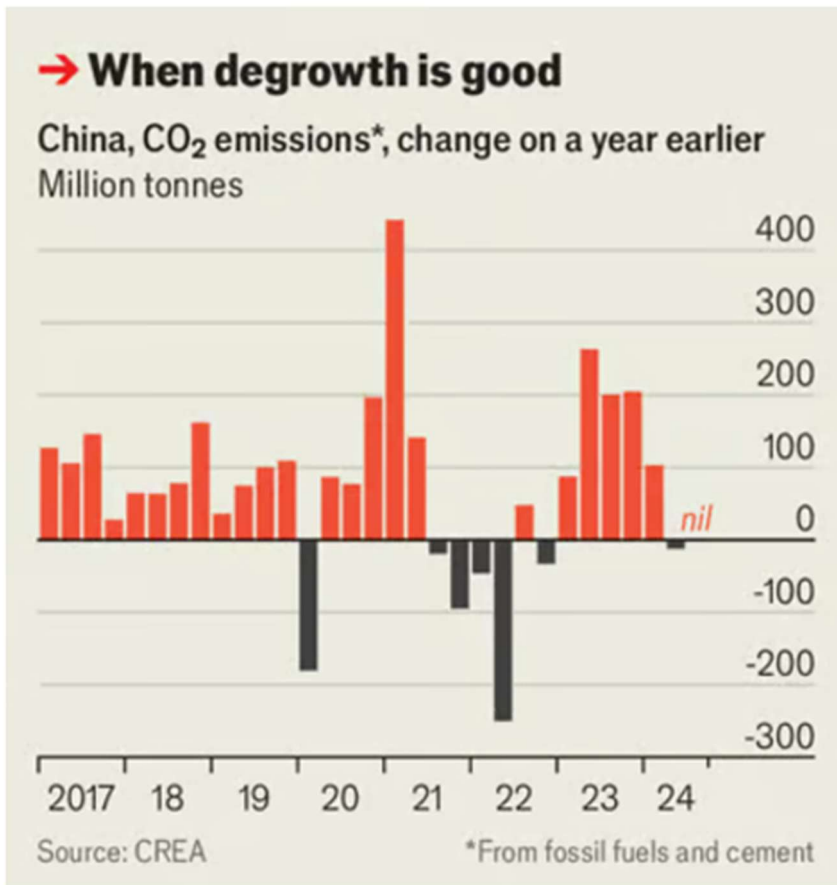


CHART: THE ECONOMIST

None of this is certain. Mr Myllyvirta notes that higher-than-expected demand for fossil fuels from Chinese industry could upset the predicted trend. China's next official emissions report—due on the last day of 2024—will clarify matters, as will further updates in 2025. But China's emissions are so enormous that a peak would alter the global trajectory.

That would be a great achievement. But it means very little on its own. Any pathway to 1.5°C (and many that end up somewhere hotter) would still require further aggressive emissions cuts and carbon removal. Passing peak emissions should be celebrated. But once emissions are no longer going up, what really matters is how quickly they can be brought down.

<https://www.economist.com/the-world-ahead/2024/11/18/have-global-emissions-peaked>

Contrepoints, 29 novembre, libre accès

L'aveuglement de l'UE face à la montée de la pétrochimie en Asie : L'UE fait face à une série de revers dans sa quête de maintien de sa compétitivité industrielle dans le secteur des plastiques, devenu moins populaire

L'UE fait face à une série de revers dans sa quête de maintien de sa compétitivité industrielle dans le secteur des plastiques, devenu moins populaire. Alors que l'industrie européenne du plastique décline, d'autres régions renforcent leur domination grâce à des partenariats stratégiques et des politiques favorisant l'expansion industrielle.



Extraits:

En 2023, la production de plastique dans l'UE a chuté de 8,3 %, en raison de la fermeture d'usines, conséquence de la difficulté à rivaliser avec les matières premières bon marché. La part de l'UE dans le marché mondial du plastique est passée de 28 % en 2006 à 12 % l'année dernière, illustrant le déclin inquiétant du continent.

Pendant ce temps, la Chine investit massivement dans la pétrochimie en partenariat avec l'Arabie saoudite. La construction du complexe intégré au Fujian, avec une capacité de raffinage de 16 millions de tonnes par an et des unités de production d'éthylène et de paraxylène [vient de débiter](#) ; cette construction illustre cette expansion rapide visant à répondre à la demande mondiale croissante. Ce partenariat entre les géants pétroliers chinois et Saudi Aramco, la plus grande entreprise pétrolière au monde, n'est pas anodin ; il est le fruit d'une vision claire et d'une stratégie à long terme visant à répondre à la demande mondiale croissante en produits pétrochimiques. (...)

L'UE s'est engagée dans une forme de « masochisme énergétique ». Les ambitions climatiques semblent déconnectées des réalités du marché, comme on vient de le voir avec le G20 qui n'a rien conclu sur le sujet, et des besoins industriels. Les réglementations restrictives exacerbent la situation. Des entreprises comme ExxonMobil et SABIC ont annoncé la fermeture d'usines dans l'UE. D'autres, comme LyondellBasell et Trinseo, envisagent de suivre, le [Financial Time rapporte](#) que selon Rob Ingram d'INEOS qui dénonce l'environnement bureaucratique comme une « blessure auto-infligée ». La production est déjà délocalisée vers des régions aux contrôles environnementaux moins stricts. (...)

Sans investissements, la demande de plastiques subsiste dans l'UE, mais les capacités de production sont délocalisées, ce qui va à l'encontre des efforts déployés pour rétablir la compétitivité. L'Union européenne doit se réveiller de « l'illusion verte » selon laquelle les objectifs climatiques priment sur toute autre considération économique. En effet, la demande en plastique ne disparaîtra pas tant les plastiques sont indispensables dans la vie quotidienne, la santé, l'industrie et la construction. L'industrie du plastique est essentielle et mérite de ne plus être vilipendée pour qu'elle puisse rester compétitive.

L'argument des déchets plastiques est fallacieux. Ce ne sont pas les Européens qui jettent leurs plastiques dans la mer, et présenter les microparticules comme un danger n'est qu'une astuce de ceux qui envisagent de nous forcer à la décroissance. D'ailleurs, le recyclage du plastique est une forte réalité dans l'UE, au point que nos industries de recyclage des plastiques exportent leur savoir-faire et leurs machines partout dans le monde. Grâce à l'impulsion de l'industrie du recyclage plastique européenne, cette année, trois foires du recyclage plastique ont été ou seront organisées en Asie à Dubai, [Singapour](#) et Mumbai.

L'UE doit reconsidérer sa position. Les politiques doivent encourager l'innovation et faciliter l'investissement dans le secteur pétrochimique européen, tout en maintenant des normes de recyclage élevées.

Les exemples asiatiques montrent que croissance économique et protection de l'environnement ne sont pas antinomiques lorsqu'une stratégie équilibrée est mise en place. L'UE doit adopter une approche réaliste et dynamique, s'inspirer des succès observés ailleurs, pour concilier développement économique et responsabilité environnementale, et ainsi repositionner son industrie plastique.

<https://www.contrepoints.org/2024/11/27/479808-laveuglement-de-lue-face-a-la-montee-de-la-petrochimie-en-asie>

Le Point, 28 novembre, article payant

Scientifiques en rébellion : de la science à l'autoritarisme

TRIBUNE. Sous prétexte d'informer nos concitoyens sur la situation environnementale, le mouvement des Scientifiques en rébellion tente d'imposer son idéologie politique au reste de la société.

Extraits :

Le mouvement des Scientifiques en rébellion, né en 2020, rassemble des scientifiques inquiets de la situation environnementale. Estimant que notre société doit prendre des mesures pour parer aux dangers qui la menacent, ils ont décidé de sortir de leur laboratoire pour informer nos concitoyens, à travers un petit manifeste publié aux éditions du Seuil (*Sortir des labos pour défendre le vivant*, 4,90 €).

La démarche est louable. Non seulement il est bon, pour la démocratie, que la parole scientifique se diffuse dans la société. Mais il est aussi important que les scientifiques participent eux-mêmes à cette diffusion car, par leurs découvertes, ils contribuent fortement aux grandes mutations de notre monde.

Ce sens des responsabilités est d'autant plus estimable qu'une découverte scientifique n'est pas neutre sur le plan sociétal. Certes, un couteau peut autant servir à couper du pain qu'à commettre un crime. Mais, au-delà de cet exemple trivial, une nouvelle technologie contribue à définir la société qui permet son déploiement. (...)

Malheureusement, oubliant que leur compétence ne dépasse pas celle de leur champ disciplinaire, ces scientifiques tentent de faire passer un ensemble d'idées vagues sur l'environnement et la société pour des vérités directement sorties de leur laboratoire. Rien que le titre de ce libelle pose question. Que peut en effet signifier « défendre le vivant » ? (...)

Leur évaluation de la situation environnementale est tout aussi discutable. Ils avancent ainsi que la « dégradation des conditions de vie des humains et de toutes les espèces qui composent la biosphère est désormais omniprésente sur la planète Terre et s'accélère ». Or cette généralisation est absurde.

S'il est avéré que certaines populations animales et végétales déclinent, d'autres prolifèrent. (...) Enfin, concernant les humains, comment avancer que leurs conditions de vie se dégradent quand la pauvreté diminue et que l'espérance de vie augmente ?

De même, pourquoi dramatiser la situation environnementale [en avançant que les pesticides « empoisonnent désormais notre environnement »](#) ? On peut bien sûr critiquer un usage excessif des pesticides. Mais il ne faut quand même pas oublier qu'ils contribuent à l'augmentation de la production agricole, qui permet de nourrir une humanité de moins en moins victime de famines. (...)

Pire, ces scientifiques exagèrent les problèmes environnementaux en affirmant que la « pérennité de la vie sur terre est remise en question par nos modes de vie ». Il n'y a pas de doute que le développement de l'activité humaine met en cause la pérennité de certaines espèces, comme celles des lions, des tigres, des rhinocéros, etc. Quant au réchauffement climatique, il pourrait, dans les pires scénarios, entraîner une baisse importante de la population humaine. Mais aucune étude scientifique ne prédit la disparition de la vie sur terre en raison de l'activité humaine.

Cette vision catastrophiste de la situation environnementale est d'autant plus problématique qu'elle alimente un regard négatif sur la société. Ces scientifiques se voient en effet lutter contre « un système mortifère qui nous écrase ». Or comment oublier que, malgré tous ses défauts, ce « système » a permis de diminuer drastiquement la mortalité infantile, de sortir des millions de gens de la misère, de libéraliser les mœurs, d'émanciper les femmes, de garantir la liberté d'expression et de laisser des enfants gâtés dire librement que ce système les écrase ?

Comment ces scientifiques peuvent-ils également affirmer que « le progrès scientifique est trop souvent utilisé au profit de quelques privilégiés, au détriment du reste de l'humanité » ? À ce que l'on sache, en France, l'énergie nucléaire ne fournit pas de l'électricité uniquement aux classes aisées et les mêmes médicaments sont accessibles à tout le monde.

Dans cette série d'accusations, on a bien sûr droit à la sempiternelle dénonciation de « l'idéologie de la croissance infinie » qui irait contre la « possibilité d'un monde vivable sur une terre finie ». Or personne ne défend l'idée d'une croissance infinie, jusqu'à la fin des temps. La question est de savoir s'il est préférable, pour le bien-être humain, de chercher à croître dans les décennies à venir ou s'il faut au contraire entamer une décroissance dès maintenant. Il est légitime d'en discuter. Mais prétendre que l'objection à la croissance proviendrait d'un consensus scientifique est une imposture. (...)

Or ces Scientifiques en rébellion veulent « obliger les dirigeants » et instaurer « un rapport de force avec les entreprises et les institutions » pour imposer leur idéologie de la décroissance à la société. Pour ce faire, ils légitiment la désobéissance civile et les actions illégales. Autrement dit, ils veulent passer outre la délibération démocratique et contraindre le gouvernement à suivre les principes de leur idéologie.

On pourrait en sourire, tant il est courant d'entendre cet autoritarisme déconnecté des réalités s'exprimer au Café du commerce. Mais il est grave de voir ces scientifiques jouir d'une relativement bonne image dans le monde universitaire et journalistique. Cette bonne réception de leurs divagations en dit long sur le peu d'esprit critique dont font preuve les milieux intellectuels de nos jours.

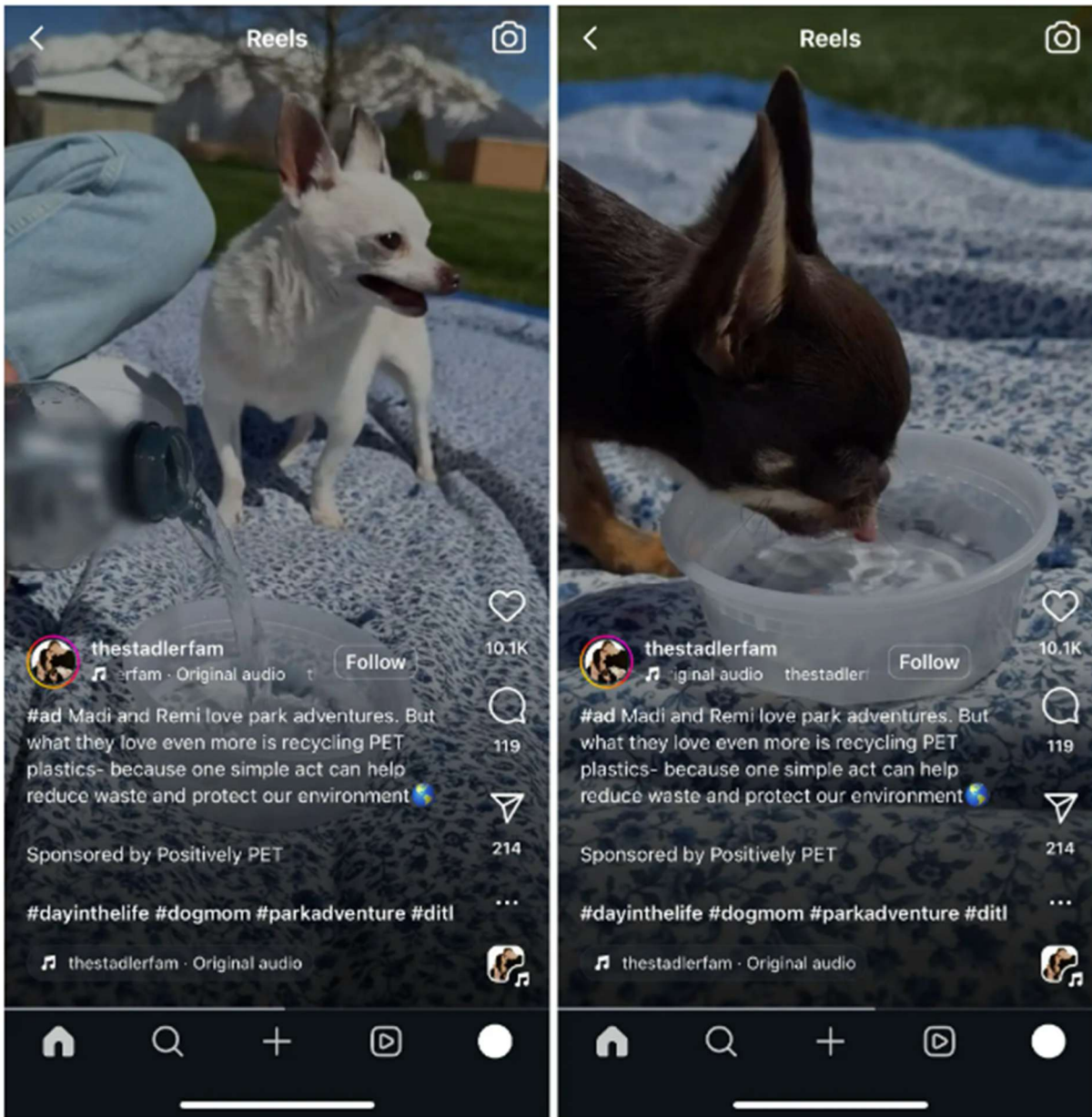
** Thomas Lepeltier est essayiste, spécialiste d'histoire et de philosophie des sciences.*

https://www.lepoint.fr/debats/scientifiques-en-rebellion-de-la-science-a-l-autoritarisme-26-11-2024-2576448_2.php

New York Times, 28 novembre, article payant

Inside the Plastic Industry's Battle to Win Over Hearts and Minds

Documents leaked from an industry group show how plastics companies are pushing back against a “tide of anti-plastic sentiment.”



An example of an Instagram video sponsored by Positively PET.

Extractions:

Paid influencers on TikTok. An infomercial hosted by Dennis Quaid. Pushback against the Olympics' single-use plastic ban.

A trove of documents leaked from an influential industry group shows how some of the world's largest petrochemical and plastics companies have been waging a campaign to push back against a "tide of anti-plastic sentiment" — especially among young people concerned about the environment.

The industry group, the National Association for PET Container Resources, or NAPCOR, worked to deliberately obscure its connection to the campaign and make its content "authentic and from the creators' viewpoints," the documents show.

PET stands for polyethylene terephthalate, the plastic used to make single-use soda bottles and clamshell containers.

The corporate strategizing laid out in the documents provides a behind-the-scenes look at a battle being waged over the future of plastic. Nations are gathering in Busan, South Korea this week to hammer out details of [a global plastic treaty](#) that might tackle pollution at its source, by limiting its production — an approach that the plastic industry has vehemently opposed.

The campaign's messaging was at times misleading. One paid TikTok influencer who posts about her family's life on the road in an R.V. claimed that "PET bottles are a closed-loop, zero-waste system."

In fact, despite being recyclable, PET remains a major source of plastic waste and microplastics, those extremely small pieces of plastic debris. According to NAPCOR's annual report, less than 30 percent of PET plastic bottles were recycled in the United States in 2022, a rate that has remained largely unchanged for the past decade. Plastic that is not recycled is incinerated or ends up in landfills or the environment. (...)

<https://www.nytimes.com/2024/11/27/climate/plastic-industry-internal-documents.html>

Le Point, 28 novembre, article payant

« Le vrai souci est de savoir quoi faire des 285 millions de véhicules thermiques existant en Europe »

ENTRETIEN. Alors que Toyota fête à Valenciennes sa cinq millionième Yaris « made in France », Didier Leroy, président en Europe, évoque le futur de l'industrie automobile.



Didier Leroy est l'un des seuls rares « gaijin » (non-Japonais) dans le top management de Toyota.

© Courdji Sebastien / Courdji Sebastien/ABACA

Extraits :

La plus grande usine automobile de France n'appartient ni à Peugeot ni à Renault, mais à Toyota depuis trois ans. Les 5 000 employés de l'usine du constructeur japonais de la région de Valenciennes, à Onnaing (Nord), vont assembler cette année un record de 286 000 véhicules, après 274 000 l'année dernière. Toyota a, ce 26 novembre, fêté sa cinq millionième Yaris « made in France » depuis l'ouverture du site, en 2001.

Contrairement à ce que laisse souvent entendre Philippe Martinez, l'ancien secrétaire général de la CGT, il ne s'agit pas de simplement visser des pièces pour fabriquer une voiture. À Onnaing, les Yaris et les Yaris Cross qui sortent des lignes ont toutes le label Origine France garantie.

« 85 % des pièces en valeur sont fabriquées en interne », insiste Nicolas Casier, responsable du département des améliorations industrielles de l'usine. (...)

Onnaing, qui pèse pour un quart de la production européenne du groupe nippon, produit depuis cette année uniquement des voitures hybrides, la spécialité de Toyota qui prend son temps pour passer au tout-électrique.

[Votre succès, n'est-il] pas aussi le fait d'avoir temporisé sur l'électrique ?

Ce n'est pas vrai que nous ne développons pas de véhicules électriques ! Nous refusons juste la « stratégie de casino » qui consiste à miser tout sur une seule technologie en espérant qu'elle sera gagnante. Quand nous avons introduit la première voiture hybride du monde, en 1997, la Prius, les grands experts de l'automobile affirmaient qu'il s'agissait d'une technologie provisoire. Tous les acteurs de l'industrie se moquaient de nous. Aujourd'hui, presque toutes les marques font de l'hybride. En outre, nous avons la capacité de développer plusieurs technologies : hybrides, hybrides rechargeables, hydrogène et batteries. Si nous le faisons, c'est parce que l'attente des clients et la vitesse de transformation du marché diffèrent selon les régions du monde.

Onnaing, qui pèse pour un quart de la production européenne du groupe nippon, produit depuis cette année uniquement des voitures hybrides, la spécialité de Toyota qui prend son temps pour passer au tout-électrique. L'occasion d'en discuter avec le Français le plus capé du premier constructeur mondial, Didier Leroy, ex-numéro deux du groupe qui occupe toujours le poste de président de Toyota Europe.

Est-ce que l'électrique représente la seule réponse possible face aux défis environnementaux ?

Quand on parle d'urgence climatique, il faut d'abord traiter les 285 millions de voitures à moteur thermique qui circulent sur les routes en Europe. Même si vous introduisez 20 à 40 % de voitures électriques sur un marché européen de 13 à 14 millions de voitures, vous ne pourrez changer que 5 à 6 millions de véhicules par an. Le vrai sujet n'est donc pas de se demander si on sera prêts, ou non, en 2035 pour être à zéro émission. Tous les constructeurs seront prêts, avec des réussites plus ou moins grandes.

Le vrai souci est de se demander quoi faire aujourd'hui des 285 millions de véhicules existant en Europe. Comment accélérer le développement de l'hybridation, par exemple, pour réduire considérablement les émissions de CO₂ des véhicules actuels ? Il existe aussi des solutions technologiques, comme les carburants de synthèse. Aujourd'hui, c'est cher, mais ça ne le sera peut-être pas dans dix ans. (...)

Je le répète : le tout-électrique n'est pas une erreur. La vraie question consiste à savoir si, quand vous roulez sur de longues distances, vous êtes avec une batterie électrique, de l'hydrogène ou une pile à combustible. Beaucoup d'options sont possibles.

https://www.lepoint.fr/economie/didier-leroy-president-de-toyota-europe-que-faire-des-285-millions-de-vehicules-thermiques-existant-en-europe-27-11-2024-2576460_28.php

UC Berkeley News, 28 novembre, libre accès

Breakthrough in capturing 'hot' CO₂ from industrial exhaust

A metal-organic framework, or MOF, is capable of capturing CO₂ at extreme temperatures



Water vapor emerging from cooling towers at an industrial plant. Water is used to cool exhaust gases to a temperature at which carbon capture is possible with aqueous amines. A new UC Berkeley material can capture carbon dioxide at the high temperatures common of various industrial exhausts, avoiding the need to expend energy and water to cool the emissions for decarbonization.

Courtesy of Brentwood Industries

Extractions :

Industrial plants, such as those that make cement or steel, emit copious amounts of carbon dioxide, a potent greenhouse gas, but the exhaust is too hot for state-of-the-art carbon removal technology. Lots of energy and water are needed to cool the exhaust streams, a requirement that has limited adoption of CO₂ capture in some of the most polluting industries.

Now, chemists at the University of California, Berkeley, have discovered that a porous material can act like a sponge to capture CO₂ at temperatures close to those of many industrial exhaust streams. The material — a type of metal-organic framework, or MOF — will be described in a paper to be published in the Nov. 15 print edition of the journal *Science*. (...)

<https://news.berkeley.edu/2024/11/14/breakthrough-in-capturing-hot-co2-from-industrial-exhaust/>

Wall Street Journal, Opinion, 26 novembre, article payant

COP29, Climate Groundhog Day

Shale fracking does more to reduce CO₂ emissions than all the talk in Baku.



A screen displays COP30 Belém 2025 during a plenary session at the COP29 U.N. Climate Summit, Baku, Azerbaijan, Nov. 23. PHOTO: SERGEI GRITS/ASSOCIATED PRESS

Extractions :

The United Nation's COP29 climate summit in Baku, Azerbaijan, ended this weekend with a promise by wealthy countries to spend \$300 billion a year by 2035 to help poorer ones adapt. Was this the ransom for letting high-flying emissaries escape on their private jets?

Like the movie "Groundhog Day," each U.N.'s annual climate confab is a repeat of the last. Poor countries lambaste wealthier nations for their CO2 emissions. Wealthy countries self-flagellate and promise to atone by financing climate projects in developing countries. That sums up the blowout in Baku.

The U.S. and Europe are hailing the \$300 billion deal for climate transfer payments. But like previous commitments, this one isn't legally binding, and almost any international assistance counts toward the goal. As India's emissary noted, it's an "optical illusion." (...)

The West's self-defeating climate policies have failed to reduce global emissions and may increase them by driving more manufacturing to China, India and other countries that rely heavily on coal. Global emissions are set to hit a new peak this year, though U.S. CO2 emissions are expected to decline 0.6% and Europe's by 3.8%.

U.S. emissions are declining as cheap and abundant natural gas replaces coal in power production. America's coal emissions are the lowest in more than 120 years. Increasing renewable production has reduced Europe's emissions but also raised its energy prices and driven more manufacturing to China.

The reality is that U.S. shale fracking has done more to reduce emissions than the West's climate mandates and subsidies. This may be why Biden climate envoy John Podesta said he expects U.S. emissions to continue to decline under Donald Trump. By accelerating U.S. liquefied natural gas export projects, Mr. Trump could also reduce global emissions.

But don't expect this to stop the same climate movie from replaying next year.

Wall Street Journal, Guest Essay, 26 novembre, article payant

Trump Can Get EVs Back on Track

By Mr. Hollis, chief operating officer of Toyota Motor North America.

Ditch the mandates and subsidies. Let consumer choice drive the market.



Electric vehicle chargers in Denver, Nov. 1. PHOTO: OLIVIA SUN/ZUMA PRESS

Extraits :

Federal and state governments have been trying to persuade Americans to buy battery-electric vehicles using mandates and taxpayer-financed incentives. These policies aren't working, and the sale of EVs has stalled.

The incoming administration can correct course by replacing these mandates and subsidies with policies that give customers affordable options while helping reduce greenhouse gas emissions.

Over the past four years, [Toyota](#) hasn't wavered in its goal of reducing greenhouse gas emissions as much and as quickly as possible. Our approach provides consumers with many choices: hybrids, plug-in hybrids, fuel-cell electric and battery-electric vehicles. We believe this is the best way to achieve meaningful emissions reductions while meeting customer needs. Data from the Environmental Protection Agency show that, between 2017-22, Toyota outpaced all other manufacturers in reducing average greenhouse gas emissions from its new vehicles.

Current EPA regulations are a de facto electric-vehicle mandate because they set emissions standards that are impossible to meet without a majority of vehicles being battery-electric. Yet even with costly subsidies from taxpayers, EV sales are still less than 10% of the market.

To be clear, we support the rollout of battery-electric vehicles. Toyota has invested nearly \$14 billion to build a battery plant in North Carolina. But EPA mandates harm the auto industry's ability to offer a variety of zero- or low-emissions vehicle options at different price points and with different characteristics. We want everyone, regardless of budget or specific needs, to be able to contribute to reducing emissions. But unrealistic regulations favor one carbon-reducing option over, and at the expense of, all others. (...)

Artificial mandates and subsidies aren't working. We at Toyota believe that providing customers with affordable vehicles and a variety of options is the best path forward for reducing emissions. We believe the incoming administration should replace EV mandates and subsidies with policies that promote consumer choice while contributing to emissions reductions. A consumer-driven market will bring more stability and healthy competition to the auto industry, steady employment for workers and dealers, and more options for American families.

https://www.wsj.com/opinion/trump-can-get-evs-back-on-track-electric-vehicles-subsidies-mandates-policy-0590a4ed?mod=hp_opin_pos_3#cxrecs_s

The Economist, 26 novembre, article payant

The Climate Issue: Why COPs must change



SUBSCRIBER ONLY | FORTNIGHTLY

The Climate Issue

Full text :

I am something of a COP apologist. Certainly, from the inside, these climate summits feel torturous: delegates spend two weeks trapped under fluorescent lighting, haggling over procedural items in obscure legal texts. Talks get gridlocked; days get longer; provisions run out. From the outside they rarely seem to make meaningful progress. Yet COPs serve a purpose. They can't properly address the huge challenges of climate change. (No single process can, let alone one as sclerotic as multilateral bureaucracy.) But they push the issue forward, sending important signals to governments and businesses about what must be done.

COP29, which concluded early on Sunday morning, tested that belief. The summit was [held in a petrostate](#). That is nothing new: last year's took place in the United Arab Emirates, the year before in Egypt, the one before that in Scotland. In Dubai, though, the hosts made a reasonable stab at proving the argument that the biggest fossil-fuel producers should be included in the conversation—the conference concluded with an agreement that countries would “transition away” from fossil fuels. (A phrase notably absent from the outcome this year.)

This year's hosts in Baku, however, failed to prove much of anything. Azerbaijan's president opened the conference by calling oil and gas a “gift from God”. The officials in charge didn't conduct the diplomacy necessary to move the talks forward, making it harder for negotiators to resolve differences and strike deals. This helped the countries most interested in protecting the status quo to thwart attempts to change it. At one point uproar broke out when a leaked document appeared to show that the Saudi Arabian delegation had been directly editing a draft decision when others weren't allowed to.

An agreement was eventually reached. Countries set a new target for the climate finance that rich countries are meant to funnel to poor ones: \$300bn a year by 2035. [That isn't nearly enough](#) to transition economies to cleaner energy and protect vulnerable places from hotter temperatures and more extreme weather. Poor countries were furious that money from both private and public sources, as well as from countries still formally

classified as “developing” (like China or the Gulf states) could count towards the total—all ways, they say, that help the countries most responsible for emissions to avoid paying up. The progress made on reducing future emissions was even less impressive, with some big decisions kicked to next year’s conference in Brazil.

There was one bright spot. The rules around internationally tradable carbon credits were finalised. This arduous process took nine years and should make a real difference in incentivising countries and companies to sequester carbon, as well as providing a source of revenue for further climate action.

That will do little to assuage a growing sense that the entire COP process is increasingly unfit for purpose. Last week an open letter circulated calling for changes to which countries should provide climate finance and which should receive it (the classifications date back to 1992) and for more thought to be given to the eligibility of the hosts. It was signed by influential emissaries including Ban Ki-moon, a former secretary-general of the UN, and Christiana Figueres and Connie Hedegaard, two diplomats instrumental in forming the Paris agreement. They wrote of the need for “transforming the climate COP...to deliver the scale of ambition commensurate with the defining challenge of our time”. They’re right. Whether it’s possible is another matter.

<https://www.economist.com/newsletters/the-climate-issue>

☹️ *Le Monde*, 26 novembre, article payant

Les émissions de gaz à effet de serre importées, angle mort de l’impact climatique des pays riches

Décryptage : Un quart des émissions de gaz à effet de serre sont générées par des pays exportateurs pour satisfaire la demande de pays importateurs. Un rapport appelle à repenser la comptabilité carbone mondiale.



Extraits :

La France et l’Union européenne (UE) se targuent régulièrement d’être les bons élèves de la lutte contre le dérèglement climatique, grâce à leurs politiques volontaristes de réduction des émissions de gaz à effet de serre (GES) – même si ces efforts restent insuffisants.

Un rapport rendu public lundi 18 novembre par le cabinet de conseil Carbone 4 et la Fondation européenne pour le climat (ECF), consulté par *Le Monde*, met en lumière un angle mort de l’engagement contre le réchauffement : les émissions liées au commerce international ne cessent d’augmenter.

Traditionnellement, les émissions de GES d'un pays sont calculées en fonction de la production de biens et de services sur son territoire. Cette approche omet une question cruciale : à qui ces marchandises sont-elles destinées ? Par exemple, toutes les émissions induites par la fabrication en Chine d'un microprocesseur qui sera vendu en France sont pour l'instant comptabilisées dans les émissions chinoises. Ce calcul « par inventaire » minimise donc la responsabilité des pays importateurs.

Un quart des émissions planétaires sont ainsi « importées », c'est-à-dire produites par des pays pour satisfaire la demande d'autres pays. Un sujet souvent mis de côté dans les négociations climatiques, car il touche à la compétitivité : « *Pendant la COP21, plusieurs participants, parmi lesquels l'UE, avaient un mandat de négociation pour ne prendre aucune mesure susceptible de freiner le développement du commerce mondial* », écrivent les auteurs du rapport, Richard Baron, Samuel Leré (ECF), César Dugast et Pierre Maquet (Carbone 4).

L'approche par la consommation finale, aussi appelée empreinte carbone, ajuste les émissions par pays selon leurs échanges commerciaux. L'analyse de celles liées aux importations permet de savoir si un pays qui, en apparence, effectue des progrès en matière de décarbonation, ne s'appuie pas en réalité sur les chaînes d'approvisionnement très émettrices de ses partenaires commerciaux.

« *Nous, Européens, avons beau décarboner notre territoire, nous continuons à induire des émissions dans d'autres pays [par] notre consommation* », relève César Dugast, coresponsable du pôle débat public à Carbone 4.

En 2021, les émissions produites sur le sol français s'élevaient à 443,47 mégatonnes équivalent CO₂ (MtCO₂eq), ce qui est inférieur à son empreinte carbone (639,31 MtCO₂eq).

Cette différence s'explique par le fait que la France importe plus d'émissions qu'elle n'en exporte – autrement dit, c'est un importateur net (330 MtCO₂eq importées, contre 134 MtCO₂eq exportées). Ses émissions importées constituent plus de la moitié de son empreinte carbone. (...)

Du côté des consommateurs, les auteurs du rapport espèrent « *en finir* » avec l'idée selon laquelle la France ne représente que 1 % des émissions mondiales, rendant nos efforts de réduction d'émissions de GES dérisoires – une idée propagée, entre autres, par les sphères d'extrême droite. « *Si on regarde l'empreinte carbone par habitant, le classement change complètement*, relève César Dugast. *Si toute l'humanité consommait comme des Français, il faudrait trois planètes Terre pour répondre à la demande !* » (...)

https://www.lemonde.fr/les-decodeurs/article/2024/11/18/les-emissions-importees-angle-mort-de-l-impact-climatique-des-pays-riches_6399689_4355770.html

The Economist, 25 novembre, article payant

COP29 in Baku : Half a loaf, at best, from the climate talks

This year's negotiations made very modest progress



PHOTOGRAPH: GETTY IMAGES

Extractions :

THE SENSE that the COP29 climate talks were overstaying their welcome in Baku was tangible through growing absences. Over the 30 hours between the scheduled end on Friday November 22nd and the final gavel in the early hours of Sunday morning first food, then water, then toilet paper ran out; finally fire extinguishers were slowly removed. A few dozen countries walked out, too—but they came back in time for a conclusion which, if far from inspiring, was at least better than the total breakdown that threatened.

The main purpose of the meeting was to put to bed a couple of issues left over from COPs past. In 2015, the Paris agreement struck at COP21 said the UN system needed new rules for trading carbon credits. In 2021 in Glasgow the attendees committed themselves to a “New Collective Quantified Goal” for [climate finance](#) that would go beyond Paris’s \$100bn a year from north to south.

When it came to the first goal, called for by the Paris agreement, the COP approved rules that will let countries identify and authorise carbon credits (specifically Internationally Transferred Mitigation Outcomes) that can then be traded. But the timelines involved are not well defined, the transparency such systems need is not assured and countries that do things badly will not necessarily face consequences beyond having the fact pointed out. (...)

But some useful parts of previous drafts were cut, such as one meant to ensure that carbon removed from the atmosphere is locked away for centuries, if not forever. (...)

Rich countries say the \$300bn will do the vital work of unlocking the private money required to reach the larger goal by making borrowing cheaper and reducing some of the risks that make investors wary. (...)

Poor countries were less impressed. They say that the amounts they need are much greater than those under discussion and that the degree to which the new money will encourage other investment is greatly overstated. (...)

In the end, the difference between a \$300bn and a \$390bn goal is small compared with how quickly the goal is reached and how efficiently the money is spent. (The previous \$100bn goal took more than a decade to be met.) It is now up to all countries to manage the tricky task of integrating climate goals into their economic planning.

This is a huge task, especially for the countries with the shallowest pockets. These are also often those with the greatest need for measures to cope with hotter temperatures and more extreme weather. These are the areas where rich countries and multilateral development banks can do the most good, and where they should concentrate on channelling their funds. Shortly before dawn in Baku on Sunday Tina Stege, the Marshall Islands' climate envoy, addressed an exhausted audience. "We are leaving with a small portion of the funding climate-vulnerable countries urgently need," she said. "It isn't nearly enough. But it's a start." ■

<https://www.economist.com/international/2024/11/24/half-a-loaf-at-best-from-the-climate-talks>

Frankfurter Allgemeine Zeitung, 25 novembre, article payant

COP29: Von der Klimadiplomatie ist gerade nichts zu erwarten

Der Minimalkonsens von Baku zeigt: Die Weltklimakonferenzen sind gerade nicht in der Lage, den Temperaturanstieg zu bremsen. Hoffnung kommt von anderswoher.



Extraits :

Weltinnenpolitik gibt es auch im Zeichen des Klimawandels nicht. Selbst im Angesicht von Rekordemissionen kommt die Welt auf ihren Klimakonferenzen nur physisch zusammen – darüber einig, was zu tun sei, wurde sie sich auch in [Baku](#) nicht. Dabei wäre es im Interesse fast aller Menschen (und ihrer Kinder und Enkel), den Klimawandel zu bremsen und Vorsorge dafür zu treffen, dass die schon jetzt unvermeidlichen Folgen nicht unnötig viel Leben wegspülen und Werte verbrennen. Stattdessen stand am Ende der Konferenz in Aserbaidschan ein Minimalkonsens, der das Äußerste war, was dort erreicht werden konnte. (...)

Schon jetzt war die Spaltung der Welt so stark zu spüren wie lange nicht. Nichts haben die Staaten erreicht, die konkretisieren wollten, was die Klimakonferenz vor einem Jahr in Dubai als „Übergang weg von fossilen Energien“ beschlossen hatte. Deutschland zum Beispiel hätte gerne einen weltweiten Kohleausstieg festgeschrieben – und hatte mit dieser Forderung keine Chance. Es gelang noch nicht einmal, die Formel zum Ausschleichen aus der Nutzung fossiler Energieträger zu wiederholen.

<https://www.faz.net/aktuell/politik/ausland/cop29-von-der-klimadiplomatie-ist-gerade-nichts-zu-erwarten-110131612.html>

The Guardian, 24 novembre, libre accès

Cop29 agrees \$1.3tn climate finance deal but campaigners brand it a ‘betrayal’

Deep divisions remain after high-stakes talks end with agreement to help developing world shift to low-carbon economy



📷 Cop29 president Mukhtar Babayev at the closing plenary meeting. Azerbaijan was strongly criticised for its running of the talks. Photograph: Murad Sezer/Reuters

<https://www.theguardian.com/environment/2024/nov/23/cop29-agrees-13tn-climate-finance-deal-but-campaigners-brand-it-a-betrayal>

L'Express, 23 novembre, article payant

"Une vraie bêtise" : à Bruxelles, ce manque de pragmatisme qui agace Emmanuel Macron

Economie. Politiques et industriels déplorent que la Commission européenne soit trop prescriptive quant aux technologies utilisées pour atteindre ses objectifs climatiques.



En accord avec le principe de neutralité technologique, la Commission européenne devrait donner aux industriels un objectif final sans être prescriptives sur les moyens de l'atteindre.
[afp.com/John MACDOUGALL](https://www.afp.com/John-MACDOUGALL)

Extraits :

Ce 13 novembre, au Collège de France, Emmanuel Macron ne cache pas son agacement. "Je me fiche de savoir que l'électron qui m'aide à [...] produire de l'hydrogène vert soit à base d'éolien offshore au Danemark, de solaire en Espagne ou de nucléaire en France", déclare-t-il lors d'une table ronde consacrée à la compétitivité européenne, en présence de Mario Draghi. Derrière cette offensive, l'idée que porte le président n'est pas nouvelle. Il s'agit de "la neutralité technologique" - un concept devenu le cheval de bataille de la France face à Bruxelles en matière d'énergie.

Le principe est simple : ne pas privilégier une technologie et laisser le choix de la méthode aux industriels pour atteindre la neutralité carbone en Europe d'ici 2050. "Elle favorise la concurrence, remarque Paul Lehmann, professeur d'économie de l'énergie à l'université de Leipzig. Il est parfois difficile de savoir quelle technologie est la meilleure ou comment va évoluer le progrès".

Mentionnée dans le rapport phare de Mario Draghi publié en septembre, la neutralité technologique est inscrite dans la lettre de mission du nouveau commissaire de l'énergie. Elle n'a pourtant pas toujours été prise en compte. Lors des débats autour de la taxonomie européenne, qui classe les activités dites "durables", Paris souhaitait que le nucléaire puisse bénéficier de l'étiquette "verte", au même titre que les énergies renouvelables, en raison de son caractère décarboné. Les négociations en vue de convaincre la Commission européenne ont été rudes.

Les années passent, et la France reste inflexible sur la question. En dépit des exigences européennes, elle a refusé de se fixer une cible chiffrée en termes d'énergies renouvelables, proposant plutôt dans sa feuille de route un objectif "décarboné", mêlant renouvelables et nucléaire. (...)

Cette vision bornée pénalise aussi le secteur automobile. L'Union européenne a imposé la fin du moteur thermique en 2035, misant sur l'électrique et écartant l'option des carburants de synthèse. Au grand dam d'équipementiers comme Bosch, qui continue à préconiser l'utilisation de ces derniers. Le groupe allemand affirme à L'Express être favorable à "une révision approfondie de la réglementation CO2, qui soit guidée par le principe de neutralité technologique. La lutte contre le changement climatique doit avoir lieu sur tous les fronts". Pour sa part, Fabrice Godefroy, porte-parole du collectif des experts de la mobilité

s'étonne que "la Commission ait poussé une technologie sur laquelle la Chine a de l'avance sur nous, alors que nous étions les leaders sur le véhicule thermique et pouvions innover sur le sujet".

Emmanuel Macron le martèle, ignorer la neutralité technologique est "une vraie bêtise". Le chef de l'Etat estime que l'Europe pourrait être "très compétitive par rapport aux Américains ou aux Chinois" en changeant ses pratiques. Car à la fin, l'un des critères les plus importants, c'est l'intensité carbone, plaide-t-on à l'Elysée : "des industriels s'interrogent sur la complexité des règles européennes pour telle ou telle technologie, alors que l'Inflation Reduction Act américain ne regarde que l'impact final, peu importe comment il a été atteint".

Bruxelles aurait donc tout intérêt à se saisir de la question avec pragmatisme et laisser davantage de marge de manoeuvre aux Etats membres, pointe dans un rapport Maxence Cordiez, expert associé énergie à l'Institut Montaigne. "On ne pourra pas décarboner de la même manière des pays aussi différents que l'Allemagne et Malte", qui ne partent pas du même mix énergétique.

Pour autant, la défense de ce principe n'est pas toujours innocente. Chacun le brandit quand ça l'arrange. "La neutralité technologique est un mot à la mode, souvent revendiqué par des Etats ou les industries qui ont des intérêts dans une technologie spécifique", remarque Paul Lehmann. Le nucléaire pour la France, le moteur thermique pour d'autres pays. Si le principe relève du bon sens, sa mise en oeuvre n'est possible que dans un monde où les Vingt-Sept peuvent parler d'une seule voix. Or en l'absence de consensus, les pays membres continuent à s'écharper autour de "la bonne" technologie à choisir. Résultat : l'Europe reste à la traîne.

<https://www.lexpress.fr/environnement/une-vraie-betise-a-bruxelles-ce-manque-de-pragmatisme-qui-agace-emmanuel-macron-AY5TFJFP3VHANFWA24KJGVSUYM/>

Frankfurter Allgemeine Zeitung, 23 novembre, article payant

Batterien für E-Autos: Was das Northvolt-Debakel für Europa bedeutet

Der schwedische Batterie-Pionier Northvolt kämpft ums Überleben. Kann Europa den Vorsprung der Konkurrenz aus Asien überhaupt noch wettmachen?



Batteriezellenfabrik von Northvolt in Schweden Northvolt

Extraits :

(...) Northvolt ist nicht irgendein junges Unternehmen, das vor der Pleite steht. Schon allein wegen der Größenordnung: Der Hersteller gilt als das am besten finanzierte Start-up in Europa. Zu den Investoren zählen

renommierte Adressen: Größter Anteilseigner ist mit rund 20 Prozent Volkswagen. Ein weiterer großer Investor ist die Investmentbank Goldman Sachs, unter anderen hält auch BMW einen kleineren Anteil.

Ein „europäischer Batteriezellen-Champion“ wolle Northvolt werden, hat Carlsson immer wieder versprochen. Wenn das Unternehmen jetzt scheitern sollte, dann wirft das auch die grundlegende Frage auf: Können die Europäer den Rückstand in der Batterietechnik überhaupt noch aufholen? Die Stromspeicher sind die wichtigste Komponente von E-Autos. Aber bisher sind BMW, [Mercedes](#), Volkswagen und andere europäische Hersteller fast vollständig von asiatischen Batteriezellen-Lieferanten abhängig. Allein der chinesische Marktführer CATL kontrolliert rund ein Drittel des Weltmarkts. (...) Lange nährte vor allem Northvolt die Hoffnung, dass Europa den Rückstand auf China noch aufholen könnte. Ende 2021 hat das Unternehmen als erster europäischer Hersteller eine große Batteriezellenfabrik in Betrieb genommen. Die „Giga Factory“ in Nordschweden hat in ihrer ersten Ausbaustufe eine jährliche Fertigungskapazität von 16 Gigawattstunden. Das ist genug, um Stromspeicher für rund 230.000 Elektroautos im Jahr herzustellen. Aber bis heute hat Northvolt den Hightech-Produktionsprozess nicht in den Griff bekommen. Die Fertigung erreicht nur einen Bruchteil der Kapazität, der Anteil fehlerhafter Batteriezellen ist hoch. Im Sommer stornierte BMW deshalb einen milliardenschweren Auftrag an den Zulieferer.

Die drohende Pleite von Northvolt zeigt, wie groß für [Europas](#) Industrie die technischen und wirtschaftlichen Herausforderungen in der Batteriezellenfertigung sind. Vor einigen Wochen sorgte der CATL-Chef Robin Zeng mit einem vernichtenden Kommentar für Aufsehen: Die europäischen Newcomer im Batteriezellengeschäft hätten „das falsche Konstruktionskonzept, die falschen Prozesse und die falsche Ausrüstung für die Herstellung von Stromspeicher-Zellen“, ätzte Chinas Batteriezellen-König. (...)

Quer über Europa sollen in den kommenden Jahren große Batteriezellenwerke von anderen Herstellern entstehen. Werden diese ähnlich große Probleme bekommen wie jetzt der Pionier Northvolt? Nach einer neuen Kalkulation des Fraunhofer ISI Instituts, die der [F.A.S.](#) vorliegt, sind derzeit in Europa Batteriezellen-Fertigungskapazitäten von jährlich 2,2 Terawattstunden angekündigt, was rechnerisch rund 70 großen Fabriken entsprechen würde. Bei mehr als einem Viertel dieser Projekte halten die Fraunhofer-Forscher die Umsetzung allerdings schon jetzt für fragwürdig. Liegen sie mit ihrer Prognose richtig, dann werden rund 20 geplante Fabriken nicht gebaut. (...)

Ankündigungen sind eben das eine, die Umsetzung dagegen ist etwas ganz anderes, wie die Northvolt-Misere zeigt. Das Unternehmen hat die technischen Herausforderungen offensichtlich völlig unterschätzt. (...)

Branchenfachleute glauben aber auch, dass es mehr Zusammenarbeit in der Autoindustrie braucht, um den Rückstand gegenüber den Asiaten aufzuholen. Allein hätten die einzelnen Hersteller keine Chance. „Eine europäische Batteriezellen-Allianz könnte eine Lösung sein“, sagt Martin Linder, Batterieexperte der Unternehmensberatung McKinsey. Eine eigene Batteriezellen-Industrie aufzubauen, sei für Europa zwingend, glaubt Batterieforscher Sauer von der RWTH Aachen: „Wir müssen das hinbekommen. Die Abhängigkeit von China bei einem solchen Schlüsselprodukt können wir uns auf Dauer nicht leisten.“

<https://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/unternehmen/batterien-fuer-e-autos-was-das-northvolt-debakel-fuer-europa-bedeutet-110128288.html>

Le Point, 22 novembre, article payant

Transition énergétique : le rapport qui dérange le gouvernement

EXCLUSIF. Fraudes, malfaçons... Dans une note confidentielle que « Le Point » s'est procurée, l'Inspection générale des finances dresse un constat explosif du dispositif MaPrimeRénov.

Extraits :

« Pour résumer les choses, c'est un désastre à plus de 2 milliards... » Sur le bureau de ce haut fonctionnaire, les rapports s'empilent. Cour des comptes, Assemblée nationale, Sénat... Tous ont pointé les problèmes structurels et les abus [du dispositif MaPrimeRénov](#), pilier de la politique environnementale du gouvernement, qui a permis

de soutenir la rénovation de 2,3 millions de logements depuis 2020. Le dernier rapport toutefois, daté de fin septembre et signé de l'Inspection générale des finances (IGF), n'a jamais été rendu public... « Trop explosif », a-t-on jugé. Sur 78 pages, il démontre en effet que le dispositif reste gangrené par la fraude.

Le rapport de cette « mission flash » de l'IGF sur le suivi des fraudes déjà identifiées, que *Le Point* s'est procuré, laisse pantois. Pour contrôler un dispositif engageant plus de 2 milliards d'euros par an, apprend-on, l'Agence nationale de l'habitat (Anah), qui le supervise, ne dispose que de huit contrôleurs pour examiner les 1 273 355 dossiers traités par les 313 instructeurs du prestataire privé Docaposte en 2023.

Résultat prévisible : seuls 3 % des dossiers sont vérifiés. Lors de la précédente mission de l'IGF, souligne le rapport, ce taux s'établissait à seulement 2 %. « Presque une incitation à la fraude ! » s'étrangle notre haut fonctionnaire. (...)

Entre janvier et fin juin 2024, il y en a eu un peu plus de 14 000. Bilan : 27 % des travaux ont été jugés non conformes, et 21 % n'avaient même pas été réalisés ! Mais l'argent coule à flots, la non-conformité ou la non-réalisation des travaux ne suspendant pas le paiement des aides : en juin 2024, 73 % avaient quand même reçu leur financement.

(...) la stratégie du gouvernement, qui mise sur la rénovation massive des logements pour atteindre ses objectifs climatiques (le secteur représente 18 % des émissions de gaz à effet de serre en France), suscite désormais le scepticisme. Les études scientifiques convergent : les gains énergétiques réels après travaux sont systématiquement inférieurs de 50 % aux estimations.

Un écart qui, selon le Conseil d'analyse économique, s'explique à la fois par la qualité médiocre des travaux, par des erreurs de modélisation et, dans une moindre mesure, par l'effet rebond – les ménages augmentant leur consommation après rénovation. « On marche sur la tête, confie un entrepreneur du BTP. On dépense des milliards sans mesurer les résultats, et les réseaux criminels en profitent. » (...)

https://www.lepoint.fr/societe/transition-energetique-le-rapport-qui-derange-le-gouvernement-22-11-2024-2575982_23.php

Le Monde, 22 novembre, article payant

Au resto U de Grenoble, une révolution végétarienne dans les assiettes

Les étudiants grenoblois ont la possibilité de choisir un plat sans viande depuis 2022, et l'offre dépasse désormais les 30 %. Les émissions de gaz à effet de serre de ce centre régional des œuvres universitaires et scolaires ont baissé de 22 %, un record.



Extraits :

(...) Devenue tendance, la cuisine « végé » a une vertu : diminuer le bilan carbone. Dans les Crous, l'offre de viande rouge a chuté de 7 % entre 2022 et 2023 et, sur cette période, les émissions de gaz à effet de serre liées aux activités de restauration et d'hébergement des vingt-six établissements du réseau ont diminué de 4,5 % en moyenne.

Au Crous de l'académie de Grenoble, la baisse des émissions a été de 22 %, un record qui place l'établissement en « *démonstrateur de la stratégie carbone* », selon Bénédicte Durand, la présidente du Cnous, centre national qui chapeaute le réseau. Sur le campus de Saint-Martin-d'Hères, dans la banlieue grenobloise, l'offre végétarienne a même dépassé la demande dans quatre restaurants et une quinzaine de cafétérias où se concentre l'activité.

« *Nous sommes allés au-delà des espérances des étudiants*, se félicite la directrice du Crous de Grenoble, Bénédicte Corvaisier. *En 2019, nous n'étions qu'entre 3 % et 5 % d'offre végétarienne pour une demande que l'on évalue à 20 % des étudiants. Aujourd'hui, nous sommes à plus de 30 %.* (...) »

Face à une jeunesse de plus en plus écoanxieuse, les Crous veulent prendre leur part de responsabilité. En 2023, le réseau a consommé 213 tonnes de CO₂, contre 223 tonnes en 2022. « *Il faut en émettre deux fois moins d'ici à 2030*, prévient Gabriel Soleil. *Plusieurs Crous parviennent à une décarbonation incroyable quand d'autres ne démarrent pas, notamment du fait de la hausse de l'activité de restauration.* »

https://www.lemonde.fr/societe/article/2024/11/22/au-resto-u-de-grenoble-une-revolution-vegetarienne-dans-les-assiettes_6408564_3224.html

Le Figaro, 21 novembre, article payant

Agnès Verdier-Molinié: «Le massacre à la tronçonneuse de l'industrie automobile européenne»

TRIBUNE - Comme sur le nucléaire, si l'Union européenne ne bouge pas maintenant et ne renonce pas à ses normes destructrices pour l'industrie automobile européenne, elle pleurera demain sur son aveuglement d'aujourd'hui, estime la directrice de l'iFrap.

Dernier livre paru d'Agnès Verdier-Molinié : « Où va notre argent ? » (L'Observatoire, 2023).

Extraits :

C'est un massacre à la tronçonneuse. Un massacre prémédité. [Avec le consentement de nos gouvernements et des autorités européennes](#). Une folie, déconnectée des réalités et de la vie réelle des Français. Le sabotage de notre industrie automobile. [L'arrivée du président Trump à la tête des États-Unis](#) avec son projet de taxer de 10 % supplémentaires l'importation des voitures européennes doit nous réveiller et nous faire changer les règles adoptées aussi bien au niveau européen qu'au niveau national. Les ventes de véhicules neufs ont chuté de 11 % depuis octobre 2023 et de 18 % pour les véhicules électriques. Plus personne ne sait quelle voiture acheter. On a réussi à bloquer le marché.

Nous avons en Europe la meilleure industrie automobile dans le monde avec les meilleurs moteurs. Nous devrions en être fiers. Mais, au lieu d'encourager les constructeurs, par la réglementation européenne, à innover pour concevoir des moteurs, de tous types, avec des émissions de CO₂ proches de zéro, le couperet de l'électrique est tombé... avec cette date de 2035, [qui interdit en Europe la vente de véhicules thermiques neufs](#). La Commission européenne joue clairement les pompiers pyromanes : elle impose une date de vente de 100 % de véhicules électriques en Europe pour laquelle ni nos constructeurs européens, ni nos infrastructures électriques, ni nos consommateurs ne sont prêts. Alors que les constructeurs chinois, eux, sont prêts à envahir le marché.

Pourquoi adopter en Europe une règle beaucoup plus contraignante que la règle américaine ? En effet, aux États-Unis, il n'existe pas de réglementation fédérale interdisant directement la vente de véhicules thermiques à essence ou diesel. La réglementation américaine vise à rendre les véhicules électriques majoritaires parmi les nouvelles ventes, avec un objectif de 56 % de voitures électriques d'ici 2032.

Pourquoi adopter en Europe une règle beaucoup plus contraignante que la règle chinoise ? En Chine, le gouvernement a fixé 2035 comme date cible pour que 100 % des ventes de nouvelles voitures soient des « véhicules à nouvelle énergie », ce qui ne comprend pas uniquement des véhicules électriques, comme en Europe, mais aussi les hybrides rechargeables avec carburant fossile et les véhicules à hydrogène, qui ont des

moteurs thermiques. Là encore, la règle est beaucoup plus flexible que les objectifs européens. Les prévisions de Goldman Sachs pour 2035 évaluent à un peu plus de 50 % la part des véhicules électriques sur le marché chinois alors que l'Europe serait déjà à 100 %...

Problème, cet objectif de 100 % se fera avec des véhicules... chinois. (...)

Forcément, nos constructeurs français et européens sont très inquiets. (...) La Commission européenne veut appliquer dès 2025 de nouvelles sanctions plus sévères sur les émissions de CO₂/km (81 g contre 95 g auparavant). Ce qui implique de vendre plus de voitures électriques sauf à subir des amendes qui représenteraient entre 5 et 15 milliards d'euros pour les constructeurs européens. Pour ne pas payer ces amendes, nos constructeurs hexagonaux risquent de se saborder et de renoncer à la production de 2,5 millions de véhicules.

Le ministre de l'Économie, [Antoine Armand](#), demande actuellement à Bruxelles de lâcher du lest sur le « pacte vert » européen et de ne pas appliquer les amendes. Enfin ! Mais pourquoi nos gouvernements et nos administrations ne se sont pas réveillés avant ? (...)

Arrêtons de massacrer notre filière automobile, supprimons ces amendes injustes et autres malus et reportons sine die cette date de 2035, qui décourage les acheteurs ! Si on fait cela, le marché va repartir et nos sites industriels ne seront plus menacés. Ne faisons pas à notre filière auto ce que l'on a fait au nucléaire en fermant des centrales qui auraient dû rester ouvertes, et tout cela pour d'obscures raisons. Comme sur le nucléaire, si nous ne bougeons pas maintenant, nous pleurerons demain sur notre aveuglement d'aujourd'hui. Les règles adoptées peuvent se défaire. Notre économie et notre souveraineté industrielles sont en jeu.

<https://www.lefigaro.fr/vox/societe/agnes-verdier-molinie-le-massacre-a-la-tronconneuse-de-l-industrie-automobile-europeenne-20241120>

Wall Street Journal, opinion, 20 novembre, article payant

Irresistible March of Energy Realism

Trillions in pork is doing nothing to influence CO₂ or climate change.



Motorists on the 101 freeway during the morning commute in Los Angeles, Sept. 23. PHOTO: MARIO TAMA/GETTY IMAGES

Extractions

The publishing gods have smiled on French energy historian Jean-Baptiste Fressoz. His [book](#), whose U.S. edition is coming out in August, is already [getting](#) wide notice. Its French title essentially means “there is no transition.” Mr. Fressoz tells a podcaster he’s even happier with the English title, “More and More and More.”

Energy sources are additive and symbiotic, he writes. Coal, oil, gas, wood, nuclear and renewables all grew together, they didn’t replace each other.

An increase in coal provided steel piping to enable oil and gas production. More wood than ever was consumed to support British coal mines. The world’s biggest maker of wooden barrels at one time was John D. Rockefeller. A car in the 1930s consumed more coal via its required steel than it would consume in fossil fuels in its lifetime.

In the U.K. today, a single wood-burning [electric plant](#) consumes more wood than Britain’s entire 18th-century economy and yet accounts for a small fraction of Britain’s current energy output. The only transition has been to more energy consumption.

As this [column](#) has pointed out, subsidies for green energy, adopted globally by the Obama imitators in lieu of carbon taxes, only end up subsidizing more energy use, including copious fossil energy to make batteries, wind turbines and solar panels.

In a blue moon, honest greens will admit as much and argue that when green energy has been sufficiently built up with government aid, the U.S. will lead the nations to introduce carbon taxes.

The faulty assumption here is that phasing out fossil energy will be any easier in 50 years when the world is consuming twice as much energy and half is still fossil energy, producing the same emissions as today. A likelier outcome: When the green subsidies stop, as inevitably they must, the result will be a burst of emissions as the formerly subsidized users shift to fossil energy to stay solvent. (...)

Meanwhile, hard to find are detailed climate or emissions projections that don’t effectively assume successful efforts to stabilize warming at the putative 1.5 or 2 degree Celsius levels.

These efforts at stabilization aren’t happening. In the peer-reviewed journal of the American Association for the Advancement of Science, a [study](#) finds that of 1,500 “climate” policies announced around the world, a mere 63, or 4%, produce any reduction in emissions.

Mr. Fressoz, in the [“Decouple” podcast](#), delves into the fascinating 1970s. Governments everywhere, along with the [oil industry](#), well recognized the CO2 problem. The British government of Margaret Thatcher realized its emissions were becoming too small a share of the total for reductions to make a difference. A U.S. panel calculated that even a heroic U.S. effort would delay warming only by a few years.

A Chinese representative warned a 1979 conference that by 2000, his country intended to [burn more](#) coal than the world’s then-annual total. (...)

Our path—unavoidable adaptation—was laid down long before today’s believer-denier debate, language effectively developed and deployed to promote climate pork, not meaningful climate action. Last year, by one accounting, global emissions [topped](#) 40 billion tons for the first time. I suspect carbon taxes may yet be adopted, albeit for fiscal reasons. (...)

Mr. Wright, founder of a fracking services company, believer in climate change, enthusiast for nuclear energy, is the antidote to what Mr. Fressoz calls the “troubling” politics of climate change, which has consisted entirely of false promises.

Mr. Trump isn’t the climate outlier you think. Any U.S. presidential race in the past 40 years was a contest of two versions of doing nothing about climate change. The only difference: Certain versions of doing nothing were a lot more expensive for taxpayers than others.

Frankfurter Allgemeine Zeitung, 20 novembre, article payant

Amerikanische Energiepolitik: Selbst Trump kann den Solarboom nicht stoppen

Auch mit Trump ist die Klimapolitik nicht verloren. Ölkonzerne und Abgeordnete lieben die Klimasubventionen. Atomkraft bekommt Rückenwind.



Riesige Fläche: eine Solaranlage in Arizona in der Nähe des Monument Valley AFP

Extraits

Niemand erwartet, dass der designierte Präsident [Donald Trump](#) die Klimapolitik seines Landes mit neuen Klimaschutzinitiativen bereichert. Die Nominierung des Frackingspezialisten Chris Wright für den Posten des Energieministers zeigt, wohin die politische Reise gehen soll. Die Trump-Regierung will die Förderung von fossilen Rohstoffen wie Öl und Gas deregulieren und damit die globale Position der Vereinigten Staaten als Energiegroßmacht untermauern, die Preise für amerikanische Konsumenten und Unternehmen senken und das Land unabhängig machen von Lieferungen aus anderen Ländern. (...)

Verwirrender wird das Bild beim Inflation Reduction Act (IRA), das in Wahrheit eines der größten Fördergesetze für Klimaschutz ist. Zum Gesetzespaket gehören Subventionen aller Art und Steuergutschriften für den Kauf von Elektroautos und für Wärmedämmung und Elektrifizierung von Häusern. Industrieunternehmen können ihre Produktion mit Staatshilfe klimafreundlicher machen. Große Summen fließen in den Plan, eine komplette Wertschöpfungskette für die Herstellung von Elektroautos zu errichten – von der Exploration seltener Mineralien bis hin zum Bau von Batteriefabriken.

Trump hatte im Wahlkampf angekündigt, die noch nicht verwendeten Mittel des Inflation Reduction Act einzusacken. Dem könnte allerdings entgegenstehen, dass Fördergesetze ein großes Beharrungsvermögen haben. (...)

Tatsächlich sind die Investitionen in saubere Energie überproportional in republikanische Wahlkreise und Bundesstaaten geflossen. (...)

Die Verteidiger der Fördermilliarden können dabei auf überraschende Verbündete zählen. Einige der großen Ölkonzerne wollen zumindest Teile des Inflation Reduction Act retten. (...)

Die rapide Ausbreitung von Solar- und Windenergie in den USA wird die Trump-Regierung ohnehin kaum bremsen können. Vor allem der Solarboom geht weiter, getrieben von konservativen Bundesstaaten wie Texas oder Oklahoma. Ein wichtiger Faktor ist, dass sich die Produktion von Solarenergie so stark verbilligt hat. Im August dieses Jahres war die Produktion von Solarstrom 21 Prozent höher als im August des Vorjahres und 100 Prozent höher als im Jahr 2021. Die US Energy Information Administration veröffentlichte zu Beginn des Jahres die Prognose, dass erneuerbare Energien in den nächsten Jahren für das Wachstum in der Energieproduktion verantwortlich sein würden, während die klassischen Quellen wie Gasenergie und Kernkraft stagnierten und die Kohleverstromung weiter zurückgehe. (...)

Die Wende zeigt sich auch im Kleinen: Es werden inzwischen mehr Wärmepumpen installiert als Gaszentralheizungen dank staatlicher Anreize. Unterstützung aus beiden Parteien hat schließlich der Ausbau der klimafreundlichen Kernenergie. Der zum Energieminister ernannte Unternehmer Wright dürfte dieser Bestrebung nicht im Weg stehen. Im Gegenteil. Er sitzt bisher noch im Verwaltungsrat des Kernkraft-Unternehmens Oklo.

<https://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/auch-mit-trump-ist-die-klimapolitik-in-den-usa-nicht-verloren-110119042.html>

Frankfurter Allgemeine Zeitung, 20 novembre, article payant

Klimaschutz-Ranking: Deutschland ist längst nicht vorne

Auf der Weltklimakonferenz stellen Umweltorganisationen ein Ranking vor, wer wie weit beim Klimaschutz ist. Deutschland fällt zurück, eine andere große europäische Industrienation kommt voran.

Ranking der Fortschritte beim Klimaschutz

1.	
2.	
3.	
4. Dänemark	—
5. Niederlande	△ = aufgestiegen
6. Vereinigtes Königreich	△
7. Philippinen	▽ = abgestiegen
8. Marokko	△
9. Norwegen	△*
10. Indien	▽*
11. Schweden	▽
12. Chile	▽
13. Luxemburg	△
14. Estland	▽
15. Portugal	▽

*Länder mit der größten Öl-, Gas- und Kohleproduktion der Welt
Tabelle: kaho. / Quelle: CCPI

Extraits

Dänemark ist im internationalen Vergleich beim Klimaschutz führend. Das ist das Ergebnis einer Rangliste, die an diesem Mittwoch auf der [Weltklimakonferenz](#) in Baku von den Umweltorganisationen Germanwatch und New Climate Institute vorgestellt werden soll und der F.A.Z. vorab vorlag. In der Rangliste sind 63 Länder und

die EU aufgeführt, die für mehr als 90 Prozent der weltweiten Emissionen verantwortlich sind. Dänemark verdankt seinen Spitzenplatz unter anderem einer aktiven internationalen Klimapolitik und Fortschritten beim Ausbau der Erneuerbaren. (...)

Nach Dänemark folgen die Niederlande, Großbritannien, die Philippinen, Marokko, Norwegen und Indien, das zwar zu den größten Produzenten fossiler Energie zählt, aber einen geringen Pro-Kopf-Ausstoß an Emissionen vorweisen kann.

Deutschland ist zwei Plätze zurückgefallen und ist nun 16. der Rangliste. Zwar sei Deutschland auf dem Weg, seine Klimaziele für 2030 zu erreichen. „In der Klimapolitik sind vor allem bei Verkehr und Gebäuden keine echten Fortschritte erkennbar. (...)

Die beiden größten Emittenten, China und die USA, liegen auf Rang 55 und 57. In China seien im ersten Quartal des Jahres die Emissionen erstmals gesunken, ohne dass eine Konjunkturflaute der Grund gewesen wäre. „Aber um die immensen Emissionen des Landes nachhaltig und zügig zu senken, brauchen wir jetzt eine klare Abkehr von fossilen Energien. Die ist noch nicht zu erkennen (...)

<https://www.faz.net/aktuell/politik/inland/klimaschutz-ranking-deutschland-ist-laengst-nicht-vorne-110121248.html>

Contrepoints, 20 novembre, libre accès

La Cour néerlandaise confirme la primauté des besoins énergétiques sur l'activisme climatique

La Cour d'appel de La Haye vient de rendre, ce 12 novembre, une décision historique en déboutant les activistes climatiques qui exigeaient que Shell réduise drastiquement ses émissions de CO₂. Cette décision marque un tournant dans l'équilibre entre les politiques climatiques et les besoins énergétiques fondamentaux de l'humanité, tout en établissant une jurisprudence significative pour l'avenir des contentieux climatiques. Au cœur du débat se trouve une question cruciale : une entreprise privée peut-elle être juridiquement contrainte à modifier sa stratégie commerciale au nom de la lutte contre le changement climatique ? La réponse des juges néerlandais est sans équivoque : non.

Extraits

En s'appuyant sur des arguments juridiques solides, la cour d'appel a donné raison à Shell dans son argumentation juridique. L'entreprise pétrolière contestait la légitimité des objectifs de réduction d'émissions qui lui avaient été imposés par les juges de première instance. Elle a notamment fait valoir deux arguments principaux qui ont été retenus par la cour :

- Absence de base légale : l'entreprise a soutenu que les tribunaux n'avaient pas le pouvoir juridique d'imposer de tels objectifs en matière d'émissions, et encore moins de les quantifier. La cour a notamment souligné que les objectifs de réduction des émissions de CO₂ relèvent de la responsabilité des États et non des entreprises privées.
- Inefficacité de la mesure : Shell a argué que ces objectifs imposés ne constituaient pas un moyen efficace pour atteindre son propre but de neutralité carbone à l'horizon 2050. Au contraire, l'entreprise a estimé que ces contraintes pourraient s'avérer contre-productives.

En validant ces arguments, la cour d'appel a ainsi infirmé la décision et donné gain de cause à Shell dans cette affaire. Cette décision remet en question la capacité des tribunaux à imposer directement des objectifs climatiques aux entreprises privées. Cette distinction fondamentale entre responsabilités publique et privée est un principe essentiel du droit qui ne saurait être remis en cause par ceux qui prétendent qu'il y a une urgence climatique, aussi pressante soit-elle.

Les hydrocarbures demeurent indispensables pour répondre aux besoins fondamentaux de l'humanité. Les énergies fossiles représentent encore plus de 80 % du mix énergétique mondial, tandis que la demande énergétique globale continue d'augmenter, en particulier dans les pays émergents. Les énergies renouvelables

croissent, mais cinq fois moins vite dans les pays en développement. La sécurité de l'approvisionnement énergétique, souvent négligée dans le débat climatique, est de nouveau au premier plan des préoccupations internationales, [comme lors de la COP28 à Dubaï](#). Les récentes crises géopolitiques, notamment en Europe avec la guerre en Ukraine, ont démontré l'importance stratégique d'un approvisionnement énergétique fiable et diversifié. Dans ce contexte, Shell et les autres majors pétrolières jouent un rôle crucial en maintenant des capacités de production stables et en investissant dans de nouvelles technologies d'extraction plus efficaces. (...)

L'expérience européenne récente offre des enseignements précieux. La crise énergétique de 2022-2023 a démontré la vulnérabilité d'une transition énergétique précipitée et l'importance stratégique de maintenir des sources d'énergie diversifiées. Elle a également mis en lumière le risque social et politique d'une augmentation brutale des prix de l'énergie, plaidant ainsi pour une approche pragmatique plutôt qu'idéologique. *Mario Draghi a d'ailleurs souligné ce risque et la nécessité d'une approche pragmatique dans [son rapport](#) dénonçant en termes feutrés la perte de compétitivité de l'UE due au prix de l'énergie résultant de la politique énergétique assujettie à la politique climatique.* (...)

L'arrêt de la Cour d'appel de La Haye s'inscrit dans un contexte géopolitique plus large, marqué par la montée en puissance des pays BRICS qui ne pensent qu'à la croissance économique et à la compétition pour les ressources stratégiques, loin des préoccupations des politiciens de l'UE et des activistes néerlandais.

Si la décision de La Haye marque ainsi un tournant dans l'approche juridique et politique de la transition énergétique, elle doit être l'occasion d'une prise de conscience que le monde ne peut pas être dirigé par des activistes, mais par la recherche du bien-être pour huit milliards d'êtres humains. Pour cela, le point de départ est une énergie abondante et bon marché pour tous.

<https://www.contrepoints.org/2024/11/19/479769-la-cour-neerlandaise-confirme-la-primauté-des-besoins-energetiques-sur-lactivisme-climatique>

Wall Street Journal, 19 novembre, article payant

Behold Your Green Future in Detail

France describes what it would take to meet its net-zero climate targets. It will be painful.



French President Emmanuel Macron PHOTO: LUDOVIC MARIN/AGENCE FRANCE-PRESSE/GETTY IMAGES

Extraits :

Europe's leaders can't resist touching the hot (electric) stove again and again. Expensive and invasive policies to tackle climate change scramble one election after another, yet French President Emmanuel Macron thinks his country's latest climate "roadmap" will be more popular?

Maybe or maybe not, but his administration published it anyway. France is subject to the European Union's goal of net-zero carbon emissions by 2050, and the government periodically issues plans explaining how the country will get there. The theme this year is that net zero is going to touch every corner of life and then some—and will it ever. (...)

The French won't be able to escape climate policy even in those denser homes. The net-zero roadmap warns of restrictions on screen sizes and resolutions to limit the energy consumption for televisions and smartphones.

Paris even envisions regulating personal climates. The dream (or nightmare) is for "intelligent building control systems" that limit winter heating to 66 degrees Fahrenheit and summer air conditioning to 78 degrees.

All of this is to be achieved via regulations, subsidies, penalties and taxes, and are these people nuts? The economic and fiscal costs of such policies are proving ruinous wherever they're attempted, and this month the strain crashed Germany's governing coalition. France, with its chronic economic anemia and fiscal bloat, is especially ill-suited to try. (...)

At least the plan is honest. The conceit of the climate left for years has been that cutting carbon emissions is something someone else—preferably a big corporation far away—would do. As Western economies become more carbon-efficient, all the low-hanging fruit of emissions reduction has been plucked. What's left are disruptive and unpleasant intrusions on citizens' standard of living, with no discernible effect on global climate.

It's especially strange that France feels a need to do this. Non-carbon nuclear power is a significant portion of France's electricity production. Why not build more nuclear plants and then let the French watch soccer clips or TikTok videos in peace? You'd almost think the misery is the point for the eco-millennarians.

Voters are rejecting climate asceticism whenever it's tried, most notably in the U.S., where [Donald Trump](#) promised to brush away climate mandates, and perhaps soon in Germany. Mr. Macron is barely managing to govern France as it is after his party got drubbed in legislative elections this summer, and it's hard to think he'd enforce any of the ideas in this roadmap. Good luck if he does.

https://www.wsj.com/opinion/france-net-zero-plan-european-union-emmanuel-macron-green-energy-49762a4f?mod=opinion_lead_pos4

The Guardian, 19 novembre, [libre accès](#)

World's 1.5C climate target 'deader than a doornail', experts say

Scientists say goal to keep world's temperature rise below 1.5C is not going to happen despite talks at Cop29 in Baku



📷 Residents queue to collect water as temperatures soar during a heatwave and drought in Bulawayo, Zimbabwe. Photograph: Kb Mpofu/Reuters

<https://www.theguardian.com/environment/2024/nov/18/climate-crisis-world-temperature-target>

The Economist, 18 novembre, [article payant](#)

You burn something new every day : "Energy transition" has been profoundly misunderstood

At COP29 there will be plenty of discussion about it. But the idea is more complex than many believe

More and More and More. By Jean-Baptiste Fressoz. Allen Lane; 320 pages; £25. To be published in America by Harper in August 2025; \$32.50

Extraits :

Those attending [COP29](#), the UN climate conference in Azerbaijan, from November 11th-22nd, can expect to get heartily sick of hearing the phrase “energy transition”. In a way, its ubiquity is welcome. There was a time in the 1980s and 1990s when governments that thought about [climate change](#) at all felt there would be nothing they could do but adapt to its ill-effects. The belief that an energy transition can instead help bring the process to a halt has marked an important move away from such fatalism.

But as Jean-Baptiste Fressoz, a French academic, explains in a necessary, eye-opening and frequently gobsmacking book newly translated into English, the energy transition is a concept misused and misunderstood to the brink of meaninglessness. The term was coined in 1967 by Harrison Brown, an American physicist. To him it meant a managed move from a world growing through the use of exhaustible fossil fuels to one in a steady state powered by nuclear: the analogy was to the “demographic transition” in which health and wealth slowed population growth.

Just ten years later President Jimmy Carter was using the idea in a presidential address. But in that decade its meaning had changed. Mr Carter’s talk of a transition from wood to [coal](#), then coal to oil and gas, followed the ideas of Cesare Marchetti, an Italian physicist, who saw energy transitions not as a response to resource depletion but as the result of slow and inevitable technological diffusion.

This interpretation of energy transition is quite close to the one now used in climate circles. Unfortunately, it has no real standing in history. At the time Mr Carter was speaking, America had not moved away from coal at all: it was deriving nearly as much energy from it as from natural gas, and coal’s use was climbing. Today’s world burns much more firewood than it did when firewood was all it had.

Historians of technology have long had a tendency to give priority to innovation, rather than to what is actually in common use. Dr Fressoz, like his mentor David Edgerton, Britain’s pre-eminent scholar in the field, fights back against this. Histories of the “coal age” need to understand that fuel was still dominated by wood until 1900, just as archaeologists understand that stone continued to be crucial after the introduction of bronze. More often energy “transitions” have co-existed as additions and transformations rather than as clean breaks and rapid replacements. (...)

Today [oil](#)’s infrastructure is almost entirely steel, a material that gets its carbonised strength in furnaces fired with supposedly displaced coal. No coal, no steel, no oil. (...)

The lesson is that technology, rather than sweeping away the “old”, often imbues it with new life instead. Before fossil fuels made felling trees and transporting firewood long distances cheap, megacities fuelled largely with woodland charcoal were not possible. Now “[Lagos](#), Kinshasa, Dakar and Dar es Salaam alone consume more wood than large European countries did a century ago,” Dr Fressoz reports.

But the author worries that the current notion of an energy transition ignores the idea’s history of looking forward to futures that do not arrive—and sometimes thereby providing an excuse for inaction. Misunderstanding past transitions as replacements allows policymakers to act as if subsidising renewables is enough. It is not. Removing fossil fuels from the energy mix will require something akin to an amputation. The vivid sense of the scale and complexity of the world’s material and energetic flows provided by this book makes clear what a difficult, and possibly bloody, operation that will have to be. ■

<https://www.economist.com/culture/2024/11/10/energy-transition-has-been-profoundly-misunderstood>

Le Monde, 18 novembre, article payant

La pollution de l’air tourne au cauchemar dans le nord de l’Inde et du Pakistan

Malgré la récurrence des épisodes de pollution extrême et leur coût sanitaire très élevé, les autorités ne prennent aucune mesure structurelle.



La pollution à Lahore, au Pakistan, le 18 novembre 2024. ARIF ALI/AFP

Extraits :

Une brume épaisse et grise, une odeur permanente de brûlé, un air complètement vicié, agressant les yeux, la gorge et les poumons : le piège de la pollution hivernale extrême s'est refermé sur les habitants du nord de l'Inde et du Pakistan. Dans les deux régions voisines, la santé humaine est menacée.

[La journée du dimanche 17 novembre a tourné au cauchemar dans la capitale indienne, New Delhi.](#) L'atmosphère n'a cessé de se dégrader tout au long de la journée, pour frôler vers 20 h 30 un indice de qualité de l'air de 1 500. Lundi 18 au matin, le seuil des 1 800 a été franchi. A ce niveau, toute sortie prolongée en extérieur est hasardeuse, la qualité de l'air étant considérée comme mauvaise au-delà de l'indice 50, extrêmement mauvaise à partir de 300.

Pourtant, les rues étaient bondées et pratiquement aucun habitant n'arborait de masque de protection, ignorant le danger. « *Que voulez-vous que je fasse ? Que je reste chez moi et que j'arrête de nourrir ma famille ?* », s'empare Rajesh, un vendeur ambulant de rue de *momos*, une spécialité himalayenne de raviolis, stationné avec son chariot à la sortie du quartier de Chhatarpur.

La détérioration est en partie due aux incendies volontaires des chaumes dans les champs du Pendjab, allumés par les paysans pour éliminer les résidus de récoltes de riz et passer plus vite aux semences suivantes. Les vents orientés nord-ouest ont rabattu les fumées sur la capitale, où la différence entre les températures diurnes et nocturnes crée une sorte de couvercle, empêchant les polluants de se dissiper. Par temps clair, l'atmosphère s'améliore un peu avec l'apparition du soleil, mais dimanche, il est resté masqué par la brume.

Les autorités, incapables de mettre fin à ces pratiques agricoles délétères, ont enclenché, dimanche, un plan d'urgence : arrêt des chantiers de construction, interdiction d'entrée des camions dans la capitale. Les écoles avaient déjà été fermées plus tôt dans la semaine. Personne n'attend de miracle. (...)

Si les pouvoirs publics ne passent pas à l'action, New Delhi et Lahore risquent d'atteindre leur limite d'habitabilité. Au-delà du pic hivernal, la capitale indienne connaît une pollution chronique toute l'année, et 2024 n'a enregistré aucune journée avec une bonne qualité de l'air. Passé l'hiver, la mégapole et ses 25 millions d'habitants subissent l'épreuve de vagues de chaleur de plus en plus intenses et fréquentes avec des températures dépassant 50 °C. Les bons jours sont de plus en plus rares.

https://www.lemonde.fr/international/article/2024/11/18/la-pollution-de-l-air-tourne-au-cauchemar-dans-le-nord-de-l-inde-et-du-pakistan_6399998_3210.html

The Economist, 18 novembre, article payant

Future imperfect : Artificial intelligence is helping improve climate models

More accurate predictions will lead to better policy-making

Extraits :

THE DIPLOMATIC ructions at COP29, the United Nations climate conference currently under way in the Azerbaijani capital of Baku, are based largely on computer models. Some model what [climate change](#) might look like; others the cost of mitigating it (see Briefing).

No model is perfect. Those modelling climate trends and impacts are forced to exclude many things, either because the underlying scientific processes are not yet understood or because representing them is too computationally costly. This results in significant uncertainty in the results of simulations, which comes with real-world consequences. Delegates' main fight in Baku, for example, will be over how much money poor countries should be given to help them decarbonise, adapt or recover. The amount needed for adaptation and recovery depends on factors such as sea-level rise and seasonal variation that climate modellers still struggle to predict with much certainty. As negotiations become ever more specific, more accurate projections will be increasingly important.

The models that carry most weight in such discussions are those run as part of the Coupled Model Intercomparison Project (CMIP), an initiative which co-ordinates over 100 models produced by roughly 50 teams of climate scientists from around the world. All of them attempt to tackle the problem in the same way: splitting up the world and its atmosphere into a grid of cells, before using equations representing physical processes to estimate what the conditions in each cell might be and how they might change over time. (...)

Clever computational tricks can make them more detailed still. They have also grown better at representing the elaborate interactions at play between the atmosphere, oceans and land—such as how heat flows through ocean eddies or how soil moisture changes alongside temperature. But many of the most complex systems remain elusive. Clouds, for example, pose a serious problem, both because they are too small to be captured in 50km cells and because even small changes in their behaviour can lead to big differences in projected levels of warming.

Better data will help. But a more immediate way to improve the climate models is to use artificial intelligence (AI). Model-makers in this field have begun asserting boldly that they will soon be able to overcome some of the resolution and data problems faced by conventional climate models and get results more quickly, too. (...)

Reducing the uncertainties in climate models and, perhaps more important, making them more widely available, will hone their usefulness for those tasked with the complex challenge of dealing with climate change. And that will, hopefully, mean a better response. ■

<https://www.economist.com/science-and-technology/2024/11/13/artificial-intelligence-is-helping-improve-climate-models>

The Economist, 15 novembre, article payant

The long haul : Everything about climate change may seem grim. It isn't

The fight for a stable climate will be fought using technology

Extraits :

Listen to this story.

If the FIELD of global warming seems to offer little that is new, there is good reason. Very little in [climate change](#) is actually changing. Not every year is warmer than the previous one, as this year is; not every year sets a global temperature record, as this one will. But the trend is inexorable.

With each of these years come familiar disasters, terrible for those affected, frightening—and sometimes guiltily fascinating—to those looking on. This year it was flooding in Brazil, Nepal, Spain and elsewhere; heatwaves first in Asia and the Sahel, and then America and Mexico. Autumn brings the annual rounds of diplomacy at the UN General Assembly and the inevitable diplomatic-roadshow-cum-trade-fair for the climate: COP, held this year in Baku, Azerbaijan's capital.

True, there are novelties. The climate establishment [throws up its arms](#) at the re-election of Donald Trump, and it has its reasons: his second term is unlikely to be good for Americans afflicted by climate-related disasters, or climate scientists seeking funds. American emissions may rise, diplomatic engagement will fall. But graphs of global temperature and global emissions do not respond to shifts in administration in single countries. All remains as it is.

One final fixed feature, though, inspires hope rather than dread or resignation. Every year renewables get cheaper—especially solar panels; every year the installed base grows. Last year China added more solar capacity at home than the whole world could boast in 2015, when the Paris agreement was signed. As roll-outs get bigger, prices drop lower and larger roll-outs become feasible. This is the change that you can rely on. It provides reason to believe that the world is not as stuck as it seems. Emissions can and will fall.

Technology has always been a vital part of the fight to regain control over the climate. At the moment it is close to the whole story. Economic modelling has routinely underestimated the rate at which solar panels, batteries and wind turbines can get cheaper. That is one of the reasons why, as our Briefing reports, estimates of the cost of decarbonising the energy system are routinely too high. The difference between the annual investment needed to meet new energy demand with clean technology and without it appears to be under 1% of all countries' GDP. (...)

A disproportionate share of the necessary technology comes from China. A huge internal market, a lack of domestic oil and gas, world-class manufacturing networks and lavish subsidies have seen it grow into the [dominant force](#) in solar panels, batteries, electric vehicles and more. If the transition to a clean-energy world is to be cheap, these goods need to be able to find all the markets they can. A global trade war would do terrible damage. (...)

Getting these things right will hasten the day when emissions at last start to fall; it should also speed up the rate at which that fall occurs. This will not happen fast enough to meet the 1.5°C limit envisioned in the Paris agreement; but it might yet keep the world below 2°C. This is not ideal. There is a big difference between the two temperatures in terms of risk, damage and suffering, and if the bill for mitigation is often exaggerated, that for adaptation is ignored. The world needs to face those further challenges head on. And the fatalistic sense that nothing can change must itself be changed. ■

<https://www.economist.com/leaders/2024/11/14/everything-about-climate-change-may-seem-grim-it-isnt>

Wall Street Journal, Opinion, 15 novembre, article payant

Germany's Government Gets Mugged by Climate-Change Reality

It all started with a 2023 court decision that made Berlin treat green policy like any other issue.

Extraits :

In case you missed it—there's been some other big news the past week—at the same time the U.S. was electing a new administration, Germany was losing its old one. The awkward three-party coalition that has governed in Berlin since December 2021 collapsed on Nov. 6 in a paroxysm of policy sparring and political recriminations over climate policy. Chancellor Olaf Scholz announced this week he plans to call an early election for February, which he's widely expected to lose.

This fulfills, albeit later than expected, a prophecy voiced in this column [a year ago](#). Germany's highest constitutional court ruled in November 2023 that the government's climate spending must be paid for on the government balance sheet, rather than via off-balance-sheet borrowing as Berlin had intended. At a stroke green subsidies became subject to Germany's version of a balanced-budget amendment. Henceforth if the government wanted to fund the green transition, it would need to raise new revenue or find offsetting spending cuts elsewhere.

The net effect of this ruling was to make climate change like any other political issue, which is to say one of fiscal trade-offs. *Choosing between competing priorities is the essence of governing*—at least if your country doesn't issue the world's reserve currency. Mr. Scholz's administration couldn't survive this new political pressure because its constituent parts were singularly ill-suited to performing this task in concert. (...)

Mr. Scholz's Social Democratic Party (SPD) is internally divided on climate issues between its labor-union base and its upper-income urban wing. The Green Party, the other large coalition partner, has little to offer the electorate other than its commitment to fighting climate change no matter the cost, a project it describes in messianic terms. The coalition's junior partner, the free-market Free Democratic Party (FDP), is sympathetic to the Greens' good-governance ethos, but hostile to the antibusiness implications of net zero and the massive fiscal transfers required to offset those effects. (...)

It's now impossible to avoid awkward questions about what Germany must really pay to achieve net zero and whether the benefits of doing so are really worth the cost. The end of Mr. Scholz's administration finally came when he fired Finance Minister Christian Lindner, leader of the FDP, for crystallizing these arguments for the public. Mr. Lindner published a paper arguing the meager global benefits of decarbonizing Germany aren't worth the fiscal and economic harms, and that Berlin should ditch net zero in all but name and pursue economic-growth policies instead. (...)

What's collapsing here—aside from a German coalition—is the political method of net zero. That method, devised by activists and evangelized by political, business and media converts, was to shift the issue out of the political realm and into an otherworldly space where stopping climate change became a religious mission for moral redemption. But governments deliver budgets, not salvation. And when it comes to budgets, politics always wins.

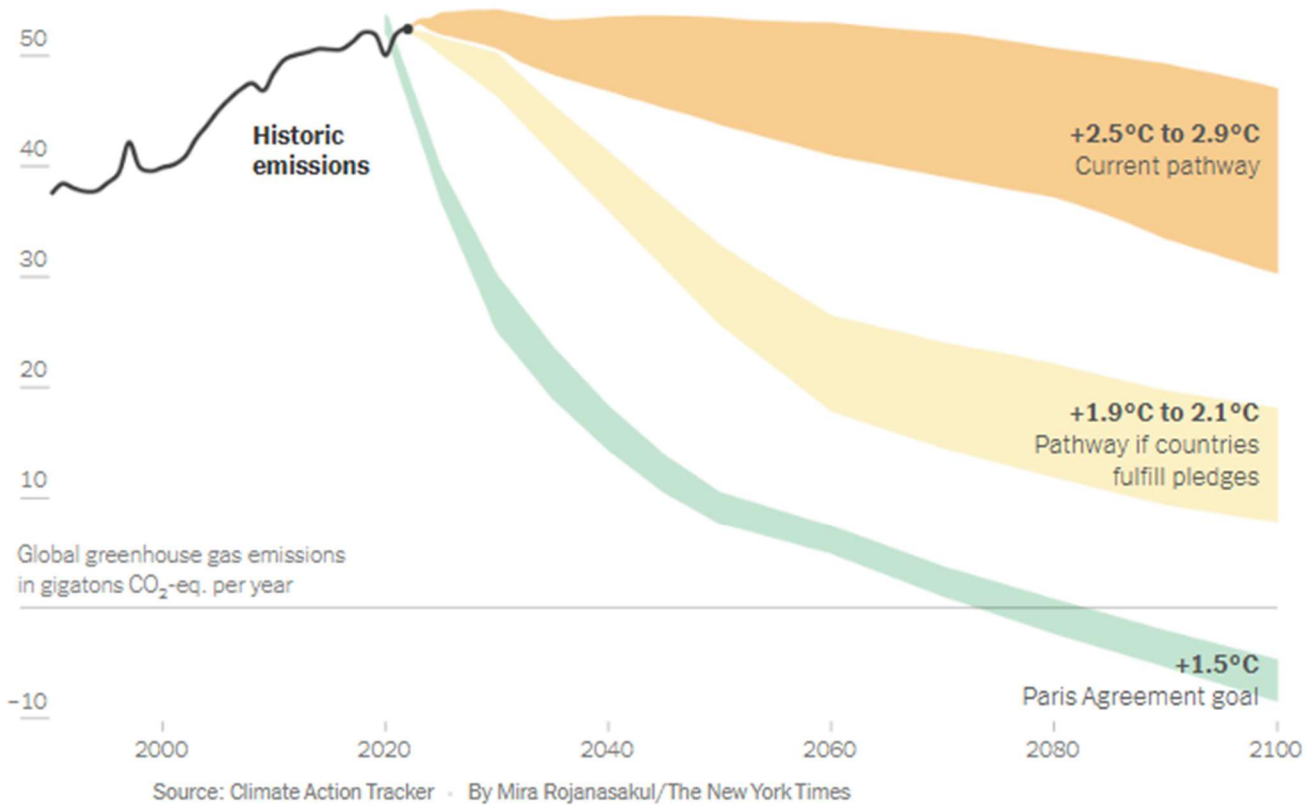
https://www.wsj.com/opinion/germany-gets-mugged-by-climate-reality-coalition-collapse-began-with-2023-court-decision-d8b5210a?mod=hp_opin_pos_2#cxrecs_s

New York Times, Guest Essay, 14 novembre, libre accès

A Big Climate Goal Is Getting Farther Out of Reach

A new report forecasts global temperature increases well above the level that world leaders have pledged to avoid.

[report published Thursday.](#)



Extraits :

Countries have made scant progress in curbing their greenhouse gas emissions over the past year, keeping the planet on track for dangerous levels of warming this century, [according to a new report](#) published Thursday.

The report by the Climate Action Tracker, a research group, estimates that the climate and energy policies currently pursued by governments around the world would cause global temperatures to rise roughly 2.7 degrees Celsius, or 4.9 degrees Fahrenheit, above preindustrial levels by 2100.

That estimate of future warming has barely budged for three years now, the group said. (...)

Yet the world is still heading for significant warming because global energy demand is growing faster than clean energy is expanding, which means [fossil fuel use has been rising](#) to fill the gap.

“Rising emissions while renewables boom is not a paradox,” said Niklas Höhne, a scientist with NewClimate Institute, which partners with Climate Action Tracker. “In recent years fossil fuels won the race against renewables, leading to increasing emissions.” (...)

“It is always possible to find arguments to make 1.5°C forever possible, but they increasingly diverge from reality,” wrote Glen Peters, a senior researcher at the CICERO Center for International Climate Research in Oslo, in [a paper published this week](#). “It is time to admit that the world will cross 1.5°C.”

At the same time, Dr. Peters wrote, crossing that threshold “does not mean the world has failed.” Scientists have said that climate change risks increase with every fraction of a degree, so it will always be worthwhile to cut emissions as quickly as feasible to prevent further warming. But, he added, focusing on an unrealistic temperature limit “is no longer useful.”

“Crossing 1.5°C is not a time to give up,” he wrote, “but a time to acknowledge our failures and find a new hope moving forward.”

<https://www.nytimes.com/2024/11/14/climate/climate-action-tracker-temperatures-emissions.html>

Climat : la COP29 sera-t-elle la dernière ?

Extraits :

La COP29 (Conférence des Nations unies sur les [changements climatiques](#)) se déroule en Azerbaïdjan, à Bakou, du 11 au 22 novembre. Plus de 32 000 personnes venues du monde entier se réunissent afin de convenir des mesures à prendre pour « faire face à la crise climatique, comme limiter l'augmentation de la température mondiale à 1,5 degré Celsius, aider les communautés vulnérables à s'adapter aux effets des changements climatiques et parvenir à des émissions nettes nulles d'ici à 2050 ». Une certitude se dégage déjà : la COP29 ne sera pas très écologique et contribuera largement à l'augmentation des émissions de CO₂, les participants étant plus nombreux à s'y rendre en avion, parfois en jet privé, qu'à bicyclette. Ces rassemblements servent surtout à faire les poches des contribuables pour trouver des centaines de milliards de dollars qui seront dépensés sans aucune assurance qu'ils seront utiles à quoi que ce soit. (...)

Ensuite, l'élection de Trump change complètement la donne. L'Amérique va passer d'un président, Joe Biden, qui avait fait de la lutte pour le climat sa priorité numéro un et a dépensé des dizaines de milliards pour les énergies vertes, à un autre, Trump, qui veut supprimer, et les subventions à ces mêmes énergies vertes, et les réglementations limitant l'exploitation des combustibles fossiles. Il veut accélérer l'extraction du gaz et du pétrole de schiste et il se retirera très probablement de l'Accord de Paris (il l'avait déjà fait lors de son premier mandat). De même, l'Allemagne, dont la coalition au pouvoir vient d'implorer, peine de plus en plus à suivre le rythme des objectifs imposés pour atteindre la neutralité carbone et le prochain chancelier pressenti est beaucoup plus proche de la vision de Trump que de celle des écologistes. Enfin, pendant que se tient cette messe climatique, la Chine continue de construire des centrales à charbon. Et si le communiqué le plus réjouissant à l'issue de cette COP, c'était un avis de décès ?

<https://fr.irefeurope.org/publications/les-pendules-a-lheure/article/climat-la-cop29-sera-t-elle-la-derniere/>

New York Times, GuestEssay, 14 novembre, [libre accès](#)

We Study Climate Change. We Can't Explain What We're Seeing.

Extraits :

The earth has been exceptionally warm of late, with every month from June 2023 until this past September [breaking records](#). It has been considerably hotter even than climate scientists expected. Average temperatures during the past 12 months have also been above the goal set by the Paris climate agreement: to keep global warming below 1.5 degrees Celsius over preindustrial levels.

We [know](#) human activities are largely responsible for the long-term temperature increases, as well as sea level rise, increases in extreme rainfall and other consequences of a rapidly changing climate. Yet the unusual jump in global temperatures starting in mid-2023 appears to be higher than our models predicted (even as they generally remain within the expected range).

While there have been many [partial hypotheses](#) — new low-sulfur fuel standards for marine shipping, a volcanic eruption in 2022, lower Chinese aerosol emissions and El Niño perhaps behaving differently than in the recent past — we remain far from a consensus explanation even more than a year after we first noticed the anomalies. And that makes us uneasy.

Why is it taking so long for climate scientists to grapple with these questions? It turns out that we do not have systems in place to explore the significance of shorter-term phenomena in the climate in anything approaching real time. But we need them badly. It's now time for government science agencies to provide more timely updates in response to the rapid changes in the climate. (...)

Some of the unease that people feel about climate change comes from a sense that things are out of our control — that the climate is changing faster than we can adapt. However, many of the most dire risks lie not with the most likely outcomes but in the worst-case possibilities, for example, the collapse of the West Antarctic ice

sheet, or the drying up of the Amazon and [other potential tipping points](#). But there is a lot we don't know about if and when those tipping points will come to pass.

The good news is that climate science could easily become more agile in understanding the rapid changes we are seeing in the real world, incorporating them into our projections of the future and, hopefully, reducing that uncertainty.

Gavin Schmidt is a climate scientist in New York City. Zeke Hausfather is the climate research lead at Stripe and a research scientist at Berkeley Earth.

<https://www.nytimes.com/2024/11/13/opinion/climate-change-heat-planet.html>

The Economist, 13 novembre, article payant

The COP 29 conference : Mega-polluter China believes it is a climate saviour

It accounts for almost 40% of global investment in clean energy



PHOTOGRAPH: WANG PENG/XINHUA/EYEVINE

Extraits :

WHICH COUNTRIES should spend more to save the planet? That is a question that diplomats and activists are sparring over at COP29, the UN's climate summit in Azerbaijan from November 11th to 22nd. A common answer is [China](#), which Westerners accuse of contributing too little to efforts aimed at helping poor countries cope with climate change. For nearly two decades China, [the world's second-largest economy](#), has been the biggest emitter of carbon dioxide.

Chinese officials push back, arguing that their country is still developing and that it is responsible for fewer historical emissions than America and Europe. But their strongest counterargument is that China is already spending more than any other country on the green transition. It is driving global investment into clean-energy technologies, which, as a result, are being rolled out around the world at rates unimaginable just a decade ago.

Chinese money props up every stage of the clean-energy supply chain. Between 2018 and 2023 global investment in the refineries and factories that turn raw materials into wind turbines, electric vehicles (EVs) and

other green technologies came to \$378bn, according to BloombergNEF, a research firm. Nearly 90% of that came from China (see chart 1). Europe and America have started to pony up more. Even so, China is expected to account for over three-quarters of the total in 2024.

Thanks to these investments, China produces far more clean-energy equipment than any other country. Its companies manufacture enough lithium-ion batteries (which are used to power EVs) to satisfy the whole of global demand. Eight in ten of the world's solar panels are made in China, according to the International Energy Agency, an intergovernmental body. China has enough manufacturing capacity to produce them at twice today's rate. By building whopping economies of scale and competing with each other fiercely, Chinese companies have slashed costs.

China is not only supplying these technologies, it is driving demand for them. More than half of its electricity is still generated by coal. But just last year Chinese companies plugged some 300 gigawatts of wind- and solar-power capacity into the grid, nearly two-thirds of the amount installed globally. (...)

China's ruler, Xi Jinping, has dubbed clean energy one of the "new productive forces"—a term he uses to describe the industries of tomorrow which China must dominate to succeed on the world stage. All this means the success of China's clean-energy sector is now linked to Mr Xi himself, says Ilaria Mazzocco of CSIS. "These have become priority industries, no matter how tough the times get." Put another way: China will continue to make the world's transition to clean energy easier—if the world lets it. ■

<https://www.economist.com/china/2024/11/12/mega-polluter-china-believes-it-is-a-climate-saviour>

IREF, 13 novembre, article payant

Éco-anxiété : l'entrepreneuriat est plus utile que le militantisme écologiste

Extraits :

Cinq remèdes contre l'éco-anxiété : c'est le titre d'un [article](#) du Parisien publié le vendredi 8 novembre. Le concept ne date pas d'hier. Il a été évoqué dès 1996 par Véronique Lapaige, médecin belgo-canadienne spécialisée en santé publique et mentale. Plusieurs décennies plus tard, le phénomène a pris une telle ampleur qu'en 2021, une [étude](#) publiée dans la revue The Lancet Planetary Health a montré que 84 % des 16-25 ans se disent inquiets à cause du changement climatique. Et cela ne concerne pas que les jeunes des pays riches et prospères puisque l'étude a été réalisée dans des pays du Nord et du Sud, dont le Royaume-Uni, la France, mais aussi le Brésil, le Nigéria et l'Inde notamment.

L'article du Parisien évoque plusieurs méthodes pour réduire son éco-anxiété : l'engagement associatif, la thérapie dans la nature, la « mise à distance par le rire »... Il prend pour exemple deux lycéennes qui se définissent comme éco-anxieuses et ont décidé de participer à une collecte de déchets et au tri sélectif lors d'un festival à Vincennes. D'autres préfèrent se réunir pour échanger sur leur rapport à l'écologie et à la « [crise climatique](#) » lors d'un « café-climat » à Paris. D'autres encore sont prêts à dépenser 1000 € pour un week-end à la montagne ou 400 € pour une journée en forêt avec un coach ou un thérapeute.

On peut évidemment se réjouir que ces jeunes préfèrent participer à des actions pacifiques, voire utiles pour la protection de l'environnement, plutôt que de mener des [actions violentes](#), des saccages ou des dégradations. On peut toutefois regretter le fait que cette anxiété les conduit, le plus souvent, à défendre des politiques liberticides et anticapitalistes à l'instar de l'influenceuse [Greta Thunberg](#). Les solutions proposées par les politiques ne sont pas meilleures : M. Béchu, ancien ministre de la transition écologique, avait proposé un [service civique](#) « écologique » pour aider les jeunes à soigner leur éco-anxiété. L'IREF faisait remarquer, à juste titre, que la priorité serait plutôt de les aider à entrer dans le monde du travail et à répondre aux exigences des entreprises qui peinent à recruter. Des entreprises comme [Total](#), par exemple, leader de l'investissement dans les énergies renouvelables en France, recrutent des ingénieurs, des techniciens, des chercheurs, des économistes...

Si les jeunes redoutent tant les conséquences du changement climatique, pourquoi ne pas créer leur propre entreprise pour proposer des solutions à fort impact sociétal ? Pourquoi ne pas s'engager dans la recherche pour développer des innovations technologiques ? Leur éco-anxiété pourrait déboucher sur des actions à plus grande utilité sociale que celle de nombreux militants écologistes.

<https://fr.irefeurope.org/publications/les-pendules-a-lheure/article/eco-anxiete-lentrepreneuriat-est-plus-utile-que-le-militantisme-ecologiste/>

Le Point, 13 novembre, article payant

Pourquoi les émissions de CO₂ sont (encore) en hausse

Les émissions de dioxyde de carbone ont augmenté de 0,8 % cette année par rapport à 2023, selon le Global Carbon Budget. Avec des conséquences sur la vitesse de réchauffement du climat...



À Bakou, le 11 novembre 2024, ouverture de la COP29, la Conférence des Nations unies sur le changement climatique. © Sopa Images/Spus/Abaca

Extraits :

Selon les dernières projections du 19^e rapport du collectif Global Carbon Project, réunissant 119 chercheurs et 86 organisateurs de dix-neuf pays, les émissions mondiales de CO₂ liées à la production et à la consommation d'énergies fossiles seront de 37,4 gigatonnes (Gt CO₂) en 2024. Cela représente une hausse de 0,8 % par rapport à 2023.

Et si l'on prend en compte le déficit lié au changement d'affectation des terres – comme la déforestation –, estimé à 4,2 milliards de tonnes, les émissions totales de CO₂ devraient atteindre 41,6 milliards de tonnes en 2024, contre 40,6 milliards de tonnes l'année dernière.

Le niveau de CO₂ dans l'atmosphère continue donc d'augmenter, le niveau d'effet de serre se renforçant. « Si les niveaux actuels d'émissions de CO₂ persistent, le budget carbone restant pour limiter le réchauffement à 1,5 °C avec une probabilité de 50 % pourrait être dépassé dans six ans », explique Philippe Ciais, chercheur au Laboratoire des sciences du climat et de l'environnement et membre de ce collectif.

« À moins d'ouvrir des boîtes pour absorber des quantités massives de dioxyde de carbone, la réduction des émissions pour atteindre les 1,5 °C degré fixés par l'accord de Paris semble irréaliste. Dans vingt-sept ans, on

aura même dépassé les 2 °C. » Les émissions continuent d'augmenter, certes moins vite, mais elles devraient se réduire, constatent toutefois les rapporteurs. (...)

Dans ce scénario catastrophe, quelques éclaircies apparaissent. Compte tenu de l'incertitude des projections, il reste possible que les émissions de charbon diminuent en 2024. Les émissions de la Chine (32 % du total mondial) devraient augmenter légèrement de 0,2 %, même si la fourchette projetée inclut une éventuelle diminution des émissions.

« Le gouvernement chinois s'est engagé à avoir zéro émissions net en 2060, mais aussi un pic d'émissions en 2030 avec une logique de stockage de milliers de gigawatts, équivalent à des centaines de centrales de charbon, qui seront consommés plus tard », rappelle Pierre Friedlingstein. (...)

Les émissions américaines (13 % du total mondial) devraient diminuer de 0,6 %, et les émissions de l'Union européenne (7 % du total mondial) devraient diminuer de 3,8 %. (...)

« Sur ces dix dernières années, ajoute Pierre Friedlingstein, vingt-deux États ont des émissions décroissantes avec une économie en croissance », parmi lesquels la France, l'Allemagne, le Portugal, l'Espagne, la Corée du Sud, le Royaume-Uni et les États-Unis.

« Au regard des émissions pour les grands pays du monde, on peut dire que le monde va dans la bonne direction. » Même en Inde, qui fait figure de plus mauvais élève, la trajectoire prévue est de 4,6 % en 2023 contre 6 % il y a dix ans et 8,2 % en 2023. (...)

https://www.lepoint.fr/environnement/pourquoi-les-emissions-de-co-sub-2-sub-sont-encore-en-hausse-13-11-2024-2575153_1927.php

L'Express, 13 novembre, article payant

"La souveraineté énergétique est plus cruciale que jamais pour l'Europe" : l'alerte de la patronne d'Engie

Energie. Divisé sur les politiques à mener, malmené à l'international, le Vieux Continent doit faire face à ses responsabilités, prévient Catherine MacGregor, directrice générale d'Engie.



Catherine MacGregor, directrice générale d'Engie, le 30 avril 2024.
AFP

Extraits :

L'Express : L'Union européenne renouvelle sa Commission. Au même moment, les Etats-Unis héritent d'un président moins coopératif. Dans ce monde changeant, l'Europe saura-t-elle tirer son épingle du jeu tout en réussissant sa transition énergétique?

Catherine MacGregor : L'Europe est face à ses responsabilités! Sa souveraineté énergétique est un enjeu plus crucial que jamais. On l'avait un peu oublié ces dix-huit derniers mois. Le gaz russe a été remplacé par du GNL en provenance d'autres pays, mais nous devons être attentifs à ne pas créer de nouvelles dépendances. Accélérer la transition énergétique vers une énergie renouvelable, produite en France et en Europe, permettra d'éviter ce piège.

En matière d'environnement, l'Europe n'a pas forcément besoin de se fixer des objectifs plus sévères ou plus contraignants : nous avons déjà une feuille de route ambitieuse, mettons-la en oeuvre! Notre scénario de transition énergétique pour l'Europe le montre : les objectifs de réduction des émissions de gaz à effet de serre en 2030 sont à notre portée. Atteindre la neutralité carbone en 2050 sera plus difficile. Il va falloir se retrousser les manches : investir, travailler sur les mécanismes permettant d'industrialiser les technologies vertes comme les électrolyseurs ou les solutions de capture du carbone.

<https://www.lexpress.fr/environnement/la-souverainete-energetique-est-plus-cruciale-que-jamais-pour-leurope-lalerte-de-la-directrice-MZM6ZQ3ZJVAZRLSIZ3NLEHSSFM/>

Le Figaro, 12 novembre, article payant

Automobile: les modèles hybrides rechargeables sont-ils en sursis?

DÉCRYPTAGE - Dans le viseur du législateur, la technologie connaît un regain d'attractivité avec une meilleure autonomie électrique.

Extraits :

Sur le papier, [les hybrides](#) rechargeables (PHEV) marient le meilleur des deux mondes : cette technologie permet en effet [de rouler à l'électrique](#) dans la semaine alors que le moteur thermique est utilisé pour les longs trajets. Seulement, entre la théorie et la pratique, il existe un monde, car rares sont les utilisateurs qui prennent la peine de recharger la batterie, que ce soit chez eux, faute de moyens de recharge, ou au bureau.

Résultat, [les consommations](#) de ces véhicules s'envolent et sont à des années-lumière de celles homologuées par le protocole WLTP (*lire encadré*). Selon Bruxelles, qui s'est penchée sur le sujet au printemps dernier, les consommations réelles sont 3,5 fois supérieures à celles homologuées, ce qui correspond, en moyenne, à une différence de plus de 4 l/100 km tandis que les émissions de CO₂ dépassent allégrement les 100 g/km.

« Ces véhicules n'utilisent pas leur plein potentiel principalement parce qu'ils ne sont pas chargés et utilisés en mode électrique fréquemment », écrit la Commission européenne dans son rapport. Elle compte donc revoir en profondeur le cycle d'homologation des PHEV afin que les valeurs retenues soient plus proches de la réalité. Une telle « revalorisation » pourrait alors définitivement enterrer cette motorisation, qui recule depuis le début de l'année en France de 16,3%, avec une part de marché de seulement de 7,8%. (...)

<https://www.lefigaro.fr/automobile/automobile-les-modeles-hybrides-rechargeables-sont-ils-en-sursis-20241112>

New York Times, 8 novembre, article payant

How Did This Penguin End Up on a Beach in Australia?

“This is the furthest north I've heard of an emperor penguin,” an expert said.



From ice to sand: The penguin who found its way Down Under. Aaron Fowler

Extraits :

It was a day as Australian as you can get: Sun, waves and surfing at the beach.

And then something distinctly un-Australian turned up.

Aaron Fowler and a friend were heading back to the parking lot after a day in the waves. “We saw something coming out of the water,” Mr. Fowler, a 37-year-old drywall repairman, said. “We thought it was a seabird, but then we thought, ‘Oh, that’s way too big,’ and it had a big, long neck and a tail sticking out like a duck.

“It stood up in the water and waddled straight up to us and just started cleaning itself.”

Standing there on the beach in the small town of Denmark in Western Australia on Friday afternoon was a male emperor penguin, about 2,100 miles from where one might expect to find it, in Antarctica. (...)

“Emperor penguins move around, because they have to be on an ice sheet or a glacier to raise young, and the glaciers are eroding away,” she said. “That’s not unusual. You’ve got to continue to swim until you find food.

“But this is the furthest north I’ve heard of an emperor penguin.”

Record low sea-ice levels in the Antarctic have wreaked havoc [on the lives of emperor penguins](#). Penguins have sought new breeding grounds as a result, but normally they stay relatively close to their old homes.

This penguin’s motivation for the much longer trip was almost certainly food, Dr. Boersma said, especially as it was an emperor, the largest penguin species with the biggest appetite. (...)

The penguin who arrived in Australia did not seem to have been flummoxed too much by its new surroundings, even when finding itself on a beach with surfers, instead of sea ice.

The penguin “seemed completely happy,” Mr. Fowler said. “It was not at all shy. It was very friendly. It was quite happy in our company.”

Dr. Boersma said: "I think he was just looking for a place to land. It doesn't matter. You like to rest a little."
(...)

While the penguin may have taken to life Down Under, it soon discovered that sand and ice are two different things.

"He did a little belly slide on the sand. I think he thought it was snow," Mr. Fowler said.

"He didn't get far. He had a bit of a tumble."

<https://www.nytimes.com/2024/11/07/world/australia/emperor-penguin-australia-antarctica.html>

Le Figaro, 6 novembre, article payant

Accord de Paris, pétrole, renouvelables : ce que le retour de Donald Trump pourrait changer pour le climat

DÉCRYPTAGE - Comme en 2016, la victoire du républicain marque un tournant dans la politique environnementale et climatique du deuxième plus gros émetteur de gaz à effet de serre, à moins d'une semaine de l'ouverture de la COP29.

Extraits :

« *Le changement climatique ne se soucie pas vraiment de savoir qui est à la tête des États-Unis.* » « *Donald Trump ou pas, les pays continueront à avancer.* » Ces dernières semaines, experts et négociateurs ont martelé que les négociations mondiales sur le climat se poursuivraient avec autant d'ardeur quel que soit le résultat de la présidentielle américaine. [Mais à moins d'une semaine de la COP29](#), qui démarre lundi à Bakou, en Azerbaïdjan, le retour [du républicain](#) à la tête du deuxième plus gros émetteur de gaz à effet de serre de la planète n'est clairement pas un bon signal. (...)

Le climat n'a en tout cas pas été un thème de campagne majeur du candidat républicain - c'est un euphémisme. Par le passé, Donald Trump a d'ailleurs plusieurs fois qualifié le réchauffement de « *canular coûteux* ». Aujourd'hui, les États-Unis produisent plus de pétrole que n'importe quel autre pays selon Bloomberg, et le républicain défend les énergies fossiles avec ferveur. « *Mon plan pour l'emploi, c'est "fore, chéri, fore !"* ("Drill, baby, drill !") », lançait-il en début d'année sur Fox News. (...)

Pour Dan Lashof, du groupe de réflexion américain World Resources Institute, le retour de Donald Trump « *ne sonnera pas le glas de la transition vers les énergies propres qui s'est accélérée ces quatre dernières années. Les États, qu'ils soient dirigés par des républicains comme des démocrates, constatent les avantages de la fabrication et du déploiement d'éoliennes, de panneaux solaires et de batteries grâce aux milliards de dollars d'investissements* » débloqués par cette loi IRA. Trump se heurtera selon lui « *à un mur d'opposition bipartisan* ».

Il est encore trop tôt pour connaître le calendrier et le degré réel de désengagement du prochain président américain en matière de climat. [Le site spécialisé Carbon Brief](#) estime toutefois que sa politique « *pourrait entraîner une hausse de 4 milliards de tonnes des émissions américaines d'ici à 2030* ». Les États-Unis se sont engagés à les baisser de moitié d'ici là (par rapport à 2005), en vertu de l'accord de Paris.

<https://www.lefigaro.fr/sciences/accord-de-paris-petrole-renouvelables-ce-que-le-retour-de-donald-trump-pourrait-changer-pour-le-climat-20241106>

Le Monde, 5 novembre, article payant

Les aliments bio sont-ils bons pour la santé ? Ce que la science dit vraiment

Plusieurs études montrent des bénéfices de l'alimentation bio, notamment des risques moindres de certains cancers, de surpoids et d'obésité, de malformations congénitales. Les spécialistes insistent sur la cohérence

d'ensemble de ces résultats, même si leur nombre reste trop faible pour que les liens de causalité soient incontestablement établis.



Extraits :

(...) Entre 1975 et 1992, rappellent Mme Velimirov et ses coauteurs, c'est-à-dire aux balbutiements du cahier des charges officiel de l'agriculture biologique (reconnu en France en 1981), quatre études distinctes sont conduites pour évaluer les effets de la consommation d'aliments bio sur la reproduction des rongeurs. Toutes mettent en évidence un bénéfice. En 1989, plus de trente ans avant que Jérôme Moreau et ses coauteurs ne fassent la même observation sur les perdrix, Karin Plochberger (Institut Ludwig-Boltzmann pour l'agriculture biologique) montre que les poules nourries en bio pondent des œufs plus gros que celles nourries en conventionnel.

Pour les humains, c'est évidemment un peu plus compliqué. On ne peut les enfermer toute leur vie dans un laboratoire, contrôler leur alimentation et leurs activités, suivre leur faculté à se reproduire, prélever leur progéniture pour l'étudier, etc. Il faut presque toujours s'en tenir à des études observationnelles, nécessairement plus fragiles que les travaux menés au laboratoire, en conditions contrôlées. « Les premières tentatives visant à évaluer l'impact sanitaire de l'alimentation bio ont été faites grâce à une cohorte d'enfants dont certains étaient issus de familles suivant un mode de vie dit "anthroposophique", privilégiant notamment l'alimentation bio, raconte le biochimiste et nutritionniste Denis Lairon (Inserm), l'un des précurseurs de la recherche sur le bio en France. Ces travaux, publiés au milieu des années 2000, suggèrent un effet sur l'immunité, en particulier un risque d'allergie diminué chez ces enfants. » La valeur probante de ce type d'étude observationnelle, précise M. Lairon, demeure toutefois « limitée ». Pour toutes ces observations de la vie réelle des individus, c'est la multiplication des études convergentes qui fait foi. (...)

Les études conçues pour montrer les effets sanitaires de l'alimentation bio sur le long terme restent aujourd'hui singulièrement rares par rapport aux centaines de publications sur ceux des produits laitiers, de la consommation de fruits et légumes ou des viandes transformées. « Le nombre d'études disponibles est encore limité, mais la plupart d'entre elles mettent en évidence des bénéfices », résume Denis Lairon. (...)

La plus récente revue systématique de la littérature scientifique sur le sujet, publiée en septembre par des scientifiques chinois conduits par Bibo Jiang (université Sun Yat-sen, Guangzhou), dans la revue *Nutrition Reviews*, illustre bien le propos du chercheur français. Les auteurs ont ratissé toute la littérature scientifique cherchant à évaluer les effets sanitaires de l'alimentation bio sur les humains. Cinquante études publiées ont ainsi été colligées. Pour de nombreuses conditions ou maladies, l'effet observé est favorable, mais trop peu d'études sont disponibles pour répliquer chaque résultat et accroître le poids des preuves. (...)

Depuis 2019, le Programme national nutrition santé recommande d'« aller vers plus de bio », rappelle son ancien président, Serge Hercberg, l'une des figures de l'épidémiologie nutritionnelle en France. « Dans le cadre d'une approche scientifique, le niveau de preuve des effets bénéfiques du bio est limité, mais nous avons également pris en compte pour notre recommandation les aspects de santé planétaire », dit M. Hercberg. Une position prise par consensus.

https://www.lemonde.fr/sciences/article/2024/11/04/alimentation-biologique-et-sante-ce-que-la-science-en-dit-vraiment_6376071_1650684.html

Les Echos, 4 novembre, article payant

Les inondations en Espagne, une catastrophe prévisible

Le manque de perception des risques climatiques est la tonalité générale dans une région où on continue à bâtir en zones inondables malgré plusieurs épisodes de crues meurtrières.

Extraits :

(...) Les experts pointent le manque de perception du risque, à la fois par les autorités locales et les habitants. Cette inconscience collective qui a coûté tant de vies cette semaine n'est pas surprenante. Au contraire, elle est ancrée dans la mentalité des populations locales. Sinon, comment pourrait-il y avoir plus de 500.000 personnes vivant en zones inondables aux alentours de Valence ?

Pourtant, plusieurs épisodes d'inondations meurtrières ont déjà ravagé ce même littoral méditerranéen, entre Valence Alicante ou aux Baléares, dans les quarante dernières années. Les catastrophes avaient en leur temps frappé les esprits. Mais pas suffisamment, sans doute, pour en finir avec les pratiques urbanistiques laxistes [qui avaient amplifié les dégâts](#).

Sous la pression immobilière, les tentatives pour ordonner le territoire font long feu et toutes les occasions sont bonnes dans les municipalités pour assouplir les règles perçues comme trop contraignantes et ainsi construire toujours plus.

« Le principal facteur amplificateur des pertes de vies humaines, de dégâts et de dommages économiques est l'urbanisation des espaces fluviaux », signale José Maria Bodoque, chercheur en modélisation hydrologique et évaluation des risques à l'université de Castille-La Manche. *Il pointe les dangers de la construction en bordure des rivières ou des remblais qui traditionnellement servent de canaux d'évacuation en périodes de crues.*

L'inconscience règne parmi les autorités municipales qui ont laissé faire en fermant les yeux. Et ceux qui ont construit ou ont acheté ensuite sans s'interroger n'y ont rien vu d'anormal non plus.

<https://www.lesechos.fr/monde/europe/inondations-en-espagne-une-inconscience-generale-face-aux-dangers-2129287>

Contrepoints, 1 novembre, libre accès

L'imposture écologiste débusquée une fois de plus

Jean de Kervasdoué est un excellent connaisseur des controverses entourant l'environnement et la santé, comme son impressionnante bibliographie et ses diverses chroniques l'attestent. Il vient de redoubler ses critiques à l'égard de l'écologie politique telle qu'elle se décline en France et en Europe dans un ouvrage qui vient de paraître^[1]. Ceux qui partagent ses points de vue apprécieront cet état des lieux et s'en désespéreront, les autres feraient bien d'en tirer une leçon utile.

C'est une histoire de l'écophobie (οικοφοβία) qui nous est racontée, cette haine de son chez soi, du lieu que l'on habite et où l'on déroule ses activités. Tous coupables ! nous avons en effet un impact délétère sur la nature qui nous entoure, ou plutôt le jardin que nous avons aménagé au cours des millénaires. Le problème est qu'à force

d'en méconnaître les enjeux, souvent avec la fierté crasse de ne rien en vouloir savoir, notre société moderne s'est mise à gober mythes après mythes, au point de les adopter comme vérités immuables : les pollutions sont généralisées, les aliments toxiques, les écosystèmes dévastés et nous chauffons une atmosphère en passe de devenir irrespirable. Jean de Kervasdoué les passe en revue dans une langue simple et compréhensible, sans trop de chiffres ni diagrammes. Il en démonte les arguments, ou souligne le manque d'arguments, alors qu'ils sont assésés de manière péremptoire, assurant que notre monde court à sa perte si des mesures radicales ne sont pas prises. Cui bono ?

Dans les chapitres consacrés au climat et à la transition visant à décarboner notre approvisionnement en énergie, il ne s'essaie même pas à analyser la qualité du diagnostic. Il s'en prend aux inconséquences des politiques mises en place, allant de la promotion de technologies inefficaces à l'abandon controversé du nucléaire, toutes ayant pour conséquence des renchérissements (du kWh) et des interdictions absurdes car irréalisables (plus de voitures thermiques en 2035), sans même que l'on se soucie de leur impact sur le climat et sur la société. Dans un chapitre impitoyable, il explique comment une fameuse « convention citoyenne(sic) sur le climat » a été noyauté dès le départ pour tirer 150 conclusions les plus surannées, cocasses et sottises les unes que les autres. On en est à devoir féliciter le gouvernement d'alors de n'en avoir pas tenu compte, mais c'est une autre histoire.

Il en va de même avec une agriculture européenne dont les objectifs devraient être une série de renoncements : à la productivité (moins d'intrants), à la quantité (moins de surface), et même à la qualité avec des denrées prétendument « bio » qui ne sont qu'esbrouffe. Heureusement que, comme il l'explique, le changement climatique a un effet bénéfique sur la qualité du vin, il reste au moins de quoi se consoler...

Le plus grave de l'affaire n'est pas la fausseté des diagnostics ni les mesures inefficaces voire contreproductives. Ce sont là des errements humains qui n'ont jamais manqué et qui finissent par se corriger. C'est un des nœuds du problème que souligne Jean de Kervasdoué qui est l'attitude des pouvoirs publics, des représentants et des médias qui en vivent. Si l'histoire nous raconte des moments d'aberration, folle ou criminelle, le présent nous démontre une volonté de ne pas savoir, de s'exclamer « c'est scientifique » alors que ça ne l'est pas du tout (scénario du climat futur), de magnifier l'anecdotique pour jouer avec les émotions (détection d'une molécule sans risque). Cet obscurantisme délibéré est inexcusable qui rejette les enseignements de la science ou qui s'y réfère de manière sélective et malhonnête, qui ignore la vraie expertise devant peser les pour et les contre, et dont le bon sens est absent. Ce livre est nécessaire, un de plus qui pointe la nocivité de l'écologisme.

Jean de Kervasdoué, La grande mystification. Écologie : une imposture qui ne dit pas son nom, Albin Michel, 2024.

<https://www.contrepoints.org/2024/10/25/479650-limposture-ecologiste-debusquee-une-fois-de-plus>

New York Times, 13 novembre, [libre accès](#)

How to Raise Trillions to Fight Climate Change, With or Without the U.S.

Low-income countries need at least \$1 trillion a year to manage climate change. Donald Trump's victory just made that more difficult, but options exist.

<https://www.nytimes.com/2024/11/12/climate/climate-finance-cop29.html>

Wall Street Journal, 1 novembre, article payant

Germany Is Forgetting How to Make Cars

Volkswagen considers shuttering three plants, the result of electric vehicle mandates.

Extraits :

Will Germany forget how to make cars? Only a few years ago the question would have sounded preposterous. After this week, you have to wonder. American voters in particular should be asking, since soon we may be posing the same question about Detroit.

The thought is occasioned by news Monday that [Volkswagen](#) is thinking about [closing three factories](#) in Germany—the first factory closure within German borders in the company’s 87-year history—axing 10,000 jobs, and slashing pay for those workers who remain. The company on Wednesday announced its [after-tax profit fell 64%](#) in the third quarter compared with the same quarter last year, and by all accounts it will struggle to meet its profit target for the year.

One could blame this, as German politicians are keen to do, on management failures at a company that’s been mired in a global emissions-test-cheating scandal for nearly a decade. This is a tough case to make, in part because the state government of Lower Saxony owns a 20% voting stake in the company.

But blaming management isn’t a sufficient explanation because Volkswagen isn’t alone in its travails. A grim reaper is killing blue-collar jobs by the tens of thousands in Germany’s auto industry. His scythe is Europe’s electric-vehicle mandates. (...)

This column has no brief for dying industries, which is why you’ve never read me complain about dwindling employment in candle making or fax-machine manufacturing. The German saga is a graphic illustration of why the forced transition to a zero-carbon economy is different.

Normal economic evolution is driven by new industries pulling consumers and workers away from dying fields and toward new opportunities. The green transition is happening suddenly and on an assumption—made by politicians and activists and practically no one else—that one can push unwilling consumers and labor out of currently thriving industries and into jobs and forms of consumption that don’t exist but can be conjured forth with sufficient political will.

This is unpopular with consumers and destructive of jobs, and yet it could prove irreversible if the process is allowed to grind on for too long. Volkswagen’s saga offers America many warnings. One of the subtler but more important is to stop before it’s too late.

https://www.wsj.com/opinion/germany-is-forgetting-how-to-make-cars-electric-vehicle-mandates-europe-6abc518e?mod=opinion_lead_pos6

Volkswagen Hits the Net-Zero Wall

The German company’s layoffs and pay cuts are a warning to America about Biden-Harris climate policies. (WSJ, Editorial, 30 octobre, article payant)

Extraits :

An October surprise for the U.S. election may have arrived this week—in Germany. Word that [Volkswagen](#) could close three vehicle factories, cut 10,000 jobs and impose steep across-the-board pay reductions is a warning for Americans about the peril of Biden-Harris climate policy.

The news was communicated to workers on Monday by the head of the company’s labor-relations council, and to describe it as a shock to Europe’s largest economy is an understatement. Volkswagen Group employs some 300,000 in Germany with 10 factories for its flagship VW brand. It has avoided involuntary layoffs for three decades and hasn’t shuttered a factory in its home country in its 87-year history.

The auto industry is the backbone of Germany’s, and thus Europe’s, industrial economy. VW operates factories in most European countries and owns brands such as Spain’s Seat and the Czech Republic’s Skoda. If something’s wrong at VW, something’s seriously wrong in Germany and Europe.

Politicians predictably are blaming management, with some cause. The company hasn’t recovered fully from the reputational and financial damage of the dieselgate scandal when the company was caught installing

software in cars to thwart emissions tests. High labor costs encouraged by an aggressive union in concert with the Lower Saxony state government that owns 20% of the voting shares don't help.

A bigger share of the blame lies with politicians, however, especially for their climate policies. Germany's auto industry is trapped in a vise between higher energy prices that drive up the cost of production, and electric-vehicle mandates that drive down sales. VW is cracking under the pressure. (...)

Meanwhile, Europe continues its forced march toward electric vehicles. The EU requires that EVs constitute a higher share of vehicle sales each year, with internal-combustion engines phased out by 2035. This is forcing companies such as VW to divert large sums of investment capital to making EVs despite chronically soft sales.

The mandate also exposes European firms to new competition from Chinese companies that can deliver cheaper EVs to European consumers forced to buy them. This has led Brussels to impose tariffs on Chinese EVs, which Berlin opposed for fear of stoking a trade war with Beijing. Yet VW's sales now are faltering in China as well.

Europe's auto-industry travails are painful evidence that net-zero climate policy is the worst act of economic masochism in the West since the 1930s. At least the news comes in time for Americans to contemplate whether they want to continue making the same mistakes that Europe has.

https://www.wsj.com/opinion/volkswagen-layoffs-net-zero-electric-vehicles-europe-4d182e15?mod=hp_opin_pos_5#cxrecs_s

Harris Stops Talking About Climate Change

As the high costs of green policies hit, it's becoming a lose-lose issue for politicians of the left. (WSJ, 25 octobre, article payant)

Extraits :

In an election characterized by bitter clashes, it's notable that one typically divisive topic has gone almost unmentioned: climate change. President Trump doesn't have much to say on the subject. But Vice President Harris's silence is revealing—not only about American voters, but also the fundamental problem of climate policy today.

You might think Ms. Harris could use the partisan divide on climate policy to her advantage. If she hammered Mr. Trump's frequent recitations of "drill baby, drill," it could drive turnout from liberal voters who fear the Republican would increase fossil fuel production. She has hardly been neutral on this issue in the past. The vice president personally made the most expensive U.S. climate policy in history into law when she cast the deciding vote for President Biden's Inflation Reduction Act in 2022.

Yet Ms. Harris mentioned climate [just once](#) in her acceptance speech. The environment hardly figured in her debate with Mr. Trump. Ms. Harris [used her time](#) to champion domestic gas production and make it "very clear" she won't ban fracking.

One reason for her silence is that, despite a media and elite fixation on climate, the issue can easily become a vote loser. Cutting emissions is a particular problem in swing states like Pennsylvania where such policies would lead to sweeping layoffs of energy workers. Across the country, Americans [rank climate change](#) far down among their priorities—below the availability and cost of energy.

As climate policy turns from distant, grandiose promises of future carbon cuts into the very real prospect of present-day energy price hikes, U.S. voters are asking whether it's worth it. This is the first presidential election in which the economic consequences of green ideals have become real with less reliable power and higher total energy costs. A new [YouGov](#) survey shows that [less than a quarter](#) of the electorate supports a rapid transition to renewables. Among Democrats, the idea only gets about a third of respondents' support. Only 47% of voters said they would support spending even \$1 more each month on their electricity bill to fight climate change. (...)

Climat : les fermetures d'usines en France ont eu un impact limité sur les émissions de CO2

Dans une étude publiée ce mardi, l'institut Rexecode calcule le poids de la désindustrialisation sur la baisse des émissions de gaz à effet de serre du pays. (Les Echos, 23 octobre, article payant)

Extraits :

(...) Pour estimer la part liée à la désindustrialisation, l'auteur a construit un scénario central dans lequel la part de la valeur ajoutée industrielle dans le PIB permet d'équilibrer la balance commerciale industrielle. « En effet, un pays n'ayant pas de déficit d'industrie parvient à équilibrer son solde commercial sur les biens industriels », explique-t-il dans l'étude.

L'auteur a ensuite recalculé les émissions associées à cette trajectoire, en faisant l'hypothèse d'une intensité carbone (CO₂ émis par unité produite) identique à ce qu'elle a été dans la réalité.

« 9 % de la baisse des émissions annuelles depuis 1973 serait ainsi imputable à la désindustrialisation », indique-t-il. « Cela signifie que 91 % de la baisse a été obtenue par des évolutions vertueuses », poursuit-il, évoquant les économies d'énergie et la décarbonation de l'énergie utilisée (grâce au nucléaire et aux renouvelables).

Empreinte carbone

La relocalisation de certaines industries, [souhaitée par les pouvoirs publics](#) de tous bords, ne risquerait-elle pas malgré tout de provoquer un retournement de tendance ? Raphaël Trotignon rappelle que les délocalisations ont aussi entraîné une hausse des émissions liées aux produits importés (qui ne sont pas prises en compte dans les chiffres d'évolution publiés tous les trimestres), même s'il estime « trop complexe et trop incertain à ce stade » de quantifier cette hausse.

Il n'en conclut pas moins que relocaliser sur le sol français la production de certains biens contribuerait à réduire l'empreinte carbone de la France (qui inclut les émissions importées et exportées), compte tenu de la faible intensité carbone de son électricité, et de son potentiel de décarbonation des autres formes d'énergie (biomasse, bioénergie).

L'empreinte carbone d'un véhicule électrique sur son cycle de vie (selon le calculateur de l'Agence internationale de l'énergie, hors déchets et recyclage) atteint par exemple 6 tonnes en France (production et utilisation) et 23 tonnes en Chine. L'argument ne suffira toutefois pas à soutenir la réindustrialisation du pays, reconnaît-il, rappelant que de nombreuses conditions de compétitivité et de faisabilité devront aussi être réunies.

[Climat : les fermetures d'usines en France ont eu un impact limité sur les émissions de CO2 | Les Echos](#)

« **L'écologie doit devenir antifasciste** » (IREF, 23 octobre, libre accès)

Extraits :

Nous avons déjà consacré une pendule (7 avril 2024) au « [Climat Libé Tour](#) », un ensemble de conférences organisé par Libération sur la « transition écologique ». La « ville étape » était alors Paris. C'était au tour de Marseille d'accueillir une nouvelle étape les 18-19 octobre autour de « l'écologie populaire ».

Clément Sénéchal était l'un des invités et il en a profité pour donner un entretien au quotidien (19 octobre 2024). L'ancien militant de Greenpeace France a fait étalage en quelques réponses de son écologisme politique radical.

Le 1er mars 2022, il avait déjà livré un entretien au quotidien L'Humanité dont le titre était tout un programme : « Sur le climat, il y a assez de science, mais pas assez de politique ». C'est cette même instrumentalisation de la science au profit d'un néomarxisme qui ne dit pas son nom que l'on retrouve aujourd'hui.

Le vert (très) rouge oppose son « écologie de la lutte des classes » à « l'écologie bourgeoise ». Celle-ci est issue de « l'écologie du spectacle » (rappelons qu'en 1977, en plein giscardisme, Roger-Gérard Schwartzberg faisait paraître L'État-spectacle), une fausse écologie, celle des nantis, qui a volontairement mis de côté la « question sociale » depuis les années 1970. Or, elle a « fait basculer des parties entières des classes populaires vers l'extrême droite ».

Evidemment, le « capitalisme » est l'adversaire déclaré de l'écologie. Le néomarxisme se pare ici d'un jargon sociologico-gauchiste : « La crise écologique a introduit une tension extrêmement forte sur le régime d'accumulation capitaliste, puisqu'on dépasse les limites planétaires en impactant (sic) les écosystèmes au-delà de leur résilience ».

La solution s'énonce naturellement (si l'on peut dire...) : il faut se débarrasser du capitalisme en liant indissolublement question climatique et question sociale. En bref, il s'agit d'arrimer l'écologie au gauchisme afin de tailler en pièces l'extrême droite (et la droite par contrecoup puisque l'on peut supposer que les deux termes sont plus ou moins synonymes).

L'entretien mérite ici une large citation : « Il y a une urgence à recoder la question écologique à partir des inégalités réelles, d'introduire une écologie du clivage dans les rapports sociaux. Il faut une écologie de la lutte des classes et que la bourgeoisie sensibilisée (les idiots utiles ?) accepte de se mettre au service des classes populaires. L'écologie doit devenir antifasciste (sic) ». Clément Sénéchal ajoute : « Il faut ensuite consolider des alliances de classe possibles pour massifier le mouvement de contestation contre l'ordre établi ».

Questions : et si la « classe bourgeoise » faisait bloc et que les « classes populaires » ne pouvaient pas compter sur la « bourgeoisie sensibilisée », que se passerait-il ? « L'écologie révolutionnaire » prônée par le vert-rouge adviendrait-elle néanmoins selon une philosophie de l'histoire chère au bon vieux Karl ou faudrait-il la pousser, au besoin par la manière forte, face aux ignobles capitalistes fascistoïdes ? Clément Sénéchal ne donne pas la réponse, mais il ne faut pas être grand clerc pour la deviner...

Le site du « Climat Libé Tour » rappelle que parmi ses partenaires se trouve [l'Ademe](#). Il est permis de s'étonner que l'Agence de la transition écologique finance avec l'argent des contribuables (dont pour une part essentielle celui des « bourgeois ») des conférences d'extrême gauche.

[Climat Libé Tour : « L'écologie doit devenir antifasciste » - IREF Europe FR](#)

Nicolas Baverez : «Énergétique, économique, stratégique, la triple faillite du Green Deal»

CHRONIQUE - La stratégie de décarbonation de l'UE est une faillite qui contraste avec les succès des États-Unis et de la Chine dans ce domaine. (Le Figaro, 22 octobre, article payant)

Extraits :

L'accélération du [changement climatique](#) s'est confirmée en 2023. L'année a établi un nouvel et inquiétant [record de température](#) de la planète, avec une hausse de 1,45 degré Celsius au-dessus de la période préindustrielle. Les phénomènes climatiques extrêmes se sont multipliés. Ils ont provoqué 74.000 décès et 250 milliards de dollars de dommages. Simultanément s'amplifie l'effondrement de la biodiversité avec une chute de 73 % des populations d'animaux sauvages au cours des cinquante dernières années.

À la veille de la COP 29 qui se réunit en novembre à Bakou - ce qui ne peut manquer de susciter le scepticisme -, l'urgence climatique est avérée. L'Union européenne, qui a réduit ses émissions de gaz à effet de serre de 32 % depuis 1990, a pris une longueur d'avance dans la conduite de sa transition. Mais la brutale embarquée déclenchée en décembre 2019 après la poussée des partis écologistes se révèle destructrice pour sa compétitivité, pour sa sécurité et pour sa souveraineté. Le «Green Deal » se transforme en « green death ».

Le «Green Deal » entend instaurer la neutralité carbone dans l'Union en 2050 et obtenir une réduction de 55 % des émissions de gaz à effet de serre en 2030 par rapport à 1990. Au travers d'une soixantaine de textes, il bouleverse le modèle économique de nombreux secteurs - tels l'agriculture (« From farm to fork »), l'énergie, les transports ou la finance -, et soumet l'ensemble des entreprises à de nouvelles contraintes réglementaires très contraignantes et coûteuses via les directives CRDS (comptabilité extra-financière) et CS3D (devoir de vigilance) ou encore la taxonomie qui définit les activités dites « vertes ».

Au lieu d'élaborer un cadre pour la décarbonation de l'économie en confiant aux acteurs économiques et sociaux le soin de s'y adapter, l'Union européenne a décidé de formater a priori l'offre et la demande des secteurs clés à l'horizon de 2050 et d'obliger les entreprises à s'y conformer à travers un carcan de normes, de taxes et de pénalités. Et ce sans aucune évaluation de leur impact économique, social, écologique et stratégique. Cette planification arbitraire, autoritaire et centralisée conduit l'Europe à la faillite, tout aussi sûrement qu'elle a provoqué l'effondrement de l'Union soviétique. (...)

La dérive de la transition écologique en Europe contraste avec les succès des États-Unis et de la Chine. L'IRA, en stimulant l'offre par le bas, conjugue réindustrialisation, soutien de l'innovation, transition climatique et stabilisation de la classe moyenne. La Chine a marié compétitivité et impérialisme en planifiant depuis vingt ans la dépendance du reste du monde à sa production de produits, de matières premières et d'équipements vitaux pour la décarbonation de l'économie.

La transition écologique demeure un impératif et un atout potentiel pour l'Union. Mais à la condition de la repenser, comme le recommande [Mario Draghi](#), du côté de l'offre, de l'investissement et de l'innovation. En la repositionnant dans la compétition des blocs qui structurent le système géopolitique. En réalignant États, entreprises et citoyens. En rompant avec les objectifs et les calendriers irréalistes. En réintroduisant la flexibilité dans les choix technologiques. (...) Bref, en cessant de confondre la fin et les moyens pour réconcilier enfin l'écologie avec la compétitivité, la solidarité et la sécurité.

[Nicolas Baverez : «Énergétique, économique, stratégique, la triple faillite du Green Deal»](#)

« La biodiversité ne s'effondre pas en Europe »

ENTRETIEN. Porte-parole d'Action Écologie, Bertrand Alliot dénonce le discours catastrophiste des ONG environnementalistes. Chiffres et exemples à l'appui. (Le Point, 22 octobre, article payant)

Extraits :

Alors que la Colombie s'apprête à accueillir la 16^e conférence de la convention des Nations unies sur la diversité biologique à partir du 21 octobre, le WWF a publié au début du mois [l'édition 2024 de son rapport « Planète vivante »](#). Difficile d'être plus alarmant.

« Année après année, le déclin de la biodiversité se poursuit inlassablement », écrit l'organisation non gouvernementale (ONG). « En seulement cinquante ans, la taille moyenne des populations d'animaux vertébrés sauvages a chuté de 73 % », ce qui mettrait en jeu « notre survie et celle de notre planète ».

Ce rapport est publié tous les deux ans depuis 1998. Il y a une dizaine d'années, il comprenait [un sous-indice Planète vivante « tempéré »](#). Couvrant, schématiquement, les pays riches, celui-ci montrait un net redressement de la biodiversité (+ 31 % entre 1970 et 2008), avec un regain encore plus net pour les populations de vertébrés. Voilà qui suggérait, a minima, que le développement n'est pas incompatible avec la bonne santé des milieux naturels.

Le sous-indice Planète vivante tempéré n'apparaît plus dans les publications du WWF. S'agirait-il de taire les bonnes nouvelles ? Oui, répond sans hésiter Bertrand Alliot, essayiste et porte-parole d'Action Écologie. Cette ONG récente, qui tiendra son premier colloque à l'Institut de France le 15 novembre, a publié un rapport très documenté, centré sur l'Europe, qui va totalement à rebours du catastrophisme ambiant. (...)

Quel bilan en tirez-vous ?

En Europe, la biodiversité ne s'effondre pas. Des espèces reculent, mais d'autres reviennent. Le regain de forme des mammifères est spectaculaire, impossible à nier. Pour les cervidés, il est à peine nécessaire de faire des études, leur retour se voit à l'œil nu. Idem pour les sangliers. Le rapport « Wildlife Comeback in Europe » chiffre des progressions impressionnantes sur les dernières décennies, avec des populations multipliées par 170 pour les castors, par 35 pour les bouquetins, par 10 pour les chamois, etc. (...)

Par quel mécanisme en vient-on à noircir le tableau ?

Il y en a plusieurs. On peut exagérer la portée des disparitions d'espèces. Les scientifiques Craig Loehle et Willis Eschenbach ont comparé les taux d'extinction historiques des oiseaux et des mammifères depuis l'an 1500 sur des îles et en milieu continental. Sur les continents, 6 oiseaux et 3 mammifères sont enregistrés comme éteints, contre 123 espèces d'oiseaux et 58 espèces de mammifères sur les îles. Autrement dit, depuis cinq siècles, 95 % des extinctions concernent les espèces endémiques des îles. (...)

À qui se fier ?

Pas aux grandes ONG. On ne peut plus les croire ! Quand elles sont nées, elles ont été d'une très grande utilité, car, souvent, il n'y avait rien pour protéger la nature, pas la moindre réglementation. Leur problème est d'avoir gagné. Plus elles ont grossi, plus elles sont devenues inutiles. Elles ne savent plus quoi inventer ! Nous sommes désormais en présence de structures qui veulent se perpétuer, comme toutes les structures.

L'écologie est devenue une religion.

La LPO compte des centaines de salariés. Les intérêts matériels se mélangent à l'idéologie. Beaucoup de défenseurs de l'environnement, dans les associations, les administrations ou la recherche ont un agenda particulier. *L'écologie est devenue une religion*. Le diagnostic de crise supporte un discours eschatologique, décroissant. Si le monde va à sa perte, il faut des politiques de salut public, martiales, radicales. Si vous remettez en cause le diagnostic, vous ruinez le discours. (...)

Peut-on au moins se dire que le maximalisme environnemental protège les écosystèmes ?

Même pas. Il fait beaucoup de mal à nos sociétés sans faire de bien aux espèces. (...)

Leurs discours sont pourtant très repris...

La plupart des médias ont une confiance aveugle dans les ONG. Les citoyens, en revanche... Ce n'est plus tenable sur le plan social et économique. Il y a eu la révolte agricole et les Gilets jaunes, le zéro artificialisation net ne passe pas du tout... Le ministère de l'Environnement était devenu le ministère de l'Écologie, coiffant le logement, l'énergie et le transport. Je ne crois pas qu'on ira plus loin. On est à un point de bascule. Il doit redevenir le ministère de l'Environnement.

[« La biodiversité ne s'effondre pas en Europe »](#)

Policy brief : On energy and climate, Trump and Harris are different by degrees

Green subsidies will probably survive Mr Trump's re-election, and Big Oil will probably do just fine under Ms Harris (The Economist, 15 octobre, article payant)

Extraits :

The next president will inherit the most ambitious climate policies in American history. Under Joe Biden a trio of laws—the CHIPS and Science Act, the Bipartisan Infrastructure Law and especially the Inflation Reduction Act (IRA)—have put in place a sweeping industrial policy that seeks to subsidise an ambitious decarbonisation of the economy. Left-wingers, who think the investments are not ambitious enough, hope that a President Kamala Harris will go further. Conservatives are confident a re-elected President Donald Trump will tear it all down.

It is worth setting aside campaign rhetoric to ask: would a President Harris go much greener than Mr Biden? And could a re-elected President Trump really kill Mr Biden's clean-energy policies? (...)

The Trump administration's withdrawal from the Paris Agreement on climate change did not notably retard international efforts. Mr Trump might undermine pledges by the Biden administration to reduce methane emissions, but such acts of self-isolation would hardly come as a shock abroad. At home, a Trump victory would not mean a collapse in climate efforts either, but it would still give Wall Street pause. Wood Mackenzie, a consultancy, reckons a Trump presidency would reduce investment in America's energy transition by \$1trn by 2050, to roughly \$6trn. So the choice voters will make in November will either hold steady America's current pace of decarbonisation or slow it. Either way, the direction of travel will remain largely unchanged. ■

[On energy and climate, Trump and Harris are different by degrees \(economist.com\)](#)

Is climate change making hurricanes worse?

They are becoming more damaging, but not more frequent (The Economist, 10 octobre, article payant)

Extraits :

Hurricane Milton regained its designation as a Category 5 storm, the most serious type, as it approached Florida's west coast on Tuesday. Some 5.5m residents were issued with evacuation orders, leading to long traffic jams out of the affected areas. President Joe Biden postponed visits to Angola and Germany to oversee preparations for its landfall. Are these types of storms getting worse—and is climate change to blame?

As a result of humans pumping greenhouse gases into the atmosphere, the world is on average 1.1-1.3°C hotter than it was before the Industrial Revolution. Since then there has been no increase in the number of tropical cyclones, the rapidly spinning storms known as hurricanes in the Atlantic and typhoons and cyclones elsewhere. This suggests that global warming is not making them more frequent (though it might be shifting where they occur). But the storms themselves are becoming stronger, slower, wetter and wilder.

Tropical cyclones are fuelled by the temperature of the waters across which they form and move. More than 90% of the extra heat within the climate system is sucked up by the oceans, the average surface temperatures of which are around 0.8°C above the 20th-century average. Between 1980 and 2017 the seas absorbed more than three times the amount of energy contained in the whole world's fossil-fuel reserve. That extra power allows storms to intensify more quickly. Warmer air also holds more moisture, which both helps hurricanes last longer once they reach the coast, and increases the amount of water they can dump as rain. (...)

All these factors combine to make hurricanes more damaging to property and livelihoods. (Deaths, though, are decreasing, as forecasting and emergency response times improve). The total cost of weather and climate disasters in America—to which storms are the largest contributor—in the past five years was \$788bn, about one-third of the total for 1980-2022 (adjusting for inflation). But climate change is not entirely to blame. So too is the propensity to build on vulnerable stretches of coastline. Between 2010 and 2020 [Florida's population grew](#) by nearly 15%, double America's national rate. People have also flocked to the Atlantic coast. Ultimately, mankind is to blame twice over: for changing the climate to make hurricanes more dangerous, and for continuing to put itself in their path.

[Is climate change making hurricanes worse? \(economist.com\)](#)

So much hot air : Why it's so hard to tell which climate policies actually work

Better tools are needed to analyse their effects (The Economist, 4 octobre, article payant)

Extraits :

NATIONAL CLIMATE policies are a relatively recent invention. In 1997, according to the Grantham Institute, a think-tank at the London School of Economics, there were 60; by 2022 the number had risen to almost 3,000.

Their effectiveness has proved almost impossible to measure. In August, an international research group published the first global evaluation of climate policies in *Science*, a journal. The study, which looked at around 1,500 policies implemented in 41 countries between 1998 and 2022, found that just 63 could be linked to sizeable reductions in emissions.

The successful policies shared some similarities. Taxation was generally effective; so was mixing different interventions. In Britain, for example, the researchers reckoned that a range of policies introduced in the 2010s—including a minimum [carbon price](#) for power producers, the phase-out of [coal plants](#) and stricter rules about air pollution—achieved a 40% cut in emissions from the electricity sector.

Combined, researchers reckoned the 63 success stories reduced emissions by up to 1.8bn tonnes of carbon dioxide, more than the combined net total of Britain, France and Germany in 2023. That is commendable. But it is barely a sixth of what is needed to stop [global temperatures](#) from rising beyond 2°C above pre-industrial levels by the end of the century.

There is little evidence to suggest that the remaining 1,400 or so worked. That does not mean they were total failures. For one thing, the study in *Science* looked only at near-term effects; for another, the lack of available data meant significant sectors (such as agriculture) as well as vast regions (like most of Africa) were excluded. But their exact impact is unknown.

That ignorance is at odds with the speed and scale of the action required. (...)

But it is also necessary to speed up the entire process. Artificial-intelligence (AI) models, which excel at repetitive and lengthy tasks like identifying and digesting relevant papers, can help. The research group behind the *Science* paper themselves used a combination of machine learning and statistical analysis to link emissions cuts with potential policies. A separate project in 2021 used AI models to discover that there was almost no scientific literature on climate change and maternal and child health, nor on studies focusing on regions like Africa and South America. Wellcome is now funding projects explicitly aimed at plugging those gaps.

AI models can also help keep the existing evidence bank up-to-date. Because scientific understanding of the climate system is still evolving—just how much warming should be expected from each extra unit of carbon dioxide in the atmosphere is still a hotly debated topic, for example—that would help policymakers make the best decisions possible.

There was a concerted effort to create such “living” platforms during the covid-19 pandemic. Dr Minx and Dr Dangour both think a similar version is needed for climate policies; and quickly. “We have 30 years left to get emissions down to net zero,” Dr Minx says. “We really need to be efficient, we need to be thrifty and we need to apply rigour—and that starts in science and ends in policy.” ■

[Why it's so hard to tell which climate policies actually work \(economist.com\)](#)

« **L'écologie est une science, les écologistes en ont fait une religion** »

L'économiste Jean de Kervasdoué dénonce les dogmes écologistes qui, selon lui, fragilisent la France face aux enjeux climatiques et économiques. Entretien. (Le Point, 1 octobre, article payant)

Voir « Article du Jour »

[« L'écologie est une science, les écologistes en ont fait une religion » \(lepoint.fr\)](#)

Klimaziele bis 2040: Falsche Klimaziele

Die EU und Deutschland leisten sich eine teure „Klimaaußenpolitik“. Es wird Zeit, dass diese auch wirklich aufs Ausland Druck ausübt, nicht nach innen. (FAZ, opinion, 1 octobre, article payant)

Extraits :

Bald stehen wieder die guten Vorsätze an. Übertrüge man die EU-Klimapolitik auf die eigenen Pläne, sähen die so aus: Da ich es 2024 nicht geschafft habe, fünf Zigaretten weniger am Tag zu rauchen, nehme ich mir jetzt zehn weniger vor.

[Eine neue Klimastudie kommt genau zu diesem Ergebnis](#): Viele EU-Mitglieder, darunter Deutschland, schaffen schon die bisherigen Marken zur CO₂-Minderung nicht, trotzdem will die Kommission die Ziele noch verschärfen – mit immer weniger Aussicht auf Erfolg.

Statt unrealistische Vorgaben bis zum Jahr 2040 zu machen, sollte die [EU](#) alles tun, um das Programm „Fit for 55“ bis 2030 einzuhalten, unter anderem mithilfe synthetischer Kraftstoffe, der Kernkraft und der CO₂-Abscheidung. Genauso wichtig ist es, die uneinsichtigen Klimasünder zu größeren Anstrengungen zu verpflichten.

Das sind nicht die heimischen Autofahrer, Heizungsbetreiber und Gewerbe, sondern China, Indien oder die Golfstaaten. Die EU und Deutschland leisten sich eine teure „Klimaaußenpolitik“. Es wird Zeit, dass diese auch wirklich aufs Ausland Druck ausübt, nicht nach innen.

[CO₂-Ziele: Klimaaußenpolitik muss endlich aufs Ausland Druck ausüben \(faz.net\)](#)

Green Energy Is the Future, Bring a Fire Extinguisher

Lithium batteries are supposed to make the world safer. Instead they keep bursting into flames. (WSJ, opinion, 26 septembre, article payant)

Extraits :

Alternative energy is exploding—literally. Lithium battery fires are breaking out on highways and in factories, home garages and storage rooms. The rise in these fires is caused by government efforts to force the adoption of “green” energy.

Lithium batteries have high energy density, making them valuable for phones and portable appliances. But when they catch fire, they burn with high heat and can even blow up. That’s why airlines prohibit lithium batteries in checked baggage.

On June 24 a battery factory in Hwaseong, South Korea, caught fire, triggering explosions and killing 22 workers. Experts estimate that most were killed by toxic gases emitted by the burning batteries. (...)

Lithium batteries have been used for the past 30 years in phones and small appliances. But the introduction of electric cars led to a massive increase in battery size—and potential destructiveness. (...)

Automakers have contended with lithium-battery fires for more than a decade. Alfa Romeo, [BMW](#), Ford, [General Motors](#), Hyundai, [Porsche](#), Tesla and other manufacturers have recalled millions of EVs because of battery-fire problems. Batteries can self-ignite while the vehicle is in motion, when connected to a charger, or even when sitting in a parking lot. EVs prone to self-ignition have been banned from parking lots in China, South Korea and across the U.S. (...)

How are governments responding to the rash of battery fires? They are doubling down, promoting the use of even larger high-density lithium batteries as part of their efforts to phase out coal, oil and natural gas in favor of wind and solar energy.

Grid-scale batteries are viewed as the solution to wind and solar intermittency. They store excess electricity when wind and solar output is high and release it when wind and solar output is low. The number of grid battery fires is growing, and grid batteries are hundreds of times the size of EV batteries. Vice President [Kamala Harris](#) in 2022 announced \$1 billion in grants for electric school buses. If a diesel bus engine catches fire, the driver can usually put it out with a fire extinguisher. But this isn’t possible with electric buses, which explode when they catch fire. Policymakers need to pay more attention to the dangers of the green-energy transition.

Mr. Goreham is author of “Green Breakdown: The Coming Renewable Energy Failure.”

«Die grüne kulturelle Dominanz ist Geschichte»: Der Publizist Ansgar Graw hält die Krise der deutschen Grünen für nicht überwunden

Der Rückzug des Vorstands um Ricarda Lang und Omid Nouripour sei notwendig und klug gewesen, urteilt Graw. Eine echte Korrekturbereitschaft deute sich aber nicht an. So blieben die Grünen eine Gesinnungspartei mit abbröckelnden Sympathisanten. (NZZ, 26 septembre, article payant)

Extraits :

(...) Reicht ein neuer Vorstand, um den Abwärtstrend zu stoppen?

Das Problem der Grünen ist weniger das Personal als die Programmatik. Seit die Partei der Bundesregierung angehört, haben sich nahezu alle ihre Rezepte als untauglich erwiesen. (...)

Frau Lang hat eine «strategische Neuausrichtung» gefordert. Trauen Sie den Grünen das zu?

In manchen Punkten konnten die Grünen durchaus umdenken. Vom Pazifismus der frühen Jahre mit seiner Ablehnung alles Militärischen ist nichts geblieben. Noch 2018 lehnte Annalena Baerbock, die heutige Aussenministerin, das Ansinnen eines deutschen Austritts aus der Nato nicht rundweg ab. Heute wird [militärische Hilfe für die angegriffene Ukraine](#) leidenschaftlich befürwortet. Insgesamt aber bezweifle ich, dass die Grünen ihre Grundidee korrigieren können.

Worin besteht diese grüne Grundidee Ihrer Auffassung nach?

Die Grünen sind im Zweifel immer für den Zwang und nicht für die Freiheit. Da scheint mir die Bereitschaft zur Selbstkorrektur kaum ausgeprägt – und deshalb stehen die Grünen oft auf der falschen Seite der Geschichte. Die Frontstellung gegen die Wiedervereinigung zählt zu diesen Fehleinschätzungen, aber auch das lange Zeit ungeklärte Verhältnis zur Gewalt. Den Zwängen des Staates vertrauen die Grünen auch dann mehr als der freien Entscheidung, wenn sie der Ölheizung und dem Verbrenner den Garaus machen wollen oder der Werbung für gewisse gesundheitsschädliche Lebensmittel.

Könnte das politische Spitzenpersonal der Grünen, könnten Annalena Baerbock und Robert Habeck etwas daran ändern?

Wir leben in der tiefsten Krise seit Gründung der Bundesrepublik, an allen Fronten. Unternehmen wandern ab, die Energiepreise sind hoch, die Abgaben- und Steuerlast ist es ebenfalls. Dennoch hat der grüne Wirtschaftsminister ohne Not die drei letzten Kernkraftwerke geschlossen. Auch importiert Habeck Fracking-Gas aus fernen Ländern für teures Geld und mit einer miserablen CO₂-Bilanz, ohne Alternativen in Deutschland zu prüfen. Insofern betreibt auch er keine Politik im Einklang mit den drückenden Realitäten. (...)

Wir erleben keineswegs das Ende der grünen Partei. Selbst wenn sie in Umfragen auf 10 Prozent oder etwas weniger sinkt, ist das noch immer ein respektabler Wert. Die FDP hat sich seit Amtsantritt der Ampel in ihren Zustimmungswerten gedrittelt, die SPD büsste fast 60 Prozent ein. Die Grünen sind bei ihrer Kernklientel einigermaßen stabil. Von den Hoffnungen auf eine Öko-Volkspartei ist aber nichts mehr geblieben. (...)

Sind die Grünen bereits ganz von einer Volkspartei in Wartestellung zur Klientelpartei geschrumpft?

Für Nachrufe gibt es keinen Anlass. Die Grünen waren immer eine Gesinnungspartei mit vielen Sympathisanten, und dieser Sympathisantenkreis ist abgebröckelt. Man sieht, dass ein Kinderbuchautor als Wirtschaftsminister keine Idealbesetzung ist, zumal mit einer kapitalismuskritischen Partei im Rücken.

[Krise der Grünen unter Habeck und Baerbock: Die kulturelle Dominanz ist vorbei \(nzz.ch\)](#)

Forget for a second the challenges of a hotter future. How well are we coping with the global warming we've already got? (NYT, 24 septembre, article payant)

Extraits :

A new, eye-opening paper suggests the distressing answer is not very well at all. In “Are We Adapting to Climate Change?” — a preprint [posted](#) Monday by the National Bureau of Economic Research — a distinguished group of researchers examined human outcomes of weather extremes over the last 50 years. For each of 21 climate impacts — for instance, on mortality, agricultural productivity and damages from flooding and hurricanes — they asked whether the impact of a given shock had shrunk in recent decades, as the world has grown wealthier, more technologically advanced and more aware of the risks of warming.

In certain corners of the climate and public policy worlds, it is taken for granted that it has — that adaptation has been a hugely underappreciated success story, illustrated by charts of declining deaths from extreme weather, and a success story that is poised to continue, even on a hotter and more ragged planet. But by drilling into the historical record, the authors of the new paper uncovered a very different story from the recent past, which implies a much more challenging one about the future.

“We find limited evidence of adaptation to date,” they wrote. On three-quarters of the impacts they studied, our vulnerability to warming hasn't improved at all, meaning that a given climate event would be just as damaging as 50 years ago — perhaps more damaging.

“In many settings,” they wrote, “sensitivities appear to be growing, even in wealthy countries.”

The results weren't uniformly bleak. The researchers found improving climate sensitivity when it comes to American corn and European wheat yields, some European mortality impacts, the relationship between income and temperature within the United States, and the relationship between temperature and both violent crime and injury mortality in the United States. But those are only six of the 21 case studies; in the others, sensitivities either worsened or remained unimproved.

We know, of course, that climate change will worsen from here. Even relatively optimistic scenarios suggest the world is due for roughly twice as much of a rise in temperature as we've seen to date, when warming has already brought the planet outside the range of conditions that have enclosed and supported everything we know as human history.

As the authors were careful to emphasize, adaptation failures to this point are not signs that adaptation is impossible or foolish. But they suggest that almost certainly we're going to have to do a whole lot more preparation for the stiffer climate tests to come. [Conversations and insights about the moment. - The New York Times \(nytimes.com\)](#)

Unter dem Meeresboden statt in der Luft: Europa ringt um Endlager für das schädliche CO₂

Um den Klimawandel zu stoppen, sollten weniger Treibhausgase in die Atmosphäre gelangen. Der Hafen Rotterdam will dafür Kohlendioxid im Meeresboden versenken. Trägt die Technik zur Lösung des Klimaproblems bei? (NZZ, 24 septembre, article payant)

Extraits :

Kohlendioxid (CO₂), das infolge der Nutzung fossiler Brennstoffe entsteht, für immer zu entsorgen, tönt nach einer eleganten Teillösung des Klimaproblems. Im Hafen Rotterdam in den Niederlanden schreitet ein solches Projekt gerade voran – es schürt Hoffnungen, zeigt aber auch, wo die Grenzen des komplexen Unterfangens liegen. Die Technik heisst Carbon Capture and Storage (CCS), also CO₂ einfangen und es endlagern.

Arbeiter verlegen dafür gerade Pipelines in Europas grösstem Hafen, dessen Gelände die riesige Fläche von 120 Quadratkilometern umfasst. Die Rohrleitung wird 30 Kilometer lang sein und durch den Hafen an die Nordsee führen. Von dort wird sie 20 Kilometer in der Nordsee verlaufen bis zu einem erschöpften Gasfeld. Dort wird das CO₂ ab 2026 rund 3000 Meter unter dem Meeresspiegel eingelagert werden. Während 15 Jahren soll es ins

Endlager fliessen, dann sind die Hohlräume voll und werden geschlossen. Die Investitionen für das Projekt mit dem Namen Porthos betragen 1,3 Milliarden Euro. (...)

CCS-Gründungsfeber herrscht dagegen in Skandinavien. [Vorreiter ist Norwegen](#), wo 1996 das erste CO₂-Endlager entstanden ist. Initiant war das Rohstoffunternehmen Statoil (heute: Equinor). Das von ihm in der Nordsee geförderte Gas enthielt aus der Sicht von Abnehmern einen zu hohen CO₂-Anteil. Ein Teil davon wurde deshalb abgeschieden und tief im Meeresboden versenkt. (...)

Fast noch grössere Ambitionen hegt Dänemark. Teure Pipelines sind dabei keine Voraussetzung. Projekte in beiden Ländern sehen auch den CO₂-Transport mit Lastwagen und Schiffen in die Lagerstätten vor. Die Stadt Zürich will diesen wirtschaftlich umstrittenen Dienst in Anspruch nehmen für CO₂, das in der Kläranlage abgeschieden wird. [Pro Tonne eingespartem CO₂ entstünden hier hohe Transportkosten, sagen Kritiker](#). Trotzdem haben die Stimmbürger am Wochenende dem Projekt zugestimmt. (...)

«CCS ist wesentlich, wenn man die Klimaziele ernst nimmt», meint Wilfried Rickels vom Kiel Institut für Weltwirtschaft. Gerade die EU hat ehrgeizige Emissionsreduktionsziele – wie sie die Mitgliedsländer schaffen werden, ist aber weiterhin unklar. Bis 2040 soll in der EU der Ausstoss von Treibhausgasen im Vergleich mit 1990 um 90 Prozent sinken. [Bis 2050 will die EU netto gar «klimaneutral» sein](#). (...)

Kritiker betonen allerdings, dass es in Norwegen zu einem [Zwischenfall](#) gekommen sei. Beim Gasfeld Snøhvit sei der Druck im Endlager 2008 in einer frühen Phase des Projekts plötzlich stark gestiegen, es habe die Gefahr von Gesteinsverschiebungen bestanden.

Rickels und die meisten Wissenschaftler halten die Technik allerdings für unbedenklich, falls geeignete Gesteinsschichten genutzt werden. Man könne halt bei jeder Technik etwas falsch machen, meint Rickels. [Das Risiko von Erdbeben erachten Forscher für gering, ebenso die Gefahr der Trinkwasserverschmutzung](#). Die vom Klimawandel ausgehenden Gefahren dürften um einiges höher sein.

[CO₂-Endlager im Meeresboden: Europas Kampf gegen Klimawandel \(Inzz.ch\)](#)

Most Climate Policies Don't Work. Here's What Science Says Does Reduce Emissions.

Relying on green subsidies alone has failed, but combining various economic tools has helped limit climate-warming emissions (WSJ, 19 septembre, article payant)

Extraits :

An evaluation of more than 1,500 climate policies in 41 countries found that only 63 actually worked to reduce [greenhouse gas emissions](#).

Subsidies and [regulations](#)—policy types often favored by governments—rarely worked to reduce emissions, the study found, unless they were combined with price-based strategies aimed at changing consumer and [corporate behavior](#).

“The commonality in those successful cases is where we see subsidies and regulations being combined with price-based policy instruments,” said Nicolas Koch, senior researcher at the Berlin-based Mercator Research Institute on Global Commons and Climate Change and an author of the study. “This means carbon pricing, and it could be energy taxes, it could be vehicle taxes.”

The study, [published today in the journal Science](#), used an AI algorithm to sift through a database of environmental prescriptions compiled by the Organization for Economic Cooperation and Development, a Paris-based economic agency, between 1998 and 2020. These policies ranged from energy-efficient standards for household appliances to a carbon tax on fossil fuels like oil and gas.

The fraction of policies that worked combined financial incentives, regulations and taxes, according to the study. (...)

Climate experts said the study is a good road map for which policies work and can be updated to include data from the 2022 Inflation Reduction Act, which is doling out an estimated [\\$428 billion in subsidies](#), incentives and tax credits for climate-related projects. (...)

Experts say finding the right mix of climate policies is needed to forestall the kind of destructive flooding, droughts and other extreme weather that scientists expect to worsen as the world warms. The planet has experienced 14 straight months of record high global average temperatures, according to the National Aeronautics and Space Administration.

While the study reveals some successes, the policies aren't being implemented at the scale to make a difference, according to Janna Hoppe, a researcher who studies climate policies at ETH Zurich, a Swiss university.

The study "has this empirically demonstrated track record of climate policies that have been working," Hoppe said. "At the same time, they have not put us in a position where reaching climate neutrality is going to be easy to do in the next 30 years."

Having a better policy road map like this study, she said, will help achieve that goal.

[Most Climate Policies Don't Work. Here's What Science Says Does Reduce Emissions. - WSJ](#)

« Dire la vérité sur la dette écologique, c'est en faire sa comptabilité ! »

Les chercheurs Clément Feger et Alexandre Rambaud et le comptable Clément Morlat expliquent, dans une tribune au « Monde », pourquoi il est nécessaire de se donner les moyens de prendre en compte la dette écologique à l'échelle de la nation, des territoires et des organisations. (Monde, tribune, 19 septembre, article payant)

Extraits :

« *La situation est très grave, je ne veux pas augmenter la dette financière sur nos générations futures ni la dette écologique.* » Tels sont les mots de Michel Barnier, premier ministre, samedi 7 septembre. Complétant ainsi son allocution de passation de pouvoirs, où il déclarait avec gravité vouloir « *dire la vérité* » sur « *la dette financière et la dette écologique* ».

Effectivement, la situation est grave : la dette écologique semble augmenter inéluctablement faute de prise en compte. Mais qu'entend-on par « dette écologique » ? Ce concept émerge dans les années 1990 comme une dette que les pays développés auraient envers les pays en développement.

Plus politique que juridique, la « dette écologique » renvoie à des dommages écologiques subis involontairement par les pays du Sud du fait d'une exploitation non payée de ressources par les pays du Nord. Elle servira d'argument pour demander l'annulation de la dette financière des pays du Sud. (...)

Concrètement, la dette est évaluée, et même définie, par les systèmes comptables : c'est la comptabilité, au niveau des entreprises, des collectivités territoriales ou de la nation, qui établit le niveau et la qualification des différentes dettes financières. Ce n'est pas un hasard si « comptabilité » est synonyme de « responsabilité » : être comptable de ses actes, c'est en assumer la responsabilité et reconnaître ce qu'on doit et à qui.

Il doit en être de même avec la dette écologique : c'est à la comptabilité que revient le rôle de l'évaluer, de la structurer et de pouvoir en retour la gérer pour la réduire, voire la solder. « *Dire la vérité* » sur la dette écologique, c'est en faire sa comptabilité ! Par exemple, c'est la comptabilité carbone qui peut estimer les émissions de gaz à effet de serre et le dépassement d'un budget carbone. (...)

[« Dire la vérité sur la dette écologique, c'est en faire sa comptabilité ! » \(lemonde.fr\)](#)

«Auto électrique : halte aux amendes stupides!»

L'ÉDITORIAL DU FIGARO - Bruxelles menace d'infliger une quinzaine de milliards d'euros de pénalité aux constructeurs européens s'ils ne respectent pas la trajectoire de baisse des émissions de CO₂. Ou comment leur donner un coup de massue en pleine guerre technologique et commerciale. (Le Figaro, 14 septembre, article payant)

Extraits :

L'Europe peut-elle être assez folle pour accélérer sa « *lente agonie* », [comme l'a décrit Mario Draghi](#) ? On n'ose le croire après la publication du rapport dans lequel l'ancien président de la BCE appelle au sursaut pour éviter que notre Vieux Continent ne décroche définitivement face à la Chine et aux États-Unis. Et pourtant... [Bruxelles menace d'infliger une quinzaine de milliards d'euros d'amendes](#) l'an prochain aux constructeurs européens s'ils ne respectent pas la trajectoire de baisse des émissions de CO₂ des voitures qu'ils vendent. Donner un coup de massue sur ses fleurons [en pleine guerre technologique et commerciale](#), avouons qu'il y a mieux comme stratégie de reconquête !

Espérons que la nouvelle Commission aura un sursaut de lucidité et de clairvoyance pour ne pas appliquer ces ponctions stupides (suicidaires ?) et surtout infondées. D'abord parce que les conducteurs renâclent à acheter des voitures électriques, [préférant les hybrides, moins onéreuses et bien plus pratiques](#)... Ensuite et surtout, parce que les constructeurs sont pleinement engagés depuis des années dans le 100% électrique et ne comptent en aucun cas faire marche arrière. Ils ne le veulent pas; ils ne le peuvent plus. (...)

Ne nous trompons donc pas de combat. Bien entendu, l'Europe doit réduire au plus vite ses [émissions de CO₂](#). Mais ne doit-elle pas, autant et peut-être plus encore, tout faire pour redonner de la compétitivité à ses entreprises pour qu'elles innovent, résistent à la féroce concurrence, créent des emplois et de la richesse ? Pour y parvenir, et donc pour espérer enrayer la « *lente agonie* », ne craignons pas de lutter contre le dumping, de protéger le « made in Europe », et même d'oser repousser au-delà de 2035 l'interdiction de vendre des voitures thermiques...

[«Auto électrique : halte aux amendes stupides!» \(lefigaro.fr\)](#)

Les émissions de méthane n'ont jamais été aussi élevées, mettant en péril les objectifs climatiques

La concentration de ce gaz au fort pouvoir de réchauffement a atteint au cours des cinq dernières années un rythme de croissance record, bien que les solutions techniques pour le faire baisser soient au point. (Le Monde, 11 septembre, article payant)

Extraits :

C'est le levier le plus efficace à court terme pour ralentir le rythme du dérèglement climatique. Et pourtant, les États ne semblent pas décidés à l'actionner. Les émissions et les concentrations de méthane (CH₄) dans l'atmosphère ne cessent d'augmenter, à un rythme qui s'est fortement accéléré ces dernières années, malgré les promesses de nombreux pays de les réduire drastiquement. Ces résultats sont issus du nouveau bilan mondial du méthane, [publié, mardi 10 septembre, dans la revue *Environmental Research Letters*](#) par soixante-neuf scientifiques du consortium [Global Carbon Project](#), quatre ans après la précédente édition.

Ils sont d'autant plus graves que le méthane, le deuxième gaz à effet de serre le plus important après le dioxyde de carbone (CO₂), est responsable d'environ un tiers du réchauffement climatique depuis l'ère préindustrielle. Si le CH₄ perdure moins longtemps dans l'atmosphère (autour de neuf ans contre plusieurs siècles pour le dioxyde de carbone), son pouvoir de réchauffement est bien plus élevé que celui du CO₂ : plus de 80 fois supérieur sur vingt ans et 30 fois à un horizon de cent ans. (...) [Les émissions de méthane n'ont jamais été aussi élevées, mettant en péril les objectifs climatiques \(lemonde.fr\)](#)

Echter Käse, aber ohne Tier: Ist die Zeit der Milchkühe vorbei?

Ein Schweizer stellt in Berlin richtigen Käse her – im Labor. Es ist eine 100-Millionen-Euro-Wette auf die Frage, wie wir uns in Zukunft ernähren. (NZZ, 11 septembre, article payant)

Extraits :

Milchkühe sind ein Problem. Sie verbrauchen Unmengen von Land und stossen Methan aus, ein Gas, das schädlicher für das Klima ist als CO₂. Für die Umwelt wäre es darum am besten, man könnte auf die Kühe als Nutztiere verzichten. Sie einfach abschaffen.

Daran arbeitet Raffael Wohlgensinger, 30 Jahre alt, aus Zürich. Er produziert echten Käse, aber ohne Tier. Und das nicht auf einer Alp in der Schweiz, sondern in seinem Startup in Berlin. Bei Formo werden Milchproteine im Labor gezüchtet und zu Käse verarbeitet. Das Resultat ist ein Produkt, das vegan ist und trotzdem gleich schmecken soll wie das tierische Original.

Fünf Jahre lang tüftelte das Unternehmen an verschiedenen Käsesorten herum. Seit dieser Woche gibt es die ersten Produkte von Formo in Deutschland zu kaufen. Es ist das erste Mal, dass ein im Labor gezüchteter Käse auf den europäischen Markt kommt.

Formo hat kühne Ziele. «Wir wollen der grösste Käseproduzent der Welt werden», sagt der Gründer Raffael Wohlgensinger.

Die Ansage ist ein Angriff auf die traditionelle Käseindustrie: Ihr globaler Markt wird auf knapp [160 Milliarden Franken geschätzt](#). Demgegenüber stehen weltweit knapp neunzig Startups, die Käse oder Milch aus dem Labor herstellen. (...)

[Formos Laborkäse: Ist die Zeit der Milchkühe vorbei? \(nzz.ch\)](#)

Climate Change Can Cause Bridges to ‘Fall Apart Like Tinkertoys,’ Experts Say

Extreme heat and flooding are accelerating the deterioration of bridges, engineers say, posting a quiet but growing threat. (NYT, 3 septembre, quelques articles gratuites / sem.)

Extraits:

(...) America’s bridges, a quarter of which were built before 1960, were already in need of repair. But now, extreme heat and increased flooding linked to climate change are accelerating the disintegration of the nation’s bridges, engineers say, essentially causing them to age prematurely.

The result is a quiet but growing threat to the safe movement of people and goods around the country, and another example of how climate change is reshaping daily life [in ways Americans may not realize](#).

“We have a bridge crisis that is specifically tied to extreme weather events,” said Paul Chinowsky, a professor of civil engineering at the University of Colorado Boulder who researches the effects of climate change on infrastructure. “These are not things that would happen under normal climate circumstances. These are not things that we’ve ever seen at this rate.”

Bridges designed and built decades ago with materials not intended to withstand sharp temperature swings are now rapidly swelling and contracting, leaving them weakened.

“It’s getting so hot that the pieces that hold the concrete and steel, those bridges can literally fall apart like Tinkertoys,” Dr. Chinowsky said.

As temperatures reached the hottest in recorded history this year, [much of the nation’s infrastructure](#), from highways to runways, has suffered. But bridges face particular risks.

“With bridges, you’re working with infrastructure that may have been planned, designed and built decades ago,” Pete Buttigieg, the transportation secretary, said in an interview. “It’s one of the forms of infrastructure that takes the longest to update or refresh. And yet we’re seeing those vulnerabilities everywhere across the country.” (...)

Eon-Chef im Interview: „Der Geringverdiener zahlt für die Solaranlage des Besserverdieners“

Eon-Chef Leo Birnbaum rechnet mit der deutschen Energiewende ab. Ein Gespräch über unsoziale Subventionen für Solarstrom, drohende Stromausfälle – und lähmenden Perfektionswahn. (FAZ, entretien, 3 septembre, article payant)

Extraits:

Investitionen in erneuerbare Energien zahlen sich für den Einzelnen aus. Wir bei Eon sehen zum Beispiel in ganz Europa eine stark steigende Zahl von privaten [Solaranlagen](#), die Kunden ans Stromnetz anschließen möchten. Wenn sich eine PV-Anlage mit Batterie für sie privat rechnet, dann investieren sie in eine Solaranlage – egal wo sie bei den Wahlen ihr Kreuz machen.

Wer kein Hausbesitzer ist, kann sich aber auch keine Solaranlage aufs Dach schrauben.

Ja, das ist ein wichtiger Punkt. Es gibt Bürger, die an der Energiewende nicht so leicht partizipieren können. Das lässt sich nicht bestreiten. Ich glaube, es würde der Akzeptanz der Energiewende in der Gesellschaft gut tun, wenn wir die Diskussion hier etwas nuancierter führen.

Dann tun wir das doch.

Der Solarboom ist auch hierfür ein gutes Beispiel. Viele freuen sich im Moment darüber, dass wir diesen enormen Zubau an PV-Anlagen haben. Aber der gesamtwirtschaftliche Wert der zusätzlichen Solarmodule ist oft nicht nur gleich Null, er ist sogar negativ. Denn diese Anlagen drücken um die Mittagzeit, wenn viel Sonne da ist, ungesteuert Strom ins Netz, und erhöhen damit das Überangebot zu dieser Tageszeit. Auch Batteriespeicher im Keller ändern daran oft nicht viel, weil die an sonnenreichen Tagen schnell voll sind und dann auch planlos den Strom ins Netz abgeben. Das ist kein netzdienlicher Zubau.

Wie wollen Sie das ändern?

Im Moment bekommen die Betreiber von Solaranlagen vom Netzbetreiber einen gesetzlich garantierten, festen Abnahmepreis für ihren Strom. Und zwar auch dann, wenn der Strompreis wegen des Überangebots gerade negativ ist – also der Netzbetreiber andere dafür bezahlen müsste, dass sie ihm den überschüssigen Strom abnehmen. Für diese Subvention kommen letztlich andere Stromkunden auf. Pointiert ausgedrückt: Der Geringverdiener in der Mietwohnung zahlt für die Solaranlage auf dem Einfamilienhaus des Besserverdieners. (...)

[Eon-Chef Leonhard Birnbaum rechnet mit der Energiewende ab \(faz.net\)](#)

‘Worst-Case’ Disaster for Antarctic Ice Looks Less Likely, Study Finds

Global warming is putting the continent’s ice at risk of destruction in many forms. But one especially calamitous scenario might be a less pressing concern, a new study found. (NYT, 22 août, quelques articles gratuites / sem.)

Extraits:

For almost a decade, climate scientists have been trying to get their heads around a particularly disastrous scenario for how West Antarctica’s gigantic ice sheet might break apart, bringing catastrophe to the world’s coasts.

It goes like this: Once enough of the ice sheet’s floating edges melt away, what remains are immense, sheer cliffs of ice facing the sea. These cliffs will be so tall and steep that they are unstable. Great chunks of ice start

breaking away from them, exposing even taller, even more-unstable cliffs. Soon, these start crumbling too, and before long you have runaway collapse.

As all this ice tumbles into the ocean, and assuming that nations' emissions of heat-trapping gases climb to extremely high levels, Antarctica could contribute more than a foot to worldwide sea-level rise before the end of the century.

This calamitous chain of events is still hypothetical, yet scientists have taken it seriously enough to include it as a "low-likelihood, high-impact" possibility in [the United Nations' latest assessment](#) of future sea-level increase.

Now, though, a group of researchers has put forth evidence that the prospect may be more remote than previously thought. As humans burn fossil fuels and heat the planet, West Antarctica's ice remains vulnerable to destruction in many forms. But this particular form, in which ice cliffs collapse one after the other, looks less likely, according to the scientists' computer simulations.

"We're not saying that we're safe," said Mathieu Morlighem, a professor of earth science at Dartmouth College who led the research. "The Antarctic ice sheet is going to disappear; this is going to happen. The question is how fast." (...)

The problem — or one of them, at least — is that scientists don't have enough observations of how ice behaves when it fractures, said Richard Alley, a professor of geosciences at Pennsylvania State University. Ice can collapse quickly, he said. If scientists don't happen to be watching, they can easily miss it. "The data we are getting now are not sufficient," Dr. Alley said.

Given how many of the world's major cities sit on coasts, and given [how much it could cost](#) to protect them against higher seas, there's a lot riding on scientists to get the projections right, Dr. Alley said.

[New Study Re-Evaluates 'Worst Case' Scenario for Thwaites Glacier - The New York Times \(nytimes.com\)](#)

Kühlen mit gutem Gewissen: Klimaanlage sind besser als ihr Ruf

Klimaanlagen sind schlecht für die Umwelt, hieß es immer. So ist es längst nicht mehr. Im Gegenteil, sie können der Energiewende sogar helfen. (FAZ, 21. August, Artikel)

Extrakte:

(...) zum Glück sind Klimaanlagen längst nicht mehr so schädlich fürs Klima wie vor ein paar Jahren. Das gilt vor allem für Deutschland.

Ja, Klimaanlagen brauchen viel Strom. 250 Kilowattstunden sind über ein Jahr schnell verbraucht, bei aktuellen Strompreisen können das allein 75 Euro im Jahr für Strom sein. Aber wegen des Klimas muss niemand mehr ein schlechtes Gewissen haben.

Tatsächlich hat Deutschland mit der [Energiewende](#) viele Probleme. Dazu gehört der Ausbau der Windkraft und auch die Stromversorgung in längeren Phasen, in denen die Sonne nicht scheint und der Wind nicht weht. Doch wenn die Sonne scheint und es in Deutschland warm wird, dann ist die Zeit für Klimaanlagen – und dann hat Deutschland im Moment sogar oft zu viel Strom. „Die sonnenreichen Stunden sind im Moment ein Problem, weil viele Solaranlagen trotz Stromüberschuss nicht abschalten. Hier könnte zusätzlicher Stromverbrauch dem System sogar helfen“, sagt Oliver Ruhnau vom Energiewirtschaftlichen Institut an der Universität Köln. (...)

Bleibt die zweite Sorge der Klimaschützer, die Kältemittel. Tatsächlich werden in Klimaanlagen Stoffe eingesetzt, die der Luft die Wärme entziehen. Wahr ist auch: Wenn diese Mittel in die Luft gelangen, dann wirken sie als Treibhausgas – je nach Stoff – mehr als tausendmal so stark wie Kohlendioxid. Doch auch da hat sich in den vergangenen Jahren einiges getan.

Nicht zuletzt wegen neuer Regeln der Europäischen Union werden die klimaschädlichsten Kältemittel schon seit Jahren durch weniger schädliche Stoffe ersetzt. Und die Entwicklung geht weiter: Inzwischen

experimentieren die Hersteller von Klimaanlage schon mit Mitteln, die dem Klima nicht viel mehr schaden als Kohlendioxid. (...)

Und wie ist das, wenn die Energiewende noch weitergeht? Wenn Deutschland zwar noch mehr und mehr Photovoltaik bekommt, aber auch mehr und mehr Strom braucht, um Elektroautos zu laden? Der Ingenieursverband VDI zweifelt daran, dass dann der Strom für die Klimaanlage noch ausreicht. Stromexperten widersprechen. Wahr bleibt: Der große Engpass bleibt strukturell im Winter. Wenn Wärmepumpen die Häuser mit Strom beheizen, aber die Sonne kaum Energie schickt, aus der man Strom machen könnte. (...)

[Warum Klimaanlage besser als ihr Ruf sind und bei der Energiewende helfen können \(faz.net\)](#)

Das Prinzip Allmende – für eine ökologische Wende kann ein grüner Kapitalismus nicht die Lösung sein

Der japanische Philosoph Kohei Saito gilt als Galionsfigur der Degrowth-Bewegung, die zur Bewältigung des Klimawandels eine radikale Schrumpfung der Wirtschaft vorschlägt. Er sieht im späten Marx einen Vorläufer der heutigen Klimaaktivisten. (NZZ, 20 août, tribune, article payant)

Extraits:

Wenn Religion zu Marx' Zeiten das Opium der Massen war, dann übernimmt diese Funktion heute der sogenannte grüne Kapitalismus. Der Westen lässt sich vorgaukeln, dass eine Kombination aus nachhaltigen Technologien und grünem Wachstum die Menschheit vor dem Klimawandel retten wird.

Doch ein solcher ökologischer Kapitalismus ist utopisch. Und anstatt dies anzuerkennen, verdoppeln die westlichen Staaten ihr Engagement für grünes Wachstum. Von Präsident Joe Biden über den britischen Premierminister Keir Starmer bis zum ehemaligen griechischen Finanzminister Yanis Varoufakis sind Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens dem Sirenengesang eines Green New Deal erlegen: Ein wundersames Investitionsprogramm für erneuerbare Energien soll den Übergang zu einer nachhaltigen Wirtschaft bewirken.

Das Problem ist jedoch, dass selbst der radikalste Green New Deal seine Ziele nie erreichen wird. Eine grüne Revolution erfordert nicht nur den Übergang zu Elektroautos und erneuerbaren Energien, sie verlangt auch eine komplette Umgestaltung unserer materiellen Welt. Jede einzelne Ressource, auf die wir angewiesen sind, muss durch eine neuere, umweltfreundliche Version ersetzt werden. Die Folge ist, dass jeder machbare Green New Deal die CO₂-Emissionen nur relativ reduzieren wird, nicht absolut. Mit anderen Worten: Der Ausstoss von Kohlendioxid wird weiter ansteigen, auch wenn sich dieser Anstieg abflachen wird. (...)

Dennoch bleibt die Vision eines Green New Deal verlockend – zum einen, weil er es uns ermöglicht, unseren Konsumrausch fortzusetzen. Um unser schlechtes Gewissen zu beruhigen, müssen wir in dieser Denkweise nur eines tun: einen Tesla kaufen. Zudem träumen viele Politiker davon, dass ein grüner Wandel sichere und besser bezahlte Arbeitsplätze schaffen wird – und zwar in den ehemaligen Industriegebieten Amerikas und Europas. Was dabei auf der Strecke bleibt: Den Preis für diesen westlichen Job-Boom werden die Ärmsten der Welt zahlen. (...)

Mir scheint klar, dass sich die erste Idee – Überwindung der Umweltkrise durch technologischen Fortschritt – als Phantasie erweisen wird. Die zweite Idee, dass wir unsere ökologischen und sozialen Probleme in den globalen Süden exportieren können, ist nicht zu verantworten. Und die dritte Möglichkeit, dass wir die Probleme der Gegenwart tatsächlich auf künftige Generationen abwälzen, ist der Inbegriff menschlicher Torheit. (...)

Natürlich schlage ich keine Rückkehr zum finsternen Kommunismus der Sowjetunion oder Chinas im 20. Jahrhundert vor. In beiden Fällen wurden die Produktionsmittel von tyrannischen Einparteistaaten verstaatlicht. Als Ausgangspunkt sollten wir stattdessen das Konzept der Allmende nehmen. Von hier aus liesse sich ein dritter Weg zwischen dem Neoliberalismus amerikanischer Prägung und der Verstaatlichung sowjetischer Prägung finden.

Im Zentrum steht die Idee, dass bestimmte öffentliche Güter – etwa Wasser, Strom, Gesundheitsversorgung, Bildung, Wohnen – geteilt und gemeinsam verwaltet werden sollten, und zwar losgelöst von Märkten. Wichtig ist dabei, dass im Gegensatz zum Verwaltungsmonopol der sozialistischen Bürokraten alle Betroffenen am Entscheidungsprozess beteiligt sind. Das Gemeingut soll demokratisch verwaltet werden. Dabei handelt es sich keineswegs um eine Form des Klima-Maoismus von oben, Ziel ist eine Bewegung, die von der Basis ausgeht.

(...) Zentral ist, dass wir die Wirtschaft schrumpfen – doch wie lässt sich das bewerkstelligen, wie anfangen? Zunächst sollten wir zu einer Wirtschaft übergehen, die sich auf den gesellschaftlichen Nutzen (oder Gebrauchswert) richtet. Wir müssen der Produktion von Gütern, die für die Bewältigung der Klimakrise notwendig sind, Vorrang vor nutzlosen und ökologisch zerstörerischen Luxusgütern einräumen.

Wenn wir aufhören, so viel sinnlosen Müll zu produzieren, können wir auch damit beginnen, die allgemeinen Arbeitszeiten zu verkürzen und uns von Bullshit-Jobs zu verabschieden. Das würde nicht nur der Umwelt zugutekommen, sondern auch das Leben verbessern – bliebe doch mehr Zeit für Kinderbetreuung, Bildung, Freizeit und Pflegearbeit zur Verfügung. In diesem neuen System würde die Lebensqualität zu einem weitaus wichtigeren Massstab als das Bruttoinlandprodukt. (...)

[Klima und Kapitalismus: Schon Marx sah, das geht nicht zusammen \(nzz.ch\)](https://www.nzz.ch)

Klima und Kapitalismus: Die Umweltsünden in der DDR

Selbst ernannte „Klimaschützer“ fordern von der Regierung ein anderes politisches System und die Überwindung des Kapitalismus. Welche Ergebnisse eine Planwirtschaft für die Umwelt bringt, zeigt das Beispiel der DDR. Ein Gastbeitrag. (FAZ, 20 août, tribune, article payant)

Extraits:

Die **SED** startete mit hohen Zielen in der Umweltpolitik. Sie wollte nicht nur die natürliche Umwelt erhalten, sondern sogar die natürlichen Lebens- und Produktionsgrundlagen der Gesellschaft verbessern. Hierzu erlies sie eine Reihe von Gesetzen und installierte 1971 ein Ministerium für Umweltschutz und Wasserwirtschaft. Einige Jahre zuvor hatte sie den Umweltschutz in der Verfassung, die freilich irrelevant war, da die Partei und nicht Staat und Verfassung entscheidend waren, als „Staatsziel“ festgeschrieben. (...)

Tatsächlich aber fiel die ökologische Schlussbilanz der **DDR** katastrophal aus: Die Luftbelastung mit Schwefeldioxid und Staub war die höchste aller europäischen Staaten, viele Gewässer waren stark verschmutzt oder gekippt und die Entsorgung des privaten und industriellen Abfalls erfolgte jahrelang weitgehend unkontrolliert zulasten der Natur. Die Bevölkerung erfuhr hiervon nichts, sah, roch und schmeckte jedoch, wie es um die Umwelt bestellt war.

Anfang Februar 1990 – nach dem Fall der Mauer – bestätigte ein Umweltgutachten die schlimmsten Befürchtungen. Beim Aussenden von Schwefeldioxid pro Flächeneinheit rangierte die DDR an erster Stelle in Europa. 1,24 Millionen Menschen konnten nicht mit den Güternormen entsprechendem Trinkwasser versorgt werden. Der Anteil geschädigter Waldflächen betrug 52,4 Prozent. Eine einseitige Orientierung der Landwirtschaft auf Höchsterträge und die Konzentration hoher Tierbestände ohne ausreichende Entsorgungslösungen für Abwässer und Abluft hatten – zusammen mit dem Einsatz unzureichender Agrartechnik – zu teilweise hohen Schäden der Bodenstruktur, Grundwasserbelastung und Verunreinigungen der Oberflächengewässer geführt. Mehr als 40 Prozent des anfallenden Mülls wurden auf ungeordneten Müllkippen und wilden Ablagerungen beseitigt. Für toxische Produkte der Arzneimittelproduktion, der Fertigung elektronischer Bauelemente und für Problemabfälle der Elektronik waren keine Hochtemperaturverbrennungsanlagen vorhanden. Diese Abfälle wurden ausnahmslos in Zwischenlagern gestapelt.

Damit die Bevölkerung keine Kenntnis erhielt, schränkte die SED-Führung die Veröffentlichung von Umweltdaten von 1970 an stark ein; den „Statistischen Jahresbericht für Umweltschutz und Wasserwirtschaft“ erklärte sie zu einer „Vertraulichen Verschlussache“. In den nachfolgenden Jahren veröffentlichten die

zuständigen Stellen zumindest noch einige Daten und verteilten den Jahresbericht auch an die Mitglieder des Ministerrats. Anfang der 1980er-Jahre waren jedoch die jährlichen Umweltschutzberichte als „Geheime Verschlussache“ eingestuft, sodass nur noch wenige Personen den jährlichen Umweltbericht erhielten. Als Begründung gab die SED-Führung an, die Umweltdaten würden vom Klassenfeind benutzt, um die DDR zu diskreditieren. Seither blieb die ökologische Situation nicht nur für die Bevölkerung, sondern auch für politische Akteure eine Geheimsache. Vermutlich ließ die SED-Führung Umweltinformationen aus dem Mess- und Kontrollsystem verfälschen. (...)

Der geringe Stellenwert des Umweltschutzes in der DDR wird durch einen Vergleich der Investitionen für den Umweltschutz deutlich. Während die Bundesrepublik 1,6 Prozent vom produzierten Nationaleinkommen in den späten 1980er-Jahren für entsprechende Investitionen ausgab, veranschlagte die DDR nur etwa 0,5 Prozent. Erst im Nachhinein dämmerte es ehemaligen DDR-Ökonomen, dass die jährlichen Umweltschäden von 28 bis 30 Milliarden Mark die Ökonomie mehr schädigten, als durch die Zerstörung gewonnen wurde. (...)

Der fahrlässige Umgang mit „Störfällen“ und den entsprechenden Auswirkungen auf die Menschen zeigte sich insbesondere beim Umgang mit der Atomkatastrophe von Tschernobyl. Am 26. April 1986 explodierte ein Reaktor des Atomkraftwerks im sowjetischen Tschernobyl, wodurch eine hohe Strahlendosis freigesetzt wurde. Die gen Westen ziehende radioaktive Wolke erreichte sehr schnell DDR und Bundesrepublik. Während in der Bundesrepublik und in West-Berlin die Katastrophenmeldung und die Messdaten eine breite öffentliche Diskussion und Schutzmaßnahmen auslösten, versuchte die SED-Führung, die Bevölkerung durch unterbliebene oder falsche Informationen zu beruhigen. Erst vier Tage nach der Explosion berichtete die Presse über den Vorgang, indem sie eine kurze Mitteilung der sowjetischen Nachrichtenagentur TASS übernahm, in der die Auswirkungen relativiert wurden.

Die Bevölkerung erfuhr durch die staatlich gelenkten Medien nicht, dass die Explosion große Mengen Radioaktivität freigesetzt hatte. (...)

Das gebetsmühlenartige Gerede vom „Menschenwohl“, das im Mittelpunkt stünde, erwies sich als leere Propagandaformel, wie so vieles in der DDR. Das Fazit dieser von wirtschaftlichen Erfordernissen geprägten Umweltpolitik ohne Rücksicht auf die Menschen ist eindeutig: verharmlosend und menschenfeindlich!

Der Verfasser leitet den Forschungsverbund SED-Staat und die Arbeitsstelle Politik und Technik an der Freien Universität Berlin.

[Klima und Kapitalismus: Die Umweltsünden in der DDR \(faz.net\)](#)

Cet écologiste qui va renverser l'interdiction du moteur thermique

L'affaire fait grand bruit en Allemagne où elle pourrait rebattre les cartes entre moteurs électriques et thermiques et remettre l'Europe à sa juste place. (Le Point, 14 août, article payant)

Extraits:

Aujourd'hui, un constructeur peu avisé pourrait déjà payer de lourdes amendes en cas de dépassement de ces seuils sauf que, rompus aux textes de loi venus de Bruxelles, ceux-là ont préféré supprimer purement et simplement de leur gamme les modèles à risque. Voilà la raison pour laquelle il y a des trous dans la raquette de quelques marques, contraintes de stopper des modèles parfaitement viables. Mais justement, un certain Martin Kment, professeur de son état à l'université de Augsburg, vient de publier un avis juridique qui fait valser le micmac de Bruxelles.

Celui-ci prétend que la Commission européenne, effectivement responsable des mesures effectuées sur les véhicules, n'est en aucun cas chargée du recouvrement des amendes, calculées sur les émissions excédentaires. En d'autres termes, il y aurait une règle mais la punition ne serait pas du ressort de la Commission selon son statut juridique. Les constructeurs éberlués ne pipent pas mot pour l'instant mais cette notion de « juge et partie » qui pourrait leur accorder une bouffée d'oxygène avait déjà été évoquée dans une autre affaire en 2008 et provoqué une réaction musclée de la part de l'Allemagne. (...)

Le professeur Martin Kment ne pourra être soupçonné de soutenir les constructeurs germaniques en difficulté avec les ventes de voitures électriques. En effet, nous apprend l'Argus, « ce chercheur allemand est directeur général de l'institut du droit de l'environnement de l'université d'Augsbourg, titulaire d'une chaire de droit public, de droit européen, de droit de l'environnement et de droit de l'aménagement ». Son avis a été publié à la suite d'un rapport commandé par l'Uniti, une organisation professionnelle allemande qui regroupe des sociétés évoluant dans le domaine des carburants et des lubrifiants. Et à ce titre inquiètes de l'avenir.

Là où les choses se corsent, c'est quand le professeur Martin Kment se penche aussi sur le fond de l'affaire et la méthodologie utilisée pour relever les niveaux de CO₂ des véhicules. Celle-ci relève les émissions par des captages à l'échappement, ce qui désavantage les thermiques face aux électriques. Pour Martin Kment, il faut utiliser une méthode globale, dite communément « du berceau au cercueil », pour juger tous les véhicules, sans disparité, et ce, quelle que soit leur énergie utilisée. Cela est déjà prévu par le Green Deal, mais seulement à compter de 2030.

Si on ne change pas de méthode d'ici là, beaucoup de constructeurs historiques auront disparu à cette date. Pour éviter ce cataclysme, Martin Kment préconise un ensemble de mesures ciblant le cycle de vie complet de tous les véhicules, sans distinction. Un élément qui risque fort de lézarder l'image trop propre de l'électrique avec l'extraction de terres rares en amont et le recyclage des batteries en fin de vie, un avant et un après où elle démérite alors que le thermique pollue seulement pendant le roulage. Mais de moins en moins avec les considérables progrès que peuvent accomplir les constructeurs si leurs moyens n'étaient pas tous captés par la ruineuse conversion à l'électrique. (...)

[Cet écologiste qui va renverser l'interdiction du moteur thermique \(lepoint.fr\)](http://lepoint.fr)

Wer Antikapitalismus zum Programm der Klimapolitik macht, verliert am Ende beides – Wohlstand und Klimaverträglichkeit

Veränderungsdynamik, Innovationsfähigkeit und Effizienzreize sind die Motoren für den Klimaschutz. Nur wettbewerbliche Marktwirtschaften können das bieten. (NZZ, 7 août, opinion, article payant)

Extraits:

In der Klimabewegung wird oft behauptet, der Kapitalismus sei verantwortlich für den Klimawandel und müsse folglich im Namen des Klimaschutzes abgeschafft werden. «Klimakiller Kapitalismus», «Klima retten, Kapitalismus abschaffen», «Kapitalismus vs. Klima» – diese und ähnliche Slogans finden sich auf Büchern, in Diskussionsforen und an Demonstrationen. Aus der Sorge um das Klima wird eine Systemfrage gemacht: Die Kapitalismuskritiker haben das Klimathema für sich entdeckt.

Es klingt so plausibel: Mit höherem Wohlstand sind die Emissionen entstanden, der Wohlstand kam mit dem Kapitalismus – also muss der Kapitalismus weg, um die Emissionen loszuwerden. Aber der Wohlstand möge bitte bleiben. Also brauchten wir entweder Wachstumsverzicht oder gleich ein ganz anderes Wirtschaftsmodell.

Der Kapitalismus, so wird behauptet, müsse zwingend immer mehr produzieren und damit auch immer mehr emittieren und sei zur Lösung des Klimaproblems ungeeignet. Er könne Ressourcen nicht schonen, sondern nur vernichten. Die Fähigkeit der Atmosphäre, Treibhausgase ohne erhebliche Konsequenzen aufzunehmen, müsse ernst genommen werden, der Kapitalismus müsse dafür weichen.

Dass Märkte ungeeignet wären, mit Knappheiten umzugehen, ist ein fundamentaler Denkfehler der Klima-Antikapitalisten. Das genaue Gegenteil ist der Fall. Für kaum etwas sind Wettbewerbsmärkte so gut geeignet wie für die bestmögliche Lösung von Knappheitsproblemen. Wenn etwas in einer Marktwirtschaft knapp ist, wird es teurer. Wenn es teurer wird, werden die knappen Güter dort eingesetzt, wo sie am meisten Nutzen stiften können und daher den besten Preis erzielen. Und die höheren Preise sorgen für einen Rückgang der Nachfrage auf der einen und für Bemühungen zur Ausweitung des Angebots auf der anderen Seite. Wettbewerb ist zugleich Effizienz- und Innovationsmotor zur Lösung der Knappheitsprobleme. (...)

Wie der Wettbewerb wirkt, zeigt der Lithium-Markt. (...) Der Wettbewerb führt also zu mehr Produktion, effizienteren Batterien und innovativen Technologien, um besseren Klimaschutz im Verkehr betreiben zu können. Was wäre die Alternative? Die Lithium-Förderung wäre kleiner, Elektromobilität würde behindert, und es könnten weniger klimaschonende Verkehrsangebote für Güter und Personen gemacht werden. (...)

Um die Marktkräfte für den Klimaschutz zu nutzen, ist ein globaler Preismechanismus für alle Emissionen am besten geeignet. Davon ist die Weltgemeinschaft auch nach mehr als drei Jahrzehnten internationaler Klimakonferenzen weit entfernt. In der Europäischen Union ist das Prinzip immerhin mit dem Emissionshandel für Industrie und Energiewirtschaft teilweise realisiert. Daneben gibt es in einzelnen Ländern noch nennenswerte Steuern oder Förderansätze. Der grösste Teil der Emissionen ist aber nicht bepreist, sondern unterliegt höchstens staatlicher Regulierung – wenn überhaupt. (...)

Marktwirtschaften haben die Mittel für die Veränderung: Wohlstand, der für Klimaschutz eingesetzt werden kann, und Innovationen, die eine klimafreundliche Entwicklung ermöglichen. Es ist kein Zufall, dass die sozialistischen Planwirtschaften neben maroder Industrie und erheblichen Wohlstandsrückständen auch Energieverschwendung und Umweltverwüstung hinterlassen haben.

Klimaschutz ist auf die Veränderungsdynamik, die Innovationsfähigkeit und die Effizienzreize angewiesen, die nur wettbewerbliche Marktwirtschaften bieten. Die Aufgabe besteht darin, die soziale Marktwirtschaft entsprechend weiterzuentwickeln und den für die Berücksichtigung der klimapolitischen Ziele notwendigen Ordnungsrahmen zu gestalten – und nicht, den Kapitalismus zu überwinden. Wer Antikapitalismus zum Programm der Klimapolitik macht, verliert am Ende beides: Wohlstand und Klimaverträglichkeit.

Hubertus Bardt ist Geschäftsführer des Instituts der deutschen Wirtschaft in Köln.

[Klimapolitik und Kapitalismus: Wie Wettbewerb den Klimaschutz fördert \(nzz.ch\)](https://www.nzz.ch/klimapolitik-und-kapitalismus-wie-wettbewerb-den-klimaschutz-foerdert-1.1611111)

Bedeutung des Politischen: Kann die Demokratie die Klimakatastrophe bewältigen?

Es gibt Stimmen, die der Demokratie die Lösung unserer derzeitigen Krisen nicht zutrauen. Und es gibt gute Gründe, nicht auf sie zu hören. (FAZ, 6 août, opinion, article payant)

Extraits:

(...) Im Namen der Zukunft und mit Berufung auf die Wahrheits- und Gerechtigkeitsinstanzen von Wissenschaft und Recht die Aussetzung oder zumindest Einschränkung demokratischer Responsivität einzufordern bleibt jedoch eine Sprecherposition der Gegenwart. Aber ist sie überzeugend? Stimmt die Ausgangsannahme, dass Demokratien nicht in der Lage sind, längerfristige Probleme zu bearbeiten? Eine Nachfrage müsste lauten: im Vergleich zu was oder wem? Der größte CO₂-Emittent der Welt ist China mit einem Drittel der weltweiten Emissionen, fünfmal so viel wie die gesamte Europäische Union, dreimal so viel wie die USA. Zugleich sind es die liberalen Demokratien, insbesondere Europa und Nordamerika, in denen die stärksten Rückgänge des CO₂-Ausstoßes zu verzeichnen sind. Über unser Klima wird in China und Indien entschieden, und durch die Antwort auf die Frage, wie der rasant wachsende Energiehunger des afrikanischen Kontinents gestillt werden wird. In einer solchen Lage wird es insgesamt wenig helfen, peruanischen Bauern Klagerechte in Karlsruhe einzuräumen, für den Bundestag eine parlamentarische Naturbeauftragte zu benennen oder das Brandenburger Tor zu beschmieren.

Aber auch der im Wortsinn fatal erscheinende Verlauf globaler Emissions- und Temperaturprognosen suggeriert ein Verhängnis, dessen Eindruck verdeckt, dass wir uns gerade inmitten einer so globalen wie epochalen Energietransformation befinden – einer Transformation, deren Ausmaß auch von den Experten lange Zeit systematisch und grob unterschätzt wurde. Die Installation globaler Solarenergiekapazitäten wurde von der Internationalen Energieagentur von 2010 bis heute jährlich um durchschnittlich 235 Prozent zu gering veranschlagt („The Economist“ vom 20. Juni). Im gesamten Jahr 2004 wurde weltweit eine Gigawattstunde an [Solarenergie](#) installiert. 2024, zwanzig Jahre später, wird das auf zwei Gigawatt steigen – pro Tag! Die Produktionskapazitäten der chinesischen Solarindustrie werden sich, so Schätzungen, in Kürze auf sieben

Millionen Tonnen polykristallines Silizium belaufen, genug, um jedes Jahr Solarpaneele mit einer Gesamtkapazität von 3,5 Terawattstunden zu produzieren. Die momentan installierte weltweite Gesamtkapazität liegt bei 1,6 Terawatt.

Mit der enormen Mengenausweitung fallen die Preise, mit fallenden Preisen steigt die Nachfrage, mit gesteigener Nachfrage weitet sich die Produktion aus, und die Preise fallen weiter. Setzt sich dieser Trend fort, und es gibt wenig prinzipielle Gründe, warum er sich nicht fortsetzen sollte, wird die Welt laut einem Bericht der International Solar Energy Society im Jahr 2026 mehr Elektrizität aus Solarenergie beziehen als aus allen Kernkraftwerken zusammen, 2030 mehr als aus allen Gaskraftwerken, 2032 mehr als aus allen Kohlekraftwerken. Solarenergie wird fast für alles einsetzbar sein, zu Kosten, die bereits jetzt die Kosten der aus Kohle gewonnenen Elektrizität substanziell unterschreiten. Es ist angesichts dieser Dynamik nicht unwahrscheinlich, dass schon in den 2040er Jahren die Menschheit mehr als die Hälfte ihrer Primärenergie, nicht nur der Elektrizität, von der Sonne beziehen wird.

Ich schreibe das nicht, weil ich denke, dass dadurch weitere, sehr weitreichende klimapolitische Entscheidungen obsolet werden, dass nun alles gut wird und wir die Klimakrise absagen können. Ich schreibe das, weil diese Revolution der [Energieversorgung](#) für eine sich relativ kurzfristig vollziehende und in ihrem Ausmaß bis vor Kurzem von niemandem, auch von den Experten nicht, vorhergesehene Entwicklung von beträchtlicher Tragweite steht. Das ist nicht der einzige, aber ein gewichtiger unter mehreren Gründen, warum ich hoffe, dass der elektorale Responsivitäts- und Korrekturmechanismus (sprich: die demokratische Wahl) und die gesellschaftlichen Selbstverständigungsprozesse, die durch ihn immer wieder neu erzwungen werden, uns weiterhin vor „autoritärem Szientismus“ (Peter Strohschneider) in der Klimadebatte schützen, wie auch vor der Illusion, eine angemessene Antwort auf die Herausforderungen der Zeit könne darin bestehen, unsere frommen Wünsche in die Verfassung zu schreiben.

Philip Manow ist Professor für Internationale Politische Ökonomie an der Universität Siegen. Zuletzt erschien von ihm im Suhrkamp Verlag „Unter Beobachtung – Die Bestimmung der liberalen Demokratie und ihrer Freunde“.

[Klimaschutz: Kann die Demokratie die Klimakatastrophe bewältigen?](#) (faz.net)

Climat : les promesses de l'IA grevées par un lourd bilan carbone

Si les gains de l'intelligence artificielle pour réduire les émissions restent hypothétiques, les coûts énergétiques, déjà importants, vont devenir, eux, colossaux. (Le Monde, 5 août, article payant)

Extraits:

L'intelligence artificielle (IA) est-elle davantage un remède qu'un poison climatique ? Les géants de la tech, de Google à Microsoft, le clament haut et fort : les apports de ces technologies pour décarboner les économies et s'adapter au réchauffement seront à terme majeurs. A l'inverse, nombre d'experts préviennent que ces gains restent hypothétiques. L'empreinte carbone et la consommation électrique de services comme ChatGPT, d'ores et déjà importantes, risquent de devenir colossales. Ils appellent à la mesure face à une solution « utile » mais pas « miracle ».

L'IA est considérée comme un outil efficace pour mieux comprendre le changement climatique et répondre aux incertitudes qui persistent. Elle est de plus en plus utilisée dans les prévisions météorologiques, [comme s'y emploie le Centre européen pour les prévisions météorologiques à moyen terme](#) (ECMWF), et pour les simulations du climat du futur. (...)

L'IA sert aussi à mieux anticiper les événements extrêmes, notamment « les incendies, les avalanches ou la trajectoire et les changements brusques d'intensité des cyclones », explique Claire Monteleoni, titulaire de la chaire Choose France AI et directrice de recherche à l'Institut national de recherche en sciences et technologies du numérique (Inria). Dans le cadre du [projet de recherche européen Xaida](#), le climatologue Pascal Yiou fait,

quant à lui, appel à l'IA pour savoir si ces catastrophes sont dues au changement climatique d'origine humaine – ce que l'on appelle la science de l'attribution. (...)

L'IA commence à être utilisée pour accélérer la transition écologique. « Elle est bien adaptée, car les problématiques du climat sont complexes et multifactorielles, donc difficiles à gérer », estime Gilles Babinet, coprésident du Conseil national du numérique et auteur de *Green IA. L'intelligence artificielle au service du climat* (Odile Jacob, 224 pages, 22,90 euros). (...)

Quel pourrait être l'impact pour le climat de l'ensemble de ces pistes ? Il n'existe pas de chiffres ayant fait l'objet d'études approfondies. Les solutions liées à l'IA, si elles étaient mises en œuvre largement, pourraient réduire les émissions de CO₂ mondiales de 5 % à 10 %, d'ici à 2030, assure un rapport du Boston Consulting Group commandé par Google. Mais cette estimation n'est qu'une simple extrapolation à partir d'un article de 2021 racontant quelques cas de clients du cabinet de conseil. [Un rapport de PwC sur quatre secteurs, financé par Microsoft](#) en 2019, avançait, lui, une fourchette de baisse de 1,5 % à 4 %, d'ici à 2030. Des chiffres que remet en cause Hugues Ferreboeuf, spécialiste du numérique au cercle de réflexion The Shift Project : « Toutes les approches sérieuses mettent en avant l'impossibilité de généraliser à partir de cas d'étude spécifiques. » (...)

« Nous pensons que les bénéfices de l'IA pour le climat vont significativement dépasser les aspects négatifs », assure surtout M. Elman, de Google, comme les dirigeants de Microsoft. L'IA ne serait responsable que d'environ 0,01 % des émissions mondiales, selon [un article cosigné par des experts de Microsoft](#), qui ont appuyé leur calcul sur la consommation électrique des processeurs réservés à l'IA en 2023.

Ces estimations sont contestables, rétorque M. Ferreboeuf, du Shift Project : « D'ici à trois ans, la part de l'IA va passer de 8 % à 45 % dans la consommation électrique des centres de données, qui va doubler », explique-t-il, citant [des chiffres du cabinet SemiAnalysis](#). En 2026, l'IA pourrait donc représenter environ 0,9 % des émissions mondiales et les centres de données environ 2 % [contre 0,6 % en 2020], selon l'AIE, estime-t-il. « De plus, le raisonnement en pourcentage n'est pas pertinent, insiste l'expert. Ce qu'il faut, c'est savoir si les émissions absolues baissent de 5 % à 7 % par an, comme le prévoit l'accord de Paris. » (...)

[Climat : les promesses de l'IA grevées par un lourd bilan carbone \(lemonde.fr\)](#)

Buying time : This Scientist Has a Risky Plan to Cool Earth. There's Growing Interest.

David Keith wants to spray a pollutant into the sky to block some sunlight. He says the benefits would outweigh the danger. (NYT 2 août, quelques articles gratuites / sem.)

Extraits:

David Keith was a graduate student in 1991 when a volcano erupted in the Philippines, sending a cloud of ash toward the edge of space.

Seventeen million tons of sulfur dioxide released from Mount Pinatubo spread across the stratosphere, reflecting some of the sun's energy away from Earth. The result was a drop in average temperatures in the Northern Hemisphere by roughly one degree Fahrenheit in the year that followed.

Today, Dr. Keith cites that event as validation of an idea that has become his life's work: He believes that by intentionally releasing sulfur dioxide into the stratosphere, it would be possible to lower temperatures worldwide, blunting global warming.

Such radical interventions are increasingly being taken seriously as the effects of climate change grow more intense. Global temperatures have hit record highs for 13 months in a row, unleashing violent weather, deadly heat waves and raising sea levels. Scientists expect the heat to keep climbing for decades. The main driver of the warming, the burning of fossil fuels, continues more or less unabated. (...)

Against this backdrop, there is growing interest in efforts to intentionally alter the Earth's climate, a field known as geoengineering.

Already, major corporations are operating enormous facilities to vacuum up the [carbon dioxide that's heating up the atmosphere](#) and bury it underground. Some scientists are performing [experiments designed to brighten clouds](#), another way to bounce some solar radiation back to space. Others are working on efforts to make oceans and plants absorb more carbon dioxide.

But of all these ideas, it is stratospheric solar geoengineering that elicits the greatest hope and the greatest fear. (...)

Dr. Keith is adamant that those fears are overblown. And while there would be some additional air pollution, he claims the risk is negligible compared to the benefits.

"There's plenty of uncertainty about climate responses," he said. "But it's pretty hard to imagine if you do a limited amount of hemispherically balanced solar geo that you don't reduce temperatures everywhere." (...)

To celebrate his 60th birthday in October, Dr. Keith went hiking in the Canadian Rockies and came across a glacier that had shrunk dramatically in recent years. It was a visual reminder that global warming is upending the natural world, and it confirmed his central, controversial belief: Humans have already altered the planet, heating the climate with greenhouse gases. To repair the climate and return it to a more pristine state, we may need to take even more drastic action and engineer the stratosphere.

"I'm more motivated even now to push on solar geo because the rationalist case for it is looking stronger," Dr. Keith said. "While there are still lots of strong individual voices of opposition, there are a lot of people in serious policy positions that are taking it seriously, and that's really exciting."

[David Keith Has an Idea to Slow Global Warming: Geoengineering - The New York Times \(nytimes.com\)](#)

La majeure partie du glyphosate dans les rivières d'Europe ne viendrait pas de l'agriculture

Une vaste étude de l'université allemande de Tübingen montre que les traces de l'herbicide viendraient d'additifs massivement utilisés dans les détergents industriels et domestiques. (Le Point, 2 août, article payant)

Extraits:

(...) Longtemps soupçonné par les spécialistes, le rôle joué par les produits d'entretien domestique massivement utilisés en Europe, et qui finissent dans les stations d'épuration, pourrait en réalité être prépondérant, conclut une étude réalisée par des chercheurs de l'université de Tübingen, en Allemagne, et publiée dans le journal [Water Research](#). (...)

Une seule réponse explique ces incohérences, soulignent les chercheurs : « Les eaux usées municipales jouent un rôle. Certains résultats de l'étude nous montrent également que nous devons localiser une source de glyphosate à proximité des ménages », détaille Carolin Huhn. Or, l'AMPA est aussi connu pour être un sous-produit des aminopolyphosphonates, une molécule massivement utilisée en Europe dans les lessives et les détergents comme antitartre, stabilisant de blanchiment et inhibiteur de corrosion. Les États-Unis, eux, n'en utilisent quasiment pas. « Les marques de lessive américaines les plus populaires ne contiennent pas d'aminopolyphosphonates », écrivent les chercheurs, et les chiffres des ventes d'aminopolyphosphonates seraient nettement inférieurs aux États-Unis par rapport à l'Europe. (...)

« Ces résultats pourraient expliquer pourquoi il n'a pas été, et il ne sera pas possible, de réduire la [pollution](#) des rivières par le glyphosate en Europe grâce à des stratégies de [réduction des herbicides](#) », résume Carolin Huhn. « Nous sommes conscients que nos résultats peuvent avoir des implications considérables, notamment pour l'industrie et les décideurs politiques, mais aussi pour la manière dont la surveillance des eaux de surface peut être améliorée. »

Le sujet devrait en tout cas passionner les défenseurs de l'environnement, qui ont fait de la lutte contre le glyphosate leur priorité, et qui ne s'expliquent pas, eux non plus, la persistance de l'herbicide (bien qu'à des taux peu élevés) dans les eaux et les sols. La lessive deviendra-t-elle leur prochaine priorité ?

[La majeure partie du glyphosate dans les rivières d'Europe ne viendrait pas de l'agriculture \(lepoint.fr\)](#)

Antarctic temperatures rise 10C above average in near record heatwave

Reported temperatures on continent in midwinter reach 28C above expectations on some days in July (The Guardian, 2 août, libre accès)

[Antarctic temperatures rise 10C above average in near record heatwave | Antarctica | The Guardian](#)

Water world : Shallow thinking about water imperils the planet

Two new books warn of battles over ocean management and freshwater supply (The Economist, 29 juillet, article payant)

Excerpt:

WHAT WOULD summer be without water: without frolicking on a beach, fishing in a lake or savouring a novel poolside? And yet, for anyone who cares about the health of the world's oceans, 2024 has been a bleak year. Mass [fish deaths](#), driven by drought and heat, have been reported on opposite sides of the world, in Vietnam and Mexico. Most of the world's coral reefs have [bleached](#), a process in which unusually warm water temperature makes coral brittle, bone-white and susceptible to disease and possibly death.

Nor is the news much better for people. In March the UN reported that around half the world's population experiences "severe water scarcity" annually. Drought has caused one of Mexico City's main reservoir systems to run dry, and population growth has led the city to overtax its water table, leading it to gradually sink—a similar fate to Jakarta, which is subsiding so quickly that Indonesia is building a [new capital](#) on a different island. Humanity, a species nurtured on a watery planet, is struggling to manage its most abundant resource, as two new books highlight. (...)

Whereas Ms Heffernan crossed the globe and plumbed the depths to write her book, Sir Liam Fox, a former Conservative politician, appears to have plumbed Wikipedia's depths for his almost comically fact-rich tome. He wrote it "to join the dots" and explain why water—[battles over access](#), climate-driven threats and maritime conflicts—will prove as much a flashpoint in this century as oil was in the 20th.

His reasoning is sensible: in the coming decades much of the world's population growth will take place in African and Asian countries that already struggle to provide their citizens with fresh water. Countries' water management can affect their neighbours, stoking the prospect of conflict. Strife can also erupt over access to shipping channels, as the low-level conflict in the South China Sea demonstrates. Failure to provide citizens with clean water can also lead to malnourishment and disease. And abundance can quickly turn to scarcity: "Today's flooded will become tomorrow's thirsty," Sir Liam argues. (...)

Still, Sir Liam's book has value. It is alarming but not alarmist and compiles a tremendous amount of water-related information. Neither book offers concrete recommendations beyond heightened concern. But if, over the course of this century, water and the life it sustains grow scarce or imperilled, conflict and privation seem not just possible but inevitable. ■ [Shallow thinking about water imperils the planet \(economist.com\)](#)

Extreme heat poses 'real risk' to Spain's mass tourism industry

Public health adviser says higher temperatures caused by climate crisis pose danger for visitors not used to them (The Guardian, 27 juillet, libre accès)

Excerpt:

(...) Asked whether the climate emergency could lead to tourism disappearing from parts of Spain in the future, Tejero said: “It’s a real risk because the big Spanish *sol y playa* tourist areas – the areas that are most dependent on tourism – are places where the impact of climate change is going to be greatest in Spain; places such as the south and the east of the peninsula – basically the Mediterranean coast. There’s a definite risk that the zones where there’s most tourism will become less habitable because of more heatwaves and much hotter nights.”

Such conditions, he added, could discourage tourists, or push up air-conditioning costs for hotels as the units would need to be on for longer periods of time. (...)

Tejero noted that recent epidemiological studies had shown that [approximately 3,000 deaths are attributable to the heat](#) each year in Spain, and that hot spells cause a 10% rise in urgent hospital admissions. He also said higher temperatures would also lead to an increase in vector-borne diseases, pointing out that a man was admitted to hospital in Madrid this week with Crimean-Congo hemorrhagic fever, an [emerging disease spread by ticks](#).

[Extreme heat poses ‘real risk’ to Spain’s mass tourism industry | Spain | The Guardian](#)

After Losing Crops to Drought, Sicily Fears Losing Tourism, Too

Parts of southern Italy and other countries in the region are experiencing one of their worst droughts in decades. The authorities say they are working to at least save tourism (NYT, 24 juillet, quelques articles gratuites / sem.)

Extraits :

As tourists savored icy granitas under hibiscus trees and swam in the cool Mediterranean Sea, in the farmlands of southern Sicily, among hillsides so scorched they resembled desert dunes, a farmer watched recently as his cows headed to the slaughterhouse.

After months of drought, he didn’t have any water or food to give them.

“It’s devastating,” said the farmer, Lorenzo Iraci Sareri, as tears fell on his tanned face, lined by 40 years of labor pasturing cows. “I have never seen something like this.”

Parts of southern Italy and other Mediterranean regions, including Greece and the southeastern Spain, are experiencing one of their worst droughts in decades. It is particularly devastating, experts say, because the lack of rainfall has been made worse by the higher temperatures caused by climate change. (...)

But for many of these regions, the summer is also peak season for tourism, a key economic lifeline that the authorities fear is being threatened by news of water scarcity, and that they are trying to protect.

“We are forced to sacrifice the damage to agriculture, but we have to try not to damage tourism because it would be even worse,” said Salvatore Cocina, the head of Sicily’s civil protection.

He added that agriculture still accounts for the vast majority of water use, with the general population using just a fraction of it, even when it includes millions of tourists during the summer. (...)

The authorities said they prioritized providing water to hospitals, to businesses that produce key assets like oxygen, and to vulnerable segments of the population. But also to hotels.

“The tourists don’t notice” the drought, Elvira Amata, Sicily’s top tourism official, promised.

Outside five-star resorts, in the arid South of the island, the signs were everywhere. (...)

In Sicily, the drought is now bringing longstanding water management problems to the fore. Large quantities of water are lost because of poor infrastructure. In Agrigento, that can be over 50 percent, officials said. Desalinators and wells were dismissed in the past. (...)

But the issue needs to be addressed fast, said Edoardo Zanchini, the director of Rome's climate office. "Otherwise the agriculture lands will be abandoned," he said, "and abandoned lands become deserts."

The [Bank of Italy](#) said the output generated by agriculture in Sicily had dropped last year because of climate induced shocks, while tourism grew. Many farmers in southern Sicily said that they could not withstand another bad year.

"If we don't get forage and we don't get water we will have to slaughter them all," said Luca Cammarata, a goat farmer near Caltanissetta, as he pushed his skinny goats toward the few green sprouts left on his yellow pasture. Another year like this would amount to a "death sentence," he said.

"Should we all move to the coast and do tourism?" he asked.

[Mediterranean Drought Forces a Hard Choice: Who Gets the Water? - The New York Times \(nytimes.com\)](#)d

Fin des moteurs thermiques en 2035 : le patron de Renault juge le calendrier «compliqué» et veut de la «souplesse»

[L'objectif européen](#) d'interdire complètement la vente de voitures thermiques neuves à l'horizon 2035 sera «compliqué» à tenir, a estimé le patron de Renault Luca de Meo, dans une interview aux Échos à paraître lundi, réclamant de la «souplesse dans le calendrier». (Le Figaro, 22 juillet, libre accès)

Extraits :

Luca de Meo rappelle que l'industrie automobile a «investi des dizaines de milliards d'euros dans la transition» vers l'électrique et qu'il ne faut pas «les jeter par les fenêtres». Par ailleurs «nous ne devons pas refuser le progrès» et «l'électrification dans l'automobile fait partie du progrès», a-t-il martelé. «La question c'est celle du rythme», explique Luca de Meo, mettant en avant que «la majorité des pays n'ont pour l'instant pas dépassé les 7% de part de marché dans l'électrique à ce jour». «Il faut que l'écosystème avance ensemble, tous ensemble. C'est de cela dont je parle quand je demande de la souplesse et de l'agilité», explique-t-il. (...)

Enfin pour le patron de Renault, «la voiture électrique n'est qu'une des solutions» pour décarboner le secteur automobile. Pour lui il serait «plus judicieux d'accélérer en même temps la rénovation du parc» et de «regarder ce que l'on peut faire du côté des types de carburants». «Dans les dix prochaines années, il n'y a pas suffisamment de voitures électriques pour vraiment impacter la décarbonisation. (...) À la roulette, on ne peut pas miser tout sur une couleur», conclut-il.

[Fin des moteurs thermiques en 2035 : le patron de Renault juge le calendrier «compliqué» et veut de la «souplesse» \(lefigaro.fr\)](#)

TROTZ GESUNKENER EMISSIONEN: Bund nimmt mit Emissionshandel Rekordsumme ein

Der europäische Emissionshandel wirkt: Der CO₂-Ausstoß von Kraftwerken und Industrie ist 2023 so stark zurückgegangen wie noch nie seit seiner Einführung. Nicht nur der Klimaschutz profitiert (FAZ, 17 juillet, article payant)

Extraits :

Er ist das zentrale marktbasierende Instrument zum Klimaschutz in Europa und er entwickelt sich immer mehr zur Erfolgsgeschichte: der europäische Emissionshandel (ETS). Das bestätigen neue Zahlen des Umweltbundesamtes (UBA) vom Dienstag. Die in Deutschland vom ETS erfassten Emissionen sind demnach im Jahr 2023 um etwa 18 Prozent im Vergleich zum Vorjahr auf 289 Millionen Tonnen CO₂-Äquivalente zurückgegangen. Es handelte sich um den stärksten Rückgang seit der Einführung des Handelssystems.

Zugleich hat der Bund mit der Versteigerung von Zertifikaten mehr als 18 Milliarden Euro eingenommen, so viel wie noch nie. Die Erlöse flossen zur Gänze in den Klima- und Transformationsfonds, mit dem unter

anderem der Einbau neuer Heizungen, die Elektromobilität und die Wasserstoffwirtschaft gefördert werden. Im gesamten europäischen Emissionshandel sanken die Emissionen im vergangenen Jahr um 17 Prozent. (...)

[Bund nimmt mit Emissionshandel Rekordsumme ein \(faz.net\)](#)

Der Verbrenner lebt länger

Elektroautos verkaufen sich schlechter als erhofft. Jetzt setzt die Autoindustrie wieder stärker auf den Verbrennungsmotor. Ausgerechnet China geht voran (FAZ, 16 juillet, article payant)

Extraits :

(...) Von einer „Rückkehr des Verbrennungsmotors in Europa“, spricht der Automarktanalyst Matthias Schmidt. Totgesagte leben länger, sagt das Sprichwort. Die Elektromobilität hat dagegen derzeit bei den Kunden einen schweren Stand. „Wir haben gerade den Peak der Elektroauto-Aversion erreicht“, sagt Patrick Hummel, Automobilexperte der Großbank [UBS](#).

Und Stefan Hartung, Chef des weltgrößten Autozulieferers Bosch, mahnt diese Woche im F.A.S.-Interview zu „Demut vor dem Konsumenten“: Am Ende entschieden die Kunden, ob sie jetzt zum E-Auto wechselten – oder eben nicht.

Andererseits wächst der Handlungsdruck beim Klimaschutz im Straßenverkehr. Wenn die Bürger einfach weiter mit Benzin und Diesel fahren, werden die Klimaschutzziele kaum zu erreichen sein. In Deutschland ist kein Sektor so weit weg vom Klimaschutz-Zielpfad wie der Verkehr.

Von 100 in Deutschland zugelassenen Autos sind bislang 94 Verbrennerfahrzeuge – und die schlucken immer mehr Sprit: Der Durchschnittsverbrauch von Neuwagen ist heute höher als vor zehn Jahren. (...)

Es ist nicht so, dass die Automanager grundsätzlich am Elektroauto zweifeln, schon allein deshalb nicht, weil sie bereits so viel Geld in diese Technologie investiert haben. „Langfristig wird sich das E-Auto durchsetzen – und das ist mit Blick auf die Klimaziele aus meiner Sicht auch gut und richtig so“, stellt Bosch-Chef Hartung klar. Der Autozulieferer erwartet, dass 2035 jeder zweite Neuwagen auf der Welt vollelektrisch sein wird. (...)

Da gerade niemand so recht weiß, wie sich die Verkaufszahlen von E-Autos und solchen mit Verbrennungsmotor entwickeln werden, sei für die Hersteller vor allem eines wichtig, sagt der Autoexperte Felix Kuhnert von der Unternehmensberatung PwC: „Flexibilität ist jetzt Trumpf.“ Wer wie VW in Zwickau schon Werke komplett auf E-Autos umgestellt hat und viel Geld in eigene Batteriezellfabriken investiert, der hat es schwer.

Fahrzeugplattformen und Fabriken müssten möglichst sowohl für Elektro- als auch für Verbrennermodelle ausgelegt sein, sagt auch der UBS-Fachmann Hummel. „Wir müssen uns von dem Gedanken verabschieden, dass man eine Art Zehnjahresplan für den Wechsel zum E-Auto aufstellen und den dann abarbeiten kann. Das funktioniert nicht.“

[Die Autoindustrie setzt wieder auf den Verbrennungsmotor: China geht voran \(faz.net\)](#)

« Les majors pétrolières américaines se précipitent toutes sur la capture de carbone »

Occidental Petroleum a annoncé avoir vendu à Microsoft pour 500 000 tonnes de crédits-carbone. Un accord qui permet aux deux parties de poursuivre leur activité, tout en jouant la carte de la décarbonation dans l'optique de la transition énergétique, explique Philippe Escande, éditorialiste (Le Monde, 13 juillet, chronique, article payant)

Extraits :

(...) Google et Microsoft, qui ont tous deux promis d'atteindre la neutralité carbone en 2030, ont vu respectivement leurs émissions bondir de 48 % en quatre ans pour le premier et de 29 % en trois ans pour le

second. Ils doivent donc se résoudre à acheter sur le marché ce qu'ils ne peuvent atteindre dans ce délai si court avec leur conversion aux énergies renouvelables.

C'est évidemment moins glorieux. Car non seulement la technologie de capture de carbone dans l'atmosphère est balbutiante et hors de prix, mais elle est supposée réservée aux secteurs qui ne peuvent pas faire autrement, comme dans l'industrie cimentière ou sidérurgique. En outre, l'application du contrat est difficile à contrôler dans le temps. Selon l'agence de notation Standard & Poor's, le coût actuel de la technologie se situe autour de 1 000 dollars (environ 925 euros) la tonne, soit plus de dix fois le prix de marché actuel du carbone.

Cette contrainte n'effraie pas les majors pétrolières américaines, qui se précipitent toutes sur la capture de carbone. Elle leur permettrait, en théorie, de poursuivre tranquillement leur activité de production pétrolière. Selon l'Agence internationale de l'énergie, cette technologie sera indispensable pour 2050, mais ne représentera qu'une part marginale de l'effort de transition énergétique, l'essentiel venant des énergies renouvelables. Mais s'il y a de l'argent à se faire en vendant à la fois du pétrole et de la décarbonation, pourquoi s'en priver ?

[« Les majors pétrolières américaines se précipitent toutes sur la capture de carbone » \(lemonde.fr\)](#)

« Le virage de Volkswagen vers l'automobile électrique est un désastre en dépit des milliards engagés »
(Le Monde, 26 juin, chronique, article payant)

Le constructeur allemand espère se relancer sur le marché en s'alliant à la start-up américaine, Rivian. Mais d'autres défis attendent le groupe, notamment en Europe, note Philippe Escande, éditorialiste économique

Extraits :

(...) Volkswagen de son côté va pouvoir utiliser tout de suite l'architecture logicielle de Rivian dans ses véhicules. Elle s'ouvre aussi un marché haut de gamme aux Etats-Unis. Mais cela ne résout qu'une partie des problèmes du constructeur allemand. Pour résister à l'offensive chinoise en Europe, il doit aussi trouver le moyen de produire des voitures moins chères. Le chemin sera long avant qu'il ne recouvre la vue.

[« Le virage de Volkswagen vers l'automobile électrique est un désastre en dépit des milliards engagés » \(lemonde.fr\)](#)

Nüchtern auf das Elektroauto schauen / Regarder la voiture électrique avec lucidité (FAZ, opinion, article payant)

Europa und Deutschland stecken im E-Auto-Schlamassel. Dabei gilt: Das Vertrauen in die Kraft des Marktes ist sinnvoller als politisch gesteuerte Zwangsbeglückung / L'Europe et l'Allemagne sont dans le pétrin de la voiture électrique. La confiance dans la force du marché est plus judicieuse qu'un bonheur forcé commandé par la politique

Extraits :

Europa steckt im E-Auto-Schlamassel und Deutschland mit seiner volkswirtschaftlich besonders wichtigen Autoindustrie mittendrin. Als die Branche wegen des VW-Dieselbetrugs sprachlos war und nirgends mehr Gehör fand, da machte sich eine übereifrige Schar Lobbyisten und Politiker mit dem Rückenwind des Klimaschutzes auf den Weg. Erst wurde der Diesel verbannt, nun existiert ab 2035 ein De-facto-Verbot der Zulassung neuer Personenwagen mit Verbrennungsmotor. Das war naiv, denn so ein Datum macht sofort alles teurer. Darüber hinaus zieht die Kundschaft nicht mit, jetzt, da die frühen Fans bedient sind, stockt der Hochlauf. Er stockt sogar dermaßen, dass die Industrie abgeschriebene Motoren aus der Mottenkiste holt und mit Milliardenaufwand fit für einen Zeitraum macht, der weit in die Dreißigerjahre hineinreicht. (...)

Werden Elektroautos in der Breite wettbewerbsfähig, was sie heute nicht sind, vielleicht aber in fünf Jahren, erledigt die Nachfrage die Transformation von allein. (...)

Es ist Zeit für eine nüchterne Bestandsaufnahme des Verbrennerverbots, für gewissen Sportsgeist gegenüber den Chinesen und für einen neuen konstruktiven Dialog zwischen Industrie und Politik. Der Unternehmer Stefan Quandt erkennt eine „Entfremdung, ja Sprachlosigkeit zwischen Kanzleramt und Wirtschaft“, es mangle an gutem Regierungshandeln. Das ist die womöglich wahre Bedrohung für die Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands dieser Tage.

[E-Autos in Deutschland: Vertrauen in den Markt ist oft sinnvoller \(faz.net\)](#)

Europaweit können die Grünen nicht die Lösungen bieten, die es nun braucht. Ihre apokalyptische Rhetorik zieht nicht mehr (19 juin, NZZ, Opinion, article payant)

In vielen europäischen Ländern sind Grüne im Sinkflug. Panik vor den Folgen des Klimawandels vermögen sie zu verbreiten. Woran es ihnen mangelt, sind überzeugende Lösungen

Dans de nombreux pays européens, les Verts sont en perte de vitesse. Ils parviennent à répandre la panique face aux conséquences du changement climatique. Ce qui leur manque, ce sont des solutions convaincantes.

A l'échelle européenne, les Verts ne sont pas en mesure d'offrir les solutions qui s'imposent. Leur rhétorique apocalyptique ne fait plus recette.

Extraits :

Même à petite échelle, les propos des Verts sur le changement climatique sont souvent totalement exagérés. Peu avant les élections législatives de 2021, Robert Habeck, alors candidat principal, a parlé des points de basculement du système climatique. L'humanité doit limiter le changement climatique, a-t-il déclaré, de manière à ce que le permafrost en Sibérie, par exemple, ne dégèle pas. Dans le cas contraire, le méthane s'échapperait et accélérerait de lui-même le réchauffement de la planète à "3 ou 4 degrés, voire plus". La Hollande serait alors vraiment en détresse.

Jochem Marotzke, climatologue et directeur de l'Institut Max-Planck de météorologie à Hambourg, estime que c'est "excessivement exagéré". Lui et ses collègues s'attendent à ce que la Terre se réchauffe jusqu'à 0,3 degré supplémentaire en raison du méthane qui s'échappe. C'est toujours assez dramatique. Mais c'est tout à fait différent d'un monde qui se réchauffe de plusieurs degrés supplémentaires sans l'intervention de l'homme. Pour Marotzke, de telles déclarations relèvent du "lyrisme catastrophique". Un jour ou l'autre, même cette constatation percera la jungle de la forêt de feuilles médiatiques teintées de vert.

[Europawahl: Die Grünen stürzen ab, weil sie nur von der Klima-Apokalypse reden \(nzz.ch\)](#)

“Blowing hot and cold Is China a climate saint or villain?” (June 18)

Pay wall : It is supercharging the green transition—while burning mountains of coal (The Economist)

Excerpt :

Among the words mentioned most often by Li Qiang in his “work report”—a sort of state-of-the-nation address—on March 5th was “green”. His predecessor as prime minister used it nine times in last year’s speech; Mr Li nearly doubled that (see chart 1). This is hardly surprising. China is a green-technology powerhouse: its batteries, solar panels and electric vehicles (evs) lead the world. Chinese officials want such industries to spur future economic growth and China’s own pursuit of energy self-sufficiency.

Yet for all the talk of “harmony between humanity and nature”, as Mr Li put it, China emits more than a quarter of the world’s greenhouse gases each year (see chart 2). Over the past three decades it has released more carbon dioxide into the atmosphere, in total, than any other country. That all adds up to a big question: is China a villain or a saint when it comes to climate change?

The case for villainy is straightforward. Already the world's leading polluter, China's emissions rose by about 5% last year. About half come from the power sector, which is dominated by coal-fired plants. (...)

Defensive Chinese officials note that Western countries, which started industrialising long before China did, are responsible for the bulk of emissions over the past century. Today these countries outsource much of their manufacturing—and, therefore, emissions—to China. Yet, the defence continues, China's emissions per person are still only two-thirds of the level in America (which has less than a quarter of China's population). This is all fair enough, but none of it changes the fact that for the world to meet its climate goals, China will have to drastically reduce its emissions.

It has ambitions to do so. China has installed more renewable power than any other country. (...)

[Is China a climate saint or villain? \(economist.com\)](https://www.economist.com)

“In the Democratic Republic of Congo, the rush for cobalt, a mineral worth its weight in gold” (June 15)

Pay wall : En République démocratique du Congo, la ruée vers le cobalt, le minéral qui vaut de l'or

Avec l'avènement de la voiture électrique, l'industrie automobile a un besoin considérable de ce métal nécessaire à la fabrication des batteries. Environ 75 % de la production mondiale de ce minéral est extraite du sous-sol de Kolwezi. Pourtant cette aubaine n'a pas profité aux mineurs congolais victimes du négoce (Le Figaro, Reporting)

Excerpt :

Kolwezi, 580.000 habitants, capitale de la province congolaise du Lualaba, vit dans la fièvre du cobalt. De son sous-sol sortent près des trois quarts de la production mondiale de ce minéral devenu stratégique pour la fabrication des batteries lithium-ion qui propulsent les véhicules électriques. Pas moins de 80 % du cobalt produit est consommé ainsi. Chaque véhicule électrique en contient environ 10 kilos. Autant dire que la transition énergétique imposée à l'industrie automobile et à ses clients en Europe comme dans plusieurs États des USA a occasionné un boom de la demande et a fait espérer une manne à Kolwezi.

Ici, tout n'est que mine. Sur le terre-plein central du rond-point Mwangeji au cœur de la cité, posée sur un socle devant un bulldozer et un camion, la statue d'un mineur qui brandit une croix de cuivre – cet objet de fonderie servit de monnaie locale pendant des siècles – symbolise la vocation pluriséculaire de la région. Même le plan urbain semble s'adapter à ses exigences : les différents quartiers de la ville et les villages alentour se lovent dans les espaces libres entre les gigantesques trous exploités par des compagnies étrangères. Celles-ci font l'objet de toutes les sollicitudes des autorités locales qui ne sauraient rien leur refuser. Quand l'une d'elles souhaite étendre son périmètre d'exploitation, les habitants des maisons concernées sont expropriés et leurs demeures frappées de démolition. (...)

Jean, 20 ans, natif de Kolwezi, aurait aimé enseigner les lettres. Il nous parle dans un français châtié. « J'étais bon élève, dit-il, passionné de littérature. Mais mes parents ne pouvaient pas me payer des études supérieures. Et les profs sont tellement mal payés – et de manière irrégulière – en RDC que j'ai dû trouver un autre travail. Je suis devenu creuseur. » Une lampe frontale rose et vert sur la tête, en chaussettes, il descend dans le puits vertical pour rejoindre une des galeries menant au filon de cobalt. Celle-ci se trouve à 80 mètres de profondeur (le code minier qui régit l'exploitation artisanale impose une limite de 30 mètres !). Jean appartient à une équipe de cinq. L'un après l'autre, ils s'enfoncent dans l'obscurité. Ici, on n'est équipé ni de monte-charge ni même de corde. Les hommes descendent et remontent en s'aidant des poutres qui étayent les parois. Il leur faut plus d'une demi-heure pour atteindre la veine. Au fond, les galeries sont basses. Ils doivent ramper puis travailler assis ou à genoux. Ils vont y rester six à huit heures avant de remonter les sacs de minéral « au jour ». Dans ce but, les diverses équipes s'entraident et forment une chaîne jusqu'en haut.

Une centaine de kilos de minéral représente une journée moyenne. Pour cette quantité et selon sa teneur en métal, les comptoirs d'achat verseront plus ou moins 25 dollars à l'équipe, soit 5 dollars chacun. Et encore ! Selon le système en vigueur à Kolwezi, la plupart des équipes possèdent un « sponsor » qui a financé la

nourriture et le matériel pour les mineurs ainsi que leur cotisation à la coopérative. En règle générale, le sponsor prend pour lui-même une part supérieure de la somme encaissée. Au bout du compte, Jean empochera donc moins d'une poignée de dollars pour les heures passées au fond à trimer dans la chaleur – 40 °C –, exposé au risque permanent d'éboulement dans ces galeries mal étayées. (...)

[En République démocratique du Congo, la ruée vers le cobalt, le minerai qui vaut de l'or \(lefigaro.fr\)](#)

😞 **“One of the reasons for the decline of political ecology is clearly the criminalization of the environmental movement”** (June 11)

Pay wall : « Une des raisons du déclin de l'écologie politique est, à l'évidence, la criminalisation du mouvement environnementaliste » - Les actions de l'Etat contribuent à relativiser auprès de l'opinion la légitimité de la cause environnementale, analyse Stéphane Foucart (Le Monde, Opinion)

[« Une des raisons du déclin de l'écologie politique est, à l'évidence, la criminalisation du mouvement environnementaliste » \(lemonde.fr\)](#)

World's top banks 'greenwashing their role in destruction of the Amazon' (June 11)

Free access : Institutions alleged to have given billions of dollars to oil and gas companies involved in projects that are harming the rainforests (The Guardian)

[World's top banks 'greenwashing their role in destruction of the Amazon' | Amazon rainforest | The Guardian](#)

“Permafrost thaw: climate time bomb or gradual phenomenon?” (June 11)

Pay wall : Le dégel du permafrost, bombe à retardement climatique ou phénomène progressif ? Des scientifiques se sont penchés sur le réchauffement du pergélisol, qui pourrait libérer une quantité colossale de gaz à effet de serre dans l'atmosphère (Le Figaro)

[Le dégel du permafrost, bombe à retardement climatique ou phénomène progressif ? \(lefigaro.fr\)](#)

Climate change: “Scientists adrift in rebellion” (June 9)

Free access : Des scientifiques en rébellion à la dérive : Les Scientifiques en rébellion font de plus en plus parler d'eux à propos de la situation environnementale. Mais les membres de ce mouvement ne se contentent pas d'informer le public. Ils cherchent à imposer des mesures politiques, au point d'abuser de leur titre de scientifiques (Contrepoints)

[Des scientifiques en rébellion à la dérive - Contrepoints](#)

“Giant curtains to keep warm water away from glaciers strike some as too risky” (June 7)

Pay wall : On thin ice : Zany ideas to slow polar melting are gathering momentum - Giant curtains to keep warm water away from glaciers strike some as too risky (The Economist)

[Zany ideas to slow polar melting are gathering momentum \(economist.com\)](#)
